

1. August
1989
August

ab dem 1. August
2. August (Durchwahl)
3. August bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonntag und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
sonstige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: R. G. Fischer, Wien
Redaktion: Rathaus, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Druck: Druckerei der R. G. Fischer, Wien
Anschlüsse/Zeile: 70
Zeilenbreite: 12,5 cm, ca.
Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 1. August 1989

Blatt 1640

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- ÖVP fordert weitere Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers (1641/FS: 31.7.)
- 65. Geburtstag von Prof. Fritz Senger (1642)
- Washington: Publikumsansturm bei „Vienna in Concert“ (1644)
- Lorenz-Müller-Gasse vorzeitig wieder befahrbar (1645)
- Kurzparkzonen: 41.000 Strafmandate in vier Wochen (1646)
- Entsorgung der Petersberg-Fracht hat begonnen (1647)
- Zilk: Auch Stadtwerke erhalten „Flüster-Lkws“ (1648)
- Zilk: Hausbesitzer müssen Gesetze einhalten (1649)
- 2. Universitäts-Frauenklinik wird nicht abgerissen (1650)

Kultur:

- „Tänzerisches“ von Weber, Liszt und Ravel im Arkadenhof (1643)

ÖVP fordert weitere Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers

Wien, 31.7. (RK-KOMMUNAL) Die Erstellung einer Grundwasserdatenbank zum Schutz des Grundwassers forderte heute, Montag, der Umweltsprecher der ÖVP, Dr. Johannes HAWLIK, im Pressegespräch der Wiener ÖVP. Bedenke man in Spitzenzeiten einen erhöhten Wasserverbrauch sowie etwaige Wasserverluste aufgrund überalterter Leitungen, so zeige sich die Bedeutung der Grundwasserwerke.

Hawlik sprach sich in diesem Zusammenhang für die Erstellung eines Grundwasserberichtes und einer Grundwasserdatenbank aus, die darüber Auskunft geben sollte, wo und wieviel Grundwasser entnommen wird, bzw. wo welche Wassermengen eingeleitet werden.

Als weitere Möglichkeiten zur Sicherung der Wasserversorgung und zum Schutz des Wassers befürwortete Hawlik die Verwendung von Nutzwasser z.B. bei Autowaschanlagen sowie Nutzwasserleitungen bei neuen Siedlungsgebieten und Betriebsansiedlungen. Zur Desinfektion des Wiener Trinkwassers sollte Chlor ersetzt werden. (Schluß) du/rr

Bereits am 31. Juli 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

65. Geburtstag von Prof. Fritz Senger

Wien, 1.8. (RK-KOMMUNAL) Fritz Senger, geboren am 4. August 1924, begann 1945 beim Hörfunk zu arbeiten und war in der Folge Leiter von zahlreichen Produktionen in Hörfunk und Fernsehen. Von 1961 bis 1972 war Fritz Senger Geschäftsführer der Progress — Werbung, ab 1963 zusätzlich Geschäftsführer der GEWISTA, ebenfalls bis 1972. Auch in diesen Jahren war er für den ORF tätig.

1975 wurde er zum Geschäftsführer der Kabel-TV-Wien bestellt und mit der Grundlagenforschung für die Errichtung einer Kabelfernsehanlage in Wien beauftragt. Die Durchführung dieses Projektes obliegt der Telekabel, einer 1977 gegründeten Tochtergesellschaft von Kabel-TV-Wien und Philips Österreich. Seit 1977 ist Senger auch Geschäftsführer der Telekabel.

1979 bis 1983 hatte Fritz Senger, dem 1972 der Berufstitel Professor verliehen wurde, einen Lehrauftrag an der Universität Wien über den Themenkreis „Neue Medien und Kabelfernsehen“. 1985 wurde er mit dem Goldenen Ehrenzeichen des Landes Wien ausgezeichnet. (Schluß) red/rr

„Tänzerisches“ von Weber, Liszt und Ravel im Arkadenhof

Wien, 1.8. (RK-KULTUR) Webers „Aufforderung zum Tanz“, „Danse macabre“ von Liszt und Ravels 2. „Daphnis“-Suite — das sind nur einige Programmpunkte, die das Radio-Symphonieorchester Moskau kommenden Donnerstag, 3. August, beim Konzert im Arkadenhof des Rathauses bringt. Solist des Abends ist Michail Pletnojow (Klavier), das Konzert beginnt um 20 Uhr.

Karten sind beim Verkaufsschalter des Wiener Musiksommers in der Schmidt-Halle im Rathaus (Montag bis Freitag von 10 bis 18 Uhr), bei den Verkaufsstellen des Wiener Veranstaltungs-Service und an der Abendkasse erhältlich. Achtung: Beim Rathaus-Schalter sind keine telefonischen Bestellungen möglich! (Schluß) ib/rr

Washington: Publikumsansturm bei „Vienna in Concert“

Wien, 1.8. (RK-KOMMUNAL) Alle Erwartungen übertraf der Besucherstrom, den die Eröffnung der großen Wiener Musikausstellung „Vienna in Concert“ am 31. Juli in Washington verzeichnete. Weit mehr als jene 600 Personen, mit denen man maximal gerechnet hatte, waren ins Hubert Humphrey Building gekommen, wo die Großpräsentation von Wiens Musikgeschichte bis 27. August gezeigt wird. An Prominenz fehlte es nicht: Der amerikanische Gesundheits- und Sozialminister Dr. Louis SULLIVAN hielt die Eröffnungsrede. Der Österreichische Botschafter Dr. Friedrich HÖSS sprach in Vertretung von Außenminister Dr. Alois Mock.

Die vom Wiener Fremdenverkehrsverband gemeinsam mit der Kulturvereinigung „the arts connection“ veranstaltete Ausstellung wird von Swiss Air mit Wien-Flügen für ein Gewinnspiel unterstützt sowie von der Firma Bösendorfer, deren Computer-Piano bei der Eröffnung als Sensation gefeiert wurde. Weitere Sponsoren sind das Luxushotel „The Willard Inter-Continental“, das während der Ausstellungsdauer ein Wiener Kaffeehaus — betreut durch den Patissier Johann Kaiser von der Kurkonditorei Oberlaa — betreibt sowie die auf klassische Musik spezialisierte Radiostation WGMS, die „Vienna in Concert“ durch Rundfunkspots bewirbt. (Schluß)
fvv/bs

Lorenz-Müller-Gasse vorzeitig wieder befahrbar

Wien, 1.8. (RK-KOMMUNAL) Im 20. Bezirk ist die Lorenz-Müller-Gasse (B 222), die einen vielbefahrenen Zubringer vom 19. Bezirk zur Floridsdorfer Brücke darstellt, ab sofort — und damit um zwei Wochen früher als geplant — wieder frei befahrbar. Nur auf den Gehsteigen werden in den nächsten Tagen noch Restarbeiten durchgeführt.

Mit einem Gesamtaufwand von knapp sieben Millionen Schilling wurden in der Lorenz-Müller-Gasse von der Brigittenauer Lände bis zur Adalbert-Stifter-Straße als Hauptarbeiten die Erneuerung des Fahrbahnbelages und ein Umbau der Straßenentwässerung vorgenommen. (Schluß) pz/bs

Kurzparkzonen: 41.000 Strafmandate in vier Wochen

Wien, 1.8. (RK-LOKAL) Wie Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Dienstag in seinem Pressegespräch bekanntgab, sind in den ersten vier Wochen, in denen Magistratsbeamte Kurzparkzonen kontrollieren, 41.000 Strafmandate ausgestellt worden. Zur gleichen Zeit des Vorjahres wurden von der Polizei 10.000 Strafmandate ausgestellt. Zusätzliche Einnahmen sind, wie Zilk betonte, allerdings nicht der Hauptzweck der Kontrollen, vielmehr sollten Kurzparkzonen wieder ihren eigentlichen Zweck erfüllen können. Durchschnittlich sind pro Tag 30 bis 40 Beamte zur Überwachung der Kurzparkzonen im Einsatz; an zwei „Aktionstagen“ waren es mehr als 100. (Schluß) ull/rr

Entsorgung der Petersberg-Fracht hat begonnen

Wien, 1.8. (RK-KOMMUNAL) Eine soeben fertiggestellte Analyse der Petersberg-Fracht hat ergeben, daß sich an Bord des Schiffes kein strahlenhaltiges Material befunden hat. Daher konnte, wie Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Dienstag mitteilte, bereits heute mit der Entsorgung in den EBS begonnen werden. Die Kosten der Entsorgung werden sich auf fünf Millionen Schilling belaufen, 1,5 Millionen Schilling hat das zuständige Bundesministerium als Akontozahlung bereits zur Verfügung gestellt. (Schluß) ull/rr

Zilk: Auch Stadtwerke erhalten „Flüster-Lkws“

Wien, 1.8. (RK-KOMMUNAL) Als eine weitere Maßnahme zur Lärmbe-
kämpfung gab Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Dienstag bekannt, daß er an
die Wiener Stadtwerke die Weisung erteilt habe, bei künftigen Neu-
anschaffungen nach Möglichkeit „Flüster-Lkws“ einzustellen. Die MA 48
wird bis Ende dieses Jahres bereits über 27 „Flüster-Lkws“ (Kehrmaschi-
nen und Müllfahrzeuge) verfügen. (Schluß) ull/rr

Zilk: Hausbesitzer müssen Gesetze einhalten

Wien, 1.8. (RK-KOMMUNAL) Wie Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Dienstag bekanntgab, wurden nach der Feststellung der Mißstände in der Rosensteingasse 41 in Hernals in den letzten Tagen sechs weitere Häuser desselben Besitzers (im 15. und 17. Bezirk) überprüft. Grundsätzlich sind diese Häuser für Wohnzwecke vorgesehen, bei der Überprüfung festgestellte Mängel müssen vom Besitzer kurzfristig beseitigt werden. Wo es sich offenbar um einen Beherbergungsbetrieb handelt, wird eine Gewerbeberechtigung verlangt werden. Insgesamt wohnen in diesen sechs Häusern rund 400 Menschen, darunter zahlreiche „Grenzgänger“. Weitere Häuser dieses Besitzers werden, wie Zilk ankündigte, ebenfalls kontrolliert. Zilk: „Es handelt sich dabei aber keineswegs um eine Aktion gegen einen bestimmten Hauseigentümer oder gar darum, Menschen auf die Straße zu setzen, sondern dafür zu sorgen, daß Gesetze eingehalten sowie Sicherheits- und Infrastrukturmindestanforderungen beachtet werden“.

Sachverhaltsdarstellungen hinsichtlich der Höhe der in den überprüften Häusern geforderten Entgelte werden der Staatsanwaltschaft übermittelt, das Finanzamt wurde eingeschaltet. (Schluß) ger/rr

2. Universitäts-Frauenklinik wird nicht abgerissen

Wien, 1.8. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK gab Dienstag in seinem Pressegespräch bekannt, daß er die Weisung erteilt habe, die 2. Universitäts-Frauenklinik in der Spitalgasse nicht zu schleifen. Dieses Jugendstil-Baudenkmal soll auf jeden Fall erhalten bleiben. (Schluß)
ger/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlag: R. G. Fischer Verlag, Postfach 101, 1082 Wien
Druck: Druckhaus 'Krone', Postfach 101, 1082 Wien
Redaktion: Rathaus, Postfach 101, 1082 Wien
Telefon: 42 800/2971 Durchwahl, Telex: 133240
Chefredakteur: Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort: Wien
Satz: in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite: 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile
Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 2. August 1989

Blatt 1651

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Häupl: Maßnahmen der Stadt Wien für das Camper-Treffen (1652/FS: 1.8.)
- Auszeichnung für Hofrat Suchanek-Fröhlich (1653/FS: 1.8.)
- „Wien. Entwicklung und Erscheinung“ im Arkadenhof (1654)
- Ferienaktionen des Wiener Jugendamtes (1655)
- Goldenes Ehrenzeichen für Schmidt-Chiari (1656)
- Wiener ÖVP bietet „EXPO-Bereichskoalition“ an (1657)

Häupl: Maßnahmen der Stadt Wien für das Camper-Treffen

Wien, 1.8. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL berichtete im Pressegespräch des Bürgermeisters am Dienstag über die von der Stadt Wien getroffenen Maßnahmen zur Unterstützung des Weltcamper-treffens. Der C.C.A. (Tochterverein des ARBÖ) wurde von der F.I.C.C. mit der Ausrichtung der 50. Rallye beauftragt. Zur Ermittlung der Flächen-größe und Erhebung der erforderlichen Infrastruktur wurde vom C.C.A. ein Anmeldeformular entwickelt, das die Bedürfnisse der Rallyeteilnehmer in allen Details erhoben hat.

Mit Anmeldeschluß vom 30.5.89 waren 4.100 Wohnwageneinheiten gemeldet, für 2.600 war die Versorgung mit Strom gefordert.

Entsprechend den Richtlinien der F.I.C.C. wurden daher nach Angabe des C.C.A. 39 Sanitärkontainer mit insgesamt 93 WC's, 74 Pissoirs und 84 Duschen sowie weitere 70 chemische Toiletten zur Aufstellung gebracht (so-mit je 24 Teilnehmer 1 WC). Zwölf Kilometer Stromkabel mit 1.000 Steck-dosen und fünf Kilometer Schlauchleitungen mit Wasseranschlüssen wurden eingerichtet. Weiters wurden 50 Feuerlöscher und eine ständige Brandwache samt Fahrzeug, zwei Sanitätskontainer mit je zwei Mann so-wie ein Arzt im Gelände installiert. Weiters wurden 24 Telefonanschlüsse und 20 Funkgeräte zur Abwicklung bereit gestellt. Bemerkenswert ist, daß im bzw. im unmittelbaren Nahbereich sechs Gasthäuser bestehen, die die Versorgung der Camper, aber auch zusätzliche Toiletten, Telefon etc. anbieten; weiters wurden fünf zusätzliche Kleinversorgungstellen ge-schaffen. Häupl betonte, daß alle diese Voraussetzungen für das Camper-treffen gemeinsam mit dem Veranstalter nach dessen Vorgaben von der Stadt Wien geschaffen worden waren.

Tatsächlich sind mehr als 6.000 Wohnwageneinheiten am Freitag und Samstag und auch noch am Sonntag in Wien eingelangt. Der Veranstalter sah sich vor das Problem gestellt, entweder die Nichtangemeldeten wieder wegzuschicken oder entsprechende Provisorien zu schaffen.

Seit Samstag wurden von der Stadtverwaltung folgende Maßnahmen ge-setzt:

- Einrichtung von zwei Ersatzflächen (Lusthaus — Gärtnerstraße, Vor-zone Trabrennplatz), auf denen insgesamt nahezu 500 Wohnwagen bzw. Zelte untergebracht worden sind. Diese beiden Ersatzgelände konnten noch am Sonntag, den 30. Juli, mit je einem Sanitärkontainer, Trinkwasser und Strom versorgt werden (Fertigstellung am 31. Juli um 01.00 Uhr früh). Entsprechende Feuerlöschgeräte wurden am 31. Juli angeliefert. Mittlerweile konnten bei diesem Ergänzungsgelände vom C.C.A. je ein Check-Point mit entsprechender personeller und tech-nischer Ausstattung eingerichtet werden.
- 150 Rallyeteilnehmer wurden im Bereich des Campingplatzes Laxen-burg im anschließenden Wiesengelände untergebracht.
- Zur Verstärkung der im ursprünglichen Rallyegelände vorhandenen Infrastruktur wurden weitere sechs lärmgedämpfte Notstromaggrega-te installiert. Ein Kilometer Wasserleitung, 500 Meter Stromkabel und 120 Steckdosen wurden zusätzlich verlegt.
- Die Verbesserung der Versorgung mit Sanitäreinrichtungen wurde ein-geleitet. Um entsprechend mehr Duschkmöglichkeiten zu schaffen, wurde ein Buspendeldienst ins Brigittener Hallenbad eingerichtet (täglich von 8 bis 10 Uhr und von 18 bis 20 Uhr).
- Für Rallyeteilnehmer, die zu dicht neben einander stehen, wurde als Ausweichquartier eine Teilfläche des Stadionbad-Parkplatzes zur Ver-fügung gestellt und wird bei entsprechender Inanspruchnahme mit der erforderlichen Infrastruktur versorgt werden. (Schluß) du/rr

Bereits am 1. August 1989
über Fernschreiber ausgeschrieben

Auszeichnung für Hofrat Suchanek-Fröhlich

Stacher überreichte Goldenes Ehrenzeichen

Wien, 1.8. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER überreichte Dienstag nachmittag dem im Frühjahr in den Ruhestand getretenen ärztlichen Direktor des Neurologischen Krankenhauses Maria-Theresien-Schlüssel, Primarius Hofrat Primarius Dr. Herbert SUCHANEK-FRÖHLICH, das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

Hofrat Suchanek-Fröhlich befaßte sich in den vergangenen 20 Jahren intensiv mit dem Verhalten von menschlichen Gruppen in Extremsituationen und hat wesentlich zur Erforschung dieses neuen Gebietes beigetragen. Auf Wüstenexpeditionen, bei Ausbildungsfahrten auf Großsegelschiffen und während Studienaufenthalten bei Entwicklungsdiensten hat der Gelehrte die Methode der teilnehmenden Beobachtung ausgebaut und standardisiert. Diese Arbeiten führten dazu, daß er von vielen Organisationen, wie etwa dem Österreichischen Entwicklungsdienst oder dem Institut für spezifische Prophylaxen und Tropenmedizin, als Konsulent beschäftigt wurde.

In den Jahren 1986 und 1987 war Hofrat Suchanek-Fröhlich maßgeblich am Aufbau und der Durchführung eines postpromotionellen Kurses für Ärzte für die Dritte Welt beteiligt. Ab Beginn des Jahres 1988 hat er in dem von ihm geleiteten Neurologischen Krankenhaus Maria-Theresien-Schlüssel eine neue Form der ärztlichen Ausbildung für den Facharztkandidaten eingeführt, die im Sinne des von der Weltgesundheitsorganisation geforderten problemorientierten Unterrichts durchgeführt wird.

Hofrat Suchanek-Fröhlich hat außerdem auf dem Gebiet der Psychopharmakaforschung gearbeitet und mehr als 80 wissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht. (Schluß) sc/bs

Bereits am 1. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet

„Wien. Entwicklung und Erscheinung“ Im Arkadenhof

Wien, 2.8. (RK-LOKAL) Die Ausstellung „Wien. Entwicklung und Erscheinung“, die anlässlich des 100jährigen Bestehens des Wiener Stadt- und Landesarchivs im Arkadenhof des Rathauses gezeigt wird, ist noch bis 8. September, Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr, zu sehen. Sie dokumentiert in mehreren Abschnitten die Geschichte vom römischen Militärlager (Vindobona) bis zur Gegenwart. In mehreren Vitrinen werden historische Raritäten gezeigt, so zum Beispiel das älteste im Besitz des Landesarchivs befindliche Stadtsiegel (1239) und das älteste Schottengrundbuch (1314). „Die Wiener in der Musik“ ist ein eigener Ausstellungsabschnitt.

In der Jubiläumsausstellung des Landesarchivs liegen Informationsblätter in Deutsch, Englisch und Italienisch auf. Ein Katalog (143 Seiten) mit rund 100 Abbildungen ist im Landesarchiv und in der Trafik im Rathaus zum Preis von 98 Schilling erhältlich. (Schluß) am/bs

Ferienaktionen des Wiener Jugendamtes

Wien, 2.8. (RK-KOMMUNAL) Die ersten Turnusse der vom Jugendamt angebotenen Ferienaktionen neigen sich ihrem Ende zu. Der jährliche Kinder- und Familienurlaub der in Zusammenarbeit mit dem Verein „Wiener Jugenderholung“ vom Wiener Jugendamt veranstaltet wird, hatte schon in der ersten Hälfte der Ferien großen Erfolg. Allein im Juli nahmen an 55 Ferienturnussen 2.868 Kinder teil. In Erholungsheimen und Privatpensionen vieler österreichischer Bundesländer haben sie einige Wochen ihrer Sommerferien bei Spaß, Spiel und Sport verbracht und kehren nun erholt und für die Belastungen eines neuen Schuljahres gerüstet nach Hause zurück.

Neben den traditionellen Erholungsaktionen mit einer möglichst abwechslungs- und erlebnisreichen Kinderbeschäftigung stehen auch Ferien auf dem Bauernhof sowie spezielle Bade-, Sport-, Wander- und Lernturnusse auf dem Programm. Für Übergewichtige werden Diätferien angeboten. Insgesamt werden an den Ferienaktionen des heurigen Sommers mehr als 5.500 Kinder teilnehmen. An Spätentschlossene können noch vereinzelte Restplätze für Augusttermine über das zuständige Bezirksjugendamt vergeben werden.

Familienurlaube

Für bedürftige Familien ermöglicht das Jugendamt der Stadt Wien wieder einen geförderten, zweiwöchigen Familienurlaub, der heuer in verschiedenen Pensionen in der Oststeiermark sowie im Wald- und Mühlviertel verbracht werden kann. An dieser Aktion, die vor allem für jene Familien gedacht ist, die aus finanziellen Gründen sonst nicht in der Lage wären, gemeinsam Urlaub zu machen, werden heuer rund 350 Familien teilnehmen.
(Schluß) jel/bs

Goldenes Ehrenzeichen für Schmidt-Chiari

Wien, 2.8. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte heute, Mittwoch, im Rahmen einer kleinen Feier in seinem Arbeitszimmer an den Generaldirektor der Creditanstalt-Bankverein, Dr. Guido SCHMIDT-CHIARI, das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Zilk würdigte in seiner Rede die Leistungen des Geehrten und seines Institutes für die Stadtbildpflege. Der Feier wohnten u.a. Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS, Stadtrat Wilhelm NEUSSER, sowie die Erste Vorsitzende des Gemeinderates Eveline ANDRLIK bei. (Schluß) red/bs

Wiener ÖVP bietet „EXPO-Bereichskoalition“ an

Wien, 2.8. (RK-KOMMUNAL) Eine „EXPO-Bereichskoalition“ bot Mittwoch ÖVP-Stadtrat Ing. Günther ENGELMAYER in einem Pressegespräch an.

Stadtrat Engelmayer nahm die Probleme des öffentlichen wie auch des Individualverkehrs zum Anlaß, diese Bereichszusammenarbeit anzubieten. Er forderte für die ÖVP insbesondere die Verwirklichung ihres Park & Ride-Konzeptes, um in Hinblick auf die bereits jetzt „besorgniserregende Verkehrsentwicklung“ und die bei der EXPO '95 erwarteten Verkehrsströme unverzüglich verkehrsorganisatorische Maßnahmen zu setzen. Dazu gehört, so Engelmayer, auch die Verlängerung der U 6 bis Floridsdorf. Er appellierte in diesem Zusammenhang an Finanzstadtrat Hans MAYR, für eine rasche Einigung mit dem Bund in der noch offenen Finanzierungsfrage zu sorgen.

Nulltarif auf öffentlichen Verkehrsmitteln für EXPO-Besucher?

Neben dem Vorschlag, für die Verbesserung der Verkehrssituation auch mehr und billigere Taxis auf eigenen Taxispuren einzusetzen, stellte Stadtrat Engelmayer auch den Nulltarif auf öffentlichen Verkehrsmitteln für EXPO-Besucher zur Diskussion.

Zum Vorschlag von Bürgermeister Dr. ZILK, ein generelles Nachtfahrverbot für Mopeds und Motorräder einzuführen, sagte der Stadtrat, daß ein solches Verbot abzulehnen sei. Die Wiener Volkspartei verlangt aber schärfere Kontrollen, um die Lärmbelästigung der Bevölkerung möglichst gering zu halten. (Schluß) lf/bs

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Presseamt, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 2. August 1989

Blatt 1658

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Neulinggasse wieder in beiden Richtungen befahrbar (1659)
- Mehr TV-Programme durch „Satelliteninsel“ (1660)
- Neugestaltung des Augartenzuganges Karl-Meißl-Straße (1661)
- Am Samstag großes Sommerfest auf der Copa Cagrana (1663)
- Kreuzung Währinger Gürtel/Heiligenstädter Straße am Wochenende gesperrt (1664)
- Straßenbauende am Ring (1664)
- Mittwoch Presse-Radfahrt mit Bürgermeister Zilk (nur FS)

Wirtschaft:

- ÖCAD bietet Betriebsberatung in Umweltfragen (1662)

Neulinggasse wieder in beiden Richtungen befahrbar

Wien, 3.8. (RK-KOMMUNAL) Im 3. Bezirk ist die Neulinggasse ab kommenden Freitag, 4. August, 9 Uhr früh, im Bereich zwischen der Ungargasse und der Landstraßer Hauptstraße wieder in beiden Richtungen befahrbar. Wegen der Bauarbeiten an der U-Bahn-Linie U 3 hatte in diesem Abschnitt eine Einbahnregelung bestanden, die nunmehr wieder aufgehoben wird. (Schluß) pz/gg

Mehr TV-Programme durch „Satelliteninsel“

Wien, 3.8. (RK-LOKAL) Jene Wienerinnen und Wiener, denen das Fernsehangebot von FS 1 und FS 2 nicht ausreichend ist, und die in einem noch nicht verkabelten Gebiet wohnen, können ab sofort mehr Fernsehprogramme empfangen. Voraussetzung dafür ist, daß sie in einem Haus wohnen, in dem sich rund 100 Wohneinheiten befinden.

Als neue Serviceleistung bietet Kabel-TV in solchen Fällen eine „Satelliteninsel“ an, eine provisorische Möglichkeit, um neben den österreichischen Programmen vier ausländische empfangen zu können. Diese sind SAT 1, 3 SAT, RTL und der englischsprachige Super Channel.

Interessenten können sich mit Kabel-TV, Telefon 1701, DW 71, in Verbindung setzen. Kostenpunkt: zu bezahlen sind die übliche Anschlußgebühr sowie monatlich die gleiche Gebühr wie für das Kabelfernsehen. Wenn zu einem späteren Zeitpunkt verkabelt wird, brauchen Besitzer einer „Satelliteninsel“ nicht mehr für den Anschluß zu bezahlen, der Austausch erfolgt kostenlos. (Schluß) ull/bs

Neugestaltung des Augartenzuganges Karl-Meißl-Straße

Wien, 3.8. (RK-LOKAL) Der Zugang zum Augarten in der Karl-Meißl-Straße in der Brigittenau soll neu gestaltet werden. Die temporäre Gebietsbetreuung „Augartenviertel“, die das Konzept dazu erarbeitet hat, will damit die Nutzung des Augartens als Naherholungsgebiet erleichtern. Bisher konnte man in diesem Viertel nur durch eine schmale Maueröffnung in den Augarten.

Die Bürger hatten nun dank der Gebietsbetreuung die Möglichkeit, bei einer öffentlichen Veranstaltung zwischen zwei Planungsvarianten zu wählen. Der mit großer Mehrheit gewählte Vorschlag sieht eine großzügige Öffnung der Augartenmauer im Bereich der Karl-Meißl-Straße vor. Die Karl-Meißl-Straße selbst soll zur Grünachse zwischen Wallensteinstraße und Augarten umgestaltet werden. Die Bezirksvertretung Brigittenau hat Ende Juni die entsprechenden Ansuchen an die zuständigen Behörden, das Wirtschaftsministerium und die Burghauptmannschaft, gestellt. Unterdessen hat sich bereits ein „Arbeitskreis Augarten“ gebildet, in dem interessierte Bürger des Bezirks weitere Verbesserungen des Freizeitangebots im Augarten (etwa Radweg, Erfrischungspavillon usw.) beraten.

Die temporäre Gebietsbetreuung „Augartenviertel“ ist ab September wieder im Amtshaus des 20. Bezirks am Brigittaplatz 10 Montag von 8 bis 14 Uhr, Mittwoch von 8 bis 12 Uhr und Donnerstag von 14 bis 18 Uhr sowie telefonisch unter 33 35 11/216 DW erreichbar. (Schluß) ah/rr

ÖCAD bietet Betriebsberatung in Umweltfragen

Wien, 3.8. (RK-WIRTSCHAFT) Die ÖCAD (Österreichische Gesellschaft für computerunterstütztes Konstruieren und Fertigen), ein Betrieb der Wiener Holding, bietet ab sofort auch ökologisch-ökonomische Betriebsberatung. Die langjährige Erfahrung der ÖCAD mit technologischer und ökonomischer Betriebsberatung — vor allem in produzierenden Unternehmen — versetzt die Firma in die Lage, auch auf dem Sektor gewerblich-industrieller Umweltbelastung mit konkreten Maßnahmen Abhilfe zu schaffen. Aus diesem Grund wurde der Leistungskatalog der ÖCAD um umweltrelevante Bereiche erweitert.

Erweiterte technologisch-ökonomische Beratung

War zur betriebswirtschaftlichen Beratung die Erfassung von betrieblichen Kennzahlen (z.B. Gemeinkostenanteile oder Organisation der Abläufe etc.) zur Beschreibung der Ausgangssituation erforderlich, so kommen jetzt umweltrelevante Daten wie Emissionsmengen, Energie- und Stoff-Flüsse, Materialzusammensetzung, Prozeßführung etc. hinzu.

Mithilfe einer systemorientierten Arbeitsweise müssen die umweltrelevanten Daten mit betriebswirtschaftlichen Faktoren zusammengeführt, bewertet und daraus ein ökologisch/ökonomisches Lösungskonzept gefunden werden. Die Beratungsleistung integriert darüber hinaus drei weitere Inhalte und orientiert sich somit deutlich über die Betriebsgrenzen hinweg:

- Problembewußtsein im Betrieb
- Gesetze und Verordnungen als äußere Rahmenbedingungen
- Anreize in Form von Finanzierungen und Förderungen

Branchenspezifischer und regionaler Ansatz

Für die ökologisch/ökonomische Betriebsberatung ergeben sich zwei Ansatzmöglichkeiten:

- Branchenspezifischer Ansatz
Es können Konzepte branchenübergreifend — und damit mit Kostenvorteilen für den einzelnen Betrieb — angegangen werden.
- Regionaler Ansatz
Rücksichtnahme auf regionale Besonderheiten (Ballungsgebiete, Gewerbehöfe oder starke Durchmischung von Wohn- und Gewerbegebieten) unter Beachtung der Randbedingungen und Wechselwirkungen.

In beiden Fällen ist systemorientiertes Arbeiten mit entsprechenden Methoden und Instrumenten unerlässlich.

Eine grobe Struktur der Vorgehensweise läßt sich aus folgenden Schritten ableiten:

1. Erfassung des Ist-Zustandes (Analyse, Messungen usw.).
2. Darstellung der Zusammenhänge und Wechselwirkungen in einem Wirkungsgefüge.
3. Bewertung des Modelles, ökologische Kosten-Nutzen-Analyse.
4. Maßnahmenkatalog und Finanzierungsmodell.
5. Umsetzung im Team: Betrieb, Planer, Spezialisten.
6. Begleitendes Controlling.

Der Betrieb ist dabei als Teil eines Systems anzusehen, das nicht nur aus biologischer Umwelt besteht. Die ÖCAD ist deshalb der Auffassung, daß in Zukunft weder Betriebe ohne intakte Ökologie, noch eine natürliche Umwelt ohne intakte Wirtschaft eine menschliche Lebensgrundlage darstellen. Gerade aus technologischer Sicht ergeben sich durch aktiven Umweltschutz Innovationspotentiale, die Wettbewerbsvorteile mit sich bringen und damit Arbeitsplätze sichern. (Schluß) wh/rr/gg

Am Samstag großes Sommerfest auf der Copa Cagrana

Als Stargäste Peter Kraus und David Hasselhoff

Wien, 3.8. (RK-LOKAL) Ein großes Sommerfest unter dem Motto „Alle Strände Europas findet man hier auf einer künstlichen Insel“ steigt am Samstag, dem 5. August, vom Nachmittag bis in die Nacht, auf der Copa Cagrana bei der Donauinsel. Man kann kulinarische Köstlichkeiten aus den verschiedensten Ländern von Italien bis Lateinamerika probieren, es gibt eine schwimmende Diskothek, man kann Bootfahren, Segeln und Surfen. Als besondere Attraktionen werden eine Weltmeisterschaft der BMX-Fahrer in Wien sowie eine Jux-Ruderregatta zwischen Österreich und Deutschland mit prominenten Sportlern durchgeführt.

Ein Fernseh-Livebericht vom Sommerfest ist Teil einer Gemeinschaftsproduktion von ORF und ZDF. In der fast zwei Stunden dauernden Sendung werden auch österreichische Außenstellen wie Grinzing, Kitzbühel, Pörschach, Salzburg und Flughafen Wien zugeschaltet. Beim Bericht über die Donauinsel ist das Sommerfest der Schwerpunkt. Von österreichischer Seite übernimmt Peter RAPP die Moderation. Stars wie Peter KRAUS, Bill RAMSEY, Gus BACKUS und David HASSELHOFF gestalten auf einer Seebühne, die vom Bundesheer gebaut wurde, das musikalische Programm.

Aufgrund der Fernsehdreharbeiten ist die Zufahrt zur Copa Cagrana gesperrt. Die Besucher der „Beach-Party“ werden ersucht, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen. (Schluß) du/bs

Kreuzung Währinger Gürtel/ Heiligenstädter Straße am Wochenende gesperrt

Wien, 3.8. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der bereits laufenden Gleiserneuerungsarbeiten der Verkehrsbetriebe im Bereich Währinger Gürtel/Heiligenstädter Straße muß ab morgen, Freitag, 4. August, etwa 20 Uhr, bis einschließlich Montag, 7. August, das Kreuzungsplateau Währinger Gürtel/Heiligenstädter Straße für den Fahrzeugverkehr komplett gesperrt werden. Der vom inneren Gürtel kommende Verkehr wird über die Route Nußdorfer Straße — Viriotgasse — Liechtensteinstraße zur Heiligenstädter Straße geführt. Von der Döblinger Hauptstraße kommend, wird eine Querung des Gürtels in Richtung Nußdorfer Straße beziehungsweise Heiligenstädter Straße in diesem Zeitraum ebenfalls nicht möglich sein. (Schluß) pz/rr

Straßenbauende am Ring

Wien, 3.8. (RK-KOMMUNAL) Mit morgen, Freitag, 4. August, früh, werden die Straßenbaumaßnahmen auf dem Ring, die mit Unterbrechungen vom Opernring (Kärntner Straße) über den Burgring bis zum Dr.-Karl-Renner-Ring (Schmerlingplatz) reichten, beendet sein. Damit konnten die umfangreichen Arbeiten — vor allem handelte es sich um die Erneuerung des alten Straßenbelages, der deutliche Spurrinnen aufwies, sowie um Gleiseinbauten — um immerhin zwei Wochen früher beendet werden, als gemäß den seinerzeitigen Ausschreibungsvorgaben veranschlagt war. Es wird nur mehr die Aufbringung der Fahrbahnmarkierungen, die allerdings bei Nacht erfolgt, notwendig sein.

Die Ausschreibung beziehungsweise die Vergabe von Straßeninstandsetzungsarbeiten werden gemäß den entsprechenden Richtlinien der Stadt Wien durchgeführt, die auch Pönalezahlungen im Falle von Terminüberschreitungen vorsehen. Darüber hinaus hat Verkehrsstadtrat Johann HATZL bereits vor einiger Zeit angeordnet, daß bei größeren Baustellen die Abläufe in technischer und terminlicher Hinsicht laufend durch unabhängige Zivilingenieure überprüft werden. (Schluß) pz/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlags- und Druckerei: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
gesetzlich in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 4. August 1989

Blatt 1665

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Häupl: PVC-Verbot im Verpackungsbereich unabdingbar (1666/FS: 3.8.)
- Gespräche über Einbindung von Bratislava in die EXPO 95 (1667/FS: 3.8)
- Instandsetzungsarbeiten in der Neustiftgasse (1669)
- Erneuerung schadhafter Bereiche der Gürtelfahrbahn (1669)
- Belagsarbeiten in der Aspernbrückengasse (1669)
- Terminvorschau vom 7. bis 11. August (1670)
- Entwurf für Umweltabgabengesetz liegt öffentlich auf (1671)
- Gesundheitsinformation im Sommerbad (nur FS)

Kultur:

- 60. Geburtstag von Josef Mikl (1668)

Häupl: PVC-Verbot im Verpackungsbereich unabdingbar

Bereits am 3. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 3.8. (RK-KOMMUNAL) Für ein Verbot von PVC im Verpackungsbereich sprach sich Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL Donnerstag erneut gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ aus. Die PVC-Diskussion war durch eine Aussendung über Untersuchungen des Verpackungsbeirates im Wirtschaftsministerium wieder entfacht worden, deren Kernaussage ist, daß PVC in der Verpackung keine Gesundheitsbelastung und auch keine wesentliche Umweltgefährdung darstelle.

„Die Probleme mit PVC zeigen sich vorrangig nicht im üblichen Gebrauch derartiger Produkte, sondern bei der Entsorgung. Zwar konnten die bei der Müllverbrennung entstehenden beträchtlichen Mengen an Salzsäure durch den vorbildlichen Einbau modernster Rauchgasreinigungsanlagen wesentlich reduziert werden, jedoch könnte die Situation durch eine Verringerung des PVC-Eintrages aufgrund eines PVC-Verbotes im Verpackungsbereich noch deutlich verbessert werden“, führte Häupl aus. Schließlich sei eine Substitution zum Beispiel durch chlorfreie Polyofine durchaus möglich. Bei der Deponierung bestehe durch die nahezu vollständige Unverrottbarkeit vorrangig das Volumsproblem. Von einer problemlosen Deponierung könne daher nicht gesprochen werden. Zu den Auswirkungen von PVC im Brandfall sei festzuhalten, daß zu den auch beim Brand anderer Materialien entstehenden giftigen Gasen eine zusätzliche Gefährdung durch die Bildung von Salzsäure in Verbindung mit dem Löschwasser hinzukomme.

„Aufgrund der Tatsache, daß trotz gewisser Vorteile bei der Anwendung von PVC-Produkten vor allem das Mengen- und Schadstoffproblem bei der Entsorgung nicht vollständig gelöst ist und daher von Umweltverträglichkeit keine Rede sein kann, fordere ich ein Verbot von PVC im Verpackungsbereich, das im neuen Bundesabfallwirtschaftsgesetz verankert werden soll. Die PVC-Kommission der Stadt Wien arbeitet diesbezüglich an einem Beschluß des Wiener Landtages, der als Hauptelemente diese Forderungen an den Bund sowie die Substitution von PVC im Rahmen der Beschaffungspolitik der Stadt Wien enthalten wird“, schloß Häupl. (Schluß) du/gg

Gespräche über Einbindung von Bratislava in die EXPO 95

Wien, 3.8. (RK-KOMMUNAL) Die Bürgermeister von Wien, Budapest und Bratislava, Helmut ZILK, Jozsef BIELEK und Stefan BARTAK, sowie der slowakische Handelsminister Kazimir NAGY und das ungarische Politbüromitglied Pal IVANY trafen gestern, Mittwoch, in der slowakischen Hauptstadt zu Gesprächen über eine Einbindung von Bratislava in die Weltausstellung 1995 zusammen. Angesichts des von Experten prognostizierten Besucherstroms von mehr als 100.000 Menschen pro Tag könnte ein Teil der Gäste in der Preßburger Hotellerie untergebracht werden bzw. über den Flughafen von Preßburg an- oder abreisen.

Als Voraussetzung für die Einbindung der slowakischen Hauptstadt in die EPXO 95 nannte Zilk die Verwirklichung einiger Verkehrsprojekte: so etwa die Wiedererrichtung der Bahnlinie Wien — Bratislava (die alte „Preßburger Bahn“, von der nur 12 Kilometer Gleise fehlen), für internationale Züge die Linie Wien — Preßburg — Budapest über Marchegg, die Wiedereinführung des Schiffsverkehrs Wien — Bratislava sowie die Verlängerung des Donauradwegs von Wien über Bratislava bis nach Budapest. Darüber hinaus forderte Zilk noch Erleichterungen bei der Grenzabfertigung — von Zollkontrollen im Zug bis zu visafreien Tagesbesuchsprogrammen für Bratislava und eigenen Grenzspuren für österreichische Autofahrer. Zilk bot außerdem die Hilfe österreichischer Firmen beim Ausbau der Infrastruktur von Preßburg an.

Die Gespräche werden im Herbst in Wien oder Budapest fortgesetzt. (Schluß) red/gg

Bereits am 3. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

60. Geburtstag von Josef Mikl

Wien, 4.8. (RK-KULTUR) Der Maler Josef MIKL wurde am 8. August 1929 in Wien geboren. Er besuchte von 1946 bis 1948 die Graphische Lehr- und Versuchsanstalt und studierte anschließend bis 1955 an der Akademie der bildenden Künste in Wien.

1952 stellte Mikl seine Arbeiten im Wiener Art-Club aus, und 1955 zählte er zu den Mitbegründern der Galerie St. Stephan in Wien. 1969 wurde Josef Mikl zum ordentlichen Hochschulprofessor an der Akademie der bildenden Künste berufen.

Josef Mikl erhielt 1955 den Förderungspreis der Stadt Wien und 1973 den Preis der Stadt Wien für Malerei.

Zuletzt waren seine Bilder in einer Ausstellung im Oktober 1988 in der Akademie der bildenden Künste zu sehen. (Schluß) red/bs

Instandsetzungsarbeiten in der Neustiftgasse

Wien, 4.8. (RK-KOMMUNAL) Im 7. Bezirk müssen in der Neustiftgasse im Abschnitt zwischen Kaiserstraße und Wimbergergasse an mehreren Stellen Arbeiten zur Erneuerung des Fahrbahnbelages sowie die Pflasterung von Haltestellenbereichen des Autobusses durchgeführt werden, die am kommenden Dienstag, 8. August, beginnen und voraussichtlich etwa zweieinhalb Wochen dauern werden. Die Verkehrsmaßnahmen erfordern zwar Halte- und Parkverbote in den jeweiligen Arbeitsbereichen, gewährleisten aber die Aufrechterhaltung von zwei Fahrspuren wie bisher. (Schluß) pz/rr

Erneuerung schadhafter Bereiche der Gürtelfahrbahn

Wien, 4.8. (RK-KOMMUNAL) Im Zuge der Instandsetzungsarbeiten an schadhaften Betonfeldern der Fahrbahn des Gürtels beginnen kommenden Montag, 7. August, in mehreren Bereichen Baumaßnahmen, die voraussichtlich eine Woche dauern werden und in jedem Fall zumindest zwei Fahrstreifen befahrbar lassen. Die jeweiligen Arbeitsbereiche sind:

- 9., Währinger Gürtel, Kreuzung Fuchshallergasse
- 18., Währinger Gürtel, Kreuzung Währinger Straße
- 15., Neubaugürtel, Kreuzung Hütteldorfer Straße
- 15., Mariahilfer Gürtel, Abschnitt zwischen der Kirche Maria vom Siege und der Sechshauser Straße.

(Schluß) pz/bs

Belagsarbeiten in der Aspernbrückengasse

Wien, 4.8. (RK-KOMMUNAL) Im 2. Bezirk sind in der Aspernbrückengasse im Bereich zwischen der Ferdinandstraße und der Unteren Donaustraße Arbeiten zur Erneuerung des Fahrbahnbelages notwendig geworden, die am kommenden Montag, 7. August, beginnen und voraussichtlich drei Wochen in Anspruch nehmen werden. Während dieser Zeit stehen dem stadtauswärts führenden Verkehr eine Fahrspur und dem stadteinwärts fahrenden Verkehr zwei Fahrspuren zur Verfügung. (Schluß) pz/rr

Terminvorschau vom 7. bis 11. August

Wien, 4.8. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 7. bis 11. August hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ folgende Termine vorgemerkt: (Änderungen vorbehalten)

MONTAG, 7. AUGUST:

11.00 Uhr, Pressegespräch der Wiener ÖVP (Landtmann)

15.00 Uhr, Eröffnung der Warschauer Tage im Rahmen der Ausstellung „Warschau grüßt Wien“ (Bgm. Zilk und Präsident von Warschau Jerzy Boleslawski) (Volkshalle, Rathaus)

DIENSTAG, 8. AUGUST:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 9. AUGUST:

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung an Regierungsrat Rosner durch StR. Swoboda (Arbeitszimmer)

10.00 Uhr, Rad-Pressefahrt mit Bgm. Zilk/Fremdenverkehrsverband „Aktuelle Entwicklungen im Wiener Rad-Tourismus“ (Rathaus, Arkadenhof; ab 11 Uhr Pressegespräch auf der „Johann Strauß“)

DONNERSTAG, 10. AUGUST:

11.00 Uhr, Tunnelanschlag Bauabschnitt U3/13 („Westbahnhof“), Wien 15, Gerstnerstraße/Langauergasse (StR. Hatzl)

FREITAG, 11. AUGUST:

10.00 Uhr, Einsatzmedaille des Landes Wien an Martin Mantler, Überreichung durch Bgm. Dr. Zilk (Arbeitszimmer)
(Schluß) red/rr

Entwurf für Umweltabgabengesetz liegt öffentlich auf

Wien, 4.8. (RK-KOMMUNAL) Das Amt der Wiener Landesregierung hat einen Entwurf für ein Gesetz über die Einhebung von Umweltabgaben auf Wasser, Abwasser und Müll (Umweltabgabengesetz) ausgearbeitet. Der Entwurf mit erläuternden Bemerkungen liegt bis 1. September 1989 in den Magistratischen Bezirksämtern zur öffentlichen Einsicht auf (Montag bis Mittwoch und Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, Donnerstag von 8 bis 17.30 Uhr). Zu dem Gesetzentwurf können in den Magistratischen Bezirksämtern schriftliche Stellungnahmen abgegeben werden.

Inhaltlich entspricht dieser Gesetzentwurf den Novellierungsentwürfen für das Müllabfuhrgesetz, das Wasserversorgungsgesetz und das Kanalaräumungs- und Kanalgebührengesetz, die bereits im heurigen Frühjahr zur öffentlichen Einsicht aufgelegt worden waren. Aus formalen Gründen erfolgt aber nunmehr eine Zusammenfassung in einem einzigen Gesetzentwurf.

Es handelt sich dabei um ein Rahmengesetz, das die Einhebung einer Umweltabgabe auf Wasser, Abwasser und Müll in der Höhe von maximal 120 Prozent der bestehenden Grundlagen für die Gebührenbemessung ermöglicht. Da diese Gebühren auf die Abgabe angerechnet werden müßten, könnte die Mehrbelastung durch die Umweltabgabe daher maximal 20 Prozent betragen. Für die konkrete Einhebung und Festsetzung der Höhe einer Umweltabgabe wäre eine eigene Verordnung der Landesregierung nötig.

Diese Neuregelung soll es der Stadtverwaltung ermöglichen, auch über ein Jahr hinaus finanziell zu disponieren bzw. notwendige Umweltschutzinvestitionen zu finanzieren. (Schluß) ger/bs

chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlagsanstalt: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Druck: Verlagsanstalt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 7. August 1989

Blatt 1672

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Generalinstandsetzung der Stubenbrücke (1673/FS: 5.8.)
- Belagsarbeiten in der Avedikstraße (1673/FS: 5.8.)
- Straßenerneuerungen nach dem U-Bahn-Bau (1673/FS: 6.8.)
- Bäder vorübergehend gesperrt (1674/FS: 5.8.)
- In Wien gedrehter Spielfilm „Tora-san“ angelaufen (1675/FS: 6.8.)
- Brand im Pflegeheim Klosterneuburg (1676/FS: 6.8.)
- Älteste Wienerin feierte 107. Geburtstag (1678)
- ÖVP-Forderungen zu Verbesserungen im Wiener Bahnverkehr (1680)
- Straßenbahnlinien „58“ und „60“ standen zweieinhalb Stunden (nur FS/5.8.)

Kultur:

- Gelungene Althausrenovierung in der Alser Straße (1677)
- „Nationalsozialistische Propaganda im Zweiten Weltkrieg.“ (1679)
- Eröffnung der „Warschauer Tage in Wien“ (nur FS/5.8.)

Generalinstandsetzung der Stubenbrücke

Wien, 5.8. (RK-KOMMUNAL) Die im Zuge der Weiskirchnerstraße beziehungsweise Landstraßer Hauptstraße über den Wienfluß führende Stubenbrücke wird einer Generalinstandsetzung unterzogen, wofür ein finanzieller Aufwand von knapp acht Millionen Schilling erforderlich ist. Im Rahmen der Sanierungsarbeiten wird aufgrund von Absprachen der Magistratsdienststellen mit dem Bundesdenkmalamt auch eine Anpassung der Stubenbrücke an ihr ursprüngliches Erscheinungsbild aus der Zeit um die Jahrhundertwende erfolgen. Das Gesamtvorhaben wurde vom Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie in seiner letzten Sitzung beschlossen. (Schluß) pz/bs

Bereits am 5. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Belagsarbeiten in der Avedikstraße

Wien, 5.8. (RK-KOMMUNAL) Im 15. Bezirk müssen in der als Zufahrt zur Schmelzbrücke stark befahrenen Avedikstraße im Bereich von der Grenzgasse bis einschließlich dem Kreuzungsplateau Rustengasse Arbeiten zur Belagserneuerung durchgeführt werden, die am kommenden Montag, 7. August, 9 Uhr früh, beginnen und am Freitag, 11. August, etwa 12 Uhr, beendet werden. Während der Arbeiten kann der Verkehr stadteinwärts — von der Linzer Straße in Richtung Grenzgasse beziehungsweise Schmelzbrücke — aufrecht erhalten werden. Der Verkehr stadtauswärts wird von der Rampe der Schmelzbrücke über die Strecke Grenzgasse — Jurekgasse — Rustengasse zur Mariahilfer Straße (ampelgeregelter Kreuzung) umgeleitet. (Schluß) pz/rr

Bereits am 5. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Straßenerneuerungen nach dem U-Bahn-Bau

Wien, 6.8. (RK-KOMMUNAL) Im 3. Bezirk werden in zwei Straßenzügen, die als Zu- und Abfahrtsstrecken für den U-Bahn-Bau dienten, was entsprechende Fahrbahnschäden zur Folge hatte, ein Straßenumbau beziehungsweise eine Erneuerung der Fahrbahnbeläge einschließlich der Abstellspuren und teilweise der Gehsteige vorgenommen. Der für die Baumaßnahmen in der Apostelgasse und in der Keinergasse veranschlagte Betrag von 6,4 Millionen Schilling wurde vom Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie in dessen letzter Sitzung genehmigt. (Schluß) pz/rr

Bereits am 6. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Bäder vorübergehend gesperrt

Wien, 5.8. (RK-KOMMUNAL) Das Jörgerbad, 17, Jörgerstraße 42-44, und das Einsiedlerbad, 5, Einsiedlerplatz 18, werden vorübergehend wegen diverser Sanierungsarbeiten gesperrt. Im Jörgerbad, das von 7. bis 16. August gesperrt ist, werden u.a. Installationsarbeiten sowie Arbeiten in einer Saunakammer durchgeführt. Im Einsiedlerbad, das vom 8. bis 15. August gesperrt ist, wird der Hauptkaminkopf instandgesetzt. (Schluß)
du/rr

Bereits am 5. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

In Wien gedrehter Spielfilm „Tora-san“ angelaufen

600 geladene Gäste bei Premiere in Tokio

Wien, 6.8. (RK-LOKAL) Der japanische Spielfilm „Tora-san“, der zu einem wesentlichen Teil in Wien gedreht worden ist, hatte vergangene Woche in Tokio Premiere. Er erweist sich als ideale Werbung für Wien, denn die Abenteuer des Titelhelden spielen durchwegs in Wien. Über 600 geladene Gäste wohnten der Premiere bei, darunter zahlreiche japanische Zeitungs- und Fernsehjournalisten. Da „Tora-san“ in Japan ähnlich populär ist, wie es in den sechziger und siebziger Jahren bei uns „Durbridge-Krimis“ waren, ist sicher, daß Millionen Japaner diesen — halben — Wien-Film sehen werden.

Bürgermeister Zilk, auf dessen Vorschlag die Idee zurückgeht, für diese 41. Folge der „Tora-san“-Serie Wien als einen Schauplatz zu wählen, übersandte zur Premiere eine Grußbotschaft. Sie wurde vom Geschäftsträger der österreichischen Botschaft verlesen, der seinerseits den Dank der Filmgesellschaft und der Hauptdarsteller an Wien entgegennehmen konnte. Dabei wurden vor allem die Unterstützung der Produktion von Wiener Seite sowie die angenehme Atmosphäre, die bei den Dreharbeiten vorherrschte, gewürdigt. (Schluß) red/gg

Bereits am 6. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Brand im Pflegeheim Klosterneuburg

Wien, 6.8. (RK-LOKAL) Samstag, kurz vor 23 Uhr, war es im Pflegeheim der Stadt Wien — Klosterneuburg zu einem Brand gekommen. Zwei Personen kamen ums Leben, die 95jährige Theresia SCHNEIDER und die 87jährige Maria KATT. Zwei weitere Personen wurden mit einer leichten Rauchgasvergiftung ins Krankenhaus Klosterneuburg gebracht. Insgesamt befanden sich auf der Station „G“, in der sich der Brand zugetragen hatte, 25 Personen. Die weiteren 21 wurden in einem anderen Raum des Pflegeheimes untergebracht. Die Station „G“, die sich im sogenannten „Altgebäude“ befindet, ist erst vor eineinhalb Jahren in Betrieb genommen worden, sie wurde nach modernsten technischen Erkenntnissen — auch für Brandschutz — errichtet.

Sonntag mittag läßt sich sagen, daß durch das rasche Eingreifen aller Betroffenen ein noch größeres Unglück verhindert werden konnte. Der diensthabende Pfleger hatte den Brand bemerkt, daraufhin wurden Portier und Feuerwehr verständigt, und dank eines ausgearbeiteten Katastrophenplanes waren auch zahlreiche Bedienstete innerhalb kurzer Zeit zur Stelle.

Sachverständige der Feuerwehr sowie der Kriminalpolizei kamen nach einer eingehenden ersten Untersuchung zum Schluß, daß das Feuer durch „Hereinbringen einer fremden Brandquelle“ entstanden sein dürfte. Die Untersuchungen werden fortgesetzt. (Forts. mögl.) ull/gg

Bereits am 6. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Gelungene Althausrenovierung in der Alser Straße

Wien, 7.8. (RK-KULTUR/LOKAL) Das Haus Alser Straße 39 aus dem Jahr 1871 zählt nach seiner Renovierung wieder zu den schönsten Bauten in diesem Bereich. Die in der Folge von Kriegsschäden zerstörte alte Fassade des Hauses konnte mit Hilfe des Altstadterhaltungsfonds, der 1,5 Millionen Schilling dazu beitrug, wieder hergestellt werden. Es fügt sich damit in das örtliche Stadtbild mit seinen gut bewahrten Gründerzeitfassaden ein. (Schluß) gab/rr



Foto: PID/Paulus

Älteste Wienerin feierte 107. Geburtstag

Wien, 7.8. (RK-LOKAL) Im Jahre 1882 geboren, feierte Frau Anna ROTHMAYER vergangenes Wochenende ihren 107. Geburtstag. Damit ist die seit drei Jahren im SMZ-Ost-Pflegeheim untergebrachte Frau die älteste Wienerin. Sie war mit einem Polizeibeamten verheiratet und hatte drei Kinder, die alle bereits verstorben sind. Sie hat neun Enkel, 14 Urenkel und acht Ururenkel. An ihrem Festtag erhielt Frau Rothmayer von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, der ihr gemeinsam mit Bezirksvorsteher Albert SCHULTZ einen Besuch abstattete, einen Blumenstrauß sowie eine Ehrengabe der Stadt Wien. (Schluß) ull/rr



Foto: Landesbildstelle

„Nationalsozialistische Propaganda im Zweiten Weltkrieg.“

Ausstellung in der Stadt- und Landesbibliothek

Wien, 7.8. (RK-KULTUR/LOKAL) Aus Anlaß des 50. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges zeigt die Wiener Stadt- und Landesbibliothek die Ausstellung „Sieg um jeden Preis! Nationalsozialistische Propaganda im Zweiten Weltkrieg“.

Dabei wird anhand von Plakaten, Flugblättern und Aufrufen die ungeheure Brutalität der Goebbel'schen Propagandamaschinerie kritisch beleuchtet. In den Jahren von 1939 bis 1945 wurde der Gegensatz zwischen den tatsächlichen Ereignissen und der Medienberichterstattung immer größer: Mit sehr viel Aufwand wurde den Menschen eine irrealer Welt vorgespiegelt.

Die Ausstellung wird auf dem Gang vor der Bibliothek (Rathaus, Stiege 4, 1. Stock, Zimmer 333) bis Oktober gezeigt. Sie ist von Montag bis Donnerstag von 8 bis 18 Uhr und Freitag von 8 bis 16 Uhr zu sehen (Samstag, Sonntag und Feiertag geschlossen). Ein illustrierter Katalog ist kostenlos erhältlich. (Schluß) gab/bs

ÖVP-Forderungen zu Verbesserungen Im Wiener Bahnverkehr

Wien, 7.8. (RK-KOMMUNAL) In einem Pressegespräch sprach sich Montag ÖVP-Landtagsabgeordneter Dipl.-Ing. Mag. Roderich Maria REGLER für Verbesserungen des Eisenbahnverkehrs in Wien aus. Er forderte ein umfassendes Frachtenbahnhof-Konzept; dabei sollte im Norden und im Süden Wiens je ein leistungsfähiger Frachtentterminal angelegt werden. Regler sprach sich weiters für den Verkauf bzw. eine andere städtebauliche Nutzung zahlreicher Wiener Bahnhöfe aus, darunter des Nordbahnhofes, des Nordwestbahnhofes, Teilen des Westbahnhofes und Teilen des Frachtenbahnhofes Matzleinsdorf. Auch sollte die Wiedererrichtung der Floridsdorfer Hochbahn Jedlersdorf-Leopoldau zur Entlastung der Schnellbahn-Stammstrecke vom Güterverkehr in Angriff genommen werden. Weitere ÖVP-Wünsche: die Schaffung einer niveaufreien, leistungsfähigen Schienenverbindung zwischen Westbahn und Südbahn; eine „Schleife“ der Vorortelinie im Norden zum Handelskai; die Schließung des nördlichen S-Bahn-Ringes zwischen Stadlau und Leopoldau und die Verlängerung der Liliputbahn bis zum Praterstern. (Schluß) ull/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 8. August 1989

Blatt 1681

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Warschauer Bürgermeister trug sich ins Goldene Buch ein (1682/FS: 7.8.)

Warschauer Tage bis 15. August (1683/FS: 7.8.)

Neue Einbahnen im 21. Bezirk (1686)

Aktueller Stand beim Wiener Straßenbausommer (1688-1692)

Zilk: Umweltkooperation mit Handelsketten (1693)

Schirmer zu Tierschutzverein und Rottweilern (1694)

Kultur:

Pasterk: Kunsthalle muß 1995 beispielbar sein (1684/1685/FS: 7.8.)

Theater bei den „Warschauer Tagen in Wien“ (1687)

Warschauer Bürgermeister trug sich ins Goldene Buch ein

Wien, 7.8. (RK-KOMMUNAL) Der Bürgermeister der polnischen Hauptstadt, Jerzy BOLESLAWSKI, der sich anlässlich der Warschauer Tage in Wien aufhält, wurde heute, Montag, im Rathaus von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK empfangen. Bei der Eintragung ins Goldene Buch der Stadt Wien hob Zilk die traditionellen Verbindungen zwischen Wien und Warschau hervor — von der Türkenbefreiung Wiens durch Johann Sobieski bis zur Gegenwart. Zilk meinte, daß auch Warschau in die Weltausstellung 1995 eingebunden werden könnte.

Der Eintragung wohnten u.a. Landtagspräsident Ing. Fritz HOFMANN, die Stadträtinnen Christine SCHIRMER, Dr. Ursula PASTERK, Maria HAMPEL-FUCHS, die Stadträte Univ. Prof. Dr. Alois STACHER, Rudolf EDLINGER, Dr. Rainer PAWKOWICZ und Kommerzialrat Walter NETTIG sowie Klubobmann Dr. Erwin HIRNSCHALL und Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION bei. (Schluß) red/rr

Bereits am 7. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet!



Warschauer Tage bis 15. August

Offizielle Eröffnung durch Bürgermeister Zilk

Wien, 7.8. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Gemeinsam mit seinem Warschauer Amtskollegen Jerzy BOLESŁAWSKI eröffnete Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Montag Nachmittag offiziell die „Warschauer Tage in Wien“. Bei der Eröffnung, die im Rahmen der Ausstellung „Warschau grüßt Wien“ in der Volkshalle des Wiener Rathauses stattfand, erinnerte Bürgermeister Zilk an die gemeinsame Geschichte Polens und Österreichs, die viel Zuneigung, aber auch Gewalt beinhaltet. Bürgermeister Boleslawski verwies auf die Bedeutung persönlicher Kontakte im Rahmen internationaler Beziehungen. „Wir Polen fühlen uns hier in Österreich wie bei Freunden, bei Verwandten, wie bei der Familie“, sagte er wörtlich.

An der Eröffnung nahmen auch Landtagspräsident Ing. Fritz HOFMANN, die Stadträte Christine SCHIRMER, Maria HAMPEL-FUCHS, Dr. Rainer PAWKOWICZ und Klubobmann Dr. Erwin HIRNSCHALL sowie der Botschafter der Volksrepublik Polen teil.

Die Warschauer Tage bieten vom 8. bis 10. August und vom 12. bis 15. August Theatergastspiele im Theater im Künstlerhaus und im Theater im Konzerthaus, vom 8. bis 12. August Konzerte im Rahmen des Wiener Musiksommers sowie neben der Ausstellung in der Volkshalle weitere Ausstellungen im Palais Palffy und im Polnischen Institut. (Schluß) emw/bs

Bereits am 7. August 1989
über Fernschreiber ausgeschrieben



Foto: PID/Hutterer

Ausstellung „Warschau grüßt Wien“ in der Volkshalle

Pasterk: Kunsthalle muß 1995 beispielbar sein

Wien, 7.8. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK zog am Montag ein Resümee der zu Ende gegangenen Ausstellung „Wunderblock“ und legte ihre Vorstellungen bezüglich des Baues der Kunsthalle im Messepalast dar.

Pasterk wies darauf hin, daß 75.508 Besucher für einen völlig neuen Ausstellungstypus als nicht geringer Erfolg zu werten seien. Auch das Echo der internationalen Medien und Anfragen aus Sevilla, Paris und Amsterdam, die Ausstellung nochmals zu realisieren, sprächen für die hohe Qualität der Schau.

Zugleich habe sich angesichts der Ausstellung die Problematik des Messepalastes gezeigt, der besser zugänglich gemacht und generell einladender gestaltet werden müsse. Im Hinblick auf die Weltausstellung 1995 müßten jetzt die Weichen für eine attraktive Ausstellungshalle internationalen Zuschnitts gestellt werden. Es sei Eile geboten, da es derzeit auch noch kein erkennbares Konzept des Wissenschaftsministeriums gebe. Pasterk sprach sich für einen politischen Konsens in bezug auf den Bau, aber auch auf den weiteren Betrieb der Kunsthalle aus, dessen Kosten sie inklusive Rückzahlung auf 102 Millionen Schilling im Jahr bezifferte. Die Halle solle je zur Hälfte vom Bund und von der Stadt Wien bespielt werden, einem kleinen Kernteam sollten zusätzlich freie Kuratoren und Mitarbeiter nach Bedarf zur Seite stehen. Neben der Ausstellungshalle im Ausmaß von rund 3.000 Quadratmetern solle es eine multifunktionelle Veranstaltungshalle von rund 1.500 Quadratmetern geben. Als erste Elemente einer Modulbauweise solle die Kunsthalle zwar für sich alleine stehen können, aber im Zuge des Gesamtausbaues des Messepalastes integrierbar sein.

Im Zusammenhang mit der Ausstellung „Wunderblock“ bezeichnete Pasterk die Sichtbarmachung von Geistesgeschichte durch Parallelführung von Wissenschaftsgeschichte und Kunstgeschichte in Ausstellungsform als Pilotprojekt für Wien und für den deutschsprachigen Raum. Gegen den Trend der Gefälligkeit sei hier ein qualitativer Beitrag Wiens zur kulturellen europäischen Identität und eine für Wien notwendige geistreiche Hommage an Sigmund Freud geleistet worden. Angesichts der Besucherzahlen anderer Wiener Ausstellungshäuser seien die Besucherzahlen von „Wunderblock“ überdies nur an denen anderer Wiener Großausstellungen zu messen.

Ausschreibung für Kunsthalle noch heuer

In bezug auf die weitere Vorgangsweise in der Planung des Messepalastes und im besonderen der Kunsthalle sprach sich Pasterk für eine pragmatische Lösung aus. Allerdings fehlt bis jetzt überhaupt ein konkretes Konzept, obwohl rasches Handeln erforderlich sei. Pasterk nannte für die Kunsthalle folgenden Zeitplan: Ausschreibung Oktober/November 1989, Jurierung Mai 1990, Bestellung des designierten Kunsthallen-Direktors ca. Ende 1990, Beginn der Finanzplanung März 1991. Damit einem Auszug der Wiener Messe erst Ende 1992 zu rechnen sei, könne man Jänner 1993 mit dem Bau beginnen, und die Halle etwa im August 1994 fertigstellen. Damit sei gewährleistet, daß das Gebäude ein weiteres halbes Jahr später trocken und damit für Ausstellungen beispielbar sei.

Als Voraussetzungen für diesen Zeitablauf nannte Pasterk die Klärung des zumindest teilweisen Auszuges der Wiener Messe noch im Herbst 1989 und den politischen Konsens zwischen Bund und Stadt Wien bezüglich der Kosten von je rund 50 Millionen Schilling ab 1995 und der Vorlaufkosten von je drei Millionen von 1991 bis 1994. Eine zu gründende Betriebsgesellschaft solle garantieren, daß die Planungstätigkeit nicht durch veränderte politische Konstellationen beeinträchtigt werde.

Bereits am 7. August 1989
über Fernschreiber ausgedruckt

Bezüglich der finanziellen und terminlichen Regelung des Auszuges der Wiener Messe aus dem Messepalast habe sie im Hinblick auf die Eigentumsverhältnisse Bundesminister Dr. Busek ein Gespräch vorgeschlagen, um zu einer definitiven Entscheidung zu kommen, sagte Pasterk.

Bei Baukosten für die Kunsthalle von rund 170 Millionen Schilling würden sich jährlich folgende Gesamtausgaben für Bund und Stadt Wien ergeben: ca. 26 Millionen Mietrückzahlung an die Trägergesellschaft, 70 Millionen Ausstellungskosten, drei Millionen Betriebskosten inklusive Energiekosten und drei Millionen Personalkosten für den bewußt klein gehaltenen Stab. 102 Millionen Schilling im Jahr müßten daher gemeinsam von Bund und Stadt Wien getragen werden.

Programmatische Zielvorgabe: Kunst- und Kulturausstellungen

Als programmatische Zielvorgabe nannte Pasterk die Ausrichtung auf Kunst- und Kulturausstellungen unter Ausschluß von Kommerzausstellungen. Kulturhistorische, kunsthistorische, thematische, seltener rein monographische Ausstellungen solle es in der Kunsthalle geben. Wie bei „Zauber der Medusa“, „Wunderblock“, „Wiener Diwan“, „Prag um 1600“ oder „Junggesellenmaschine“ sollten Aussagekraft der Ausstellungsidee und -gestaltung im Vordergrund stehen. Ca. vier international beworbene Großausstellungen im Jahr sollten als hochkarätiges Ausstellungsangebot für das heimische und internationale Publikum eine Besucherfrequenz von ca. 250.000 Besuchern im Jahr erbringen.

Als mögliche Organisationsform nannte Pasterk eine Betriebsgesellschaft bürgerlichen Rechts mit garantierter Mindestsubvention. Der Direktor solle eher ein Kunstmanager sein, der mit wechselnden, autonomen, international ausgewiesenen Kuratoren kooperiere.

Neben der Ausstellungshalle mit einer Fläche von 3.000 Quadratmetern und sechs Meter Höhe solle ein multifunktionaler Veranstaltungsraum von ca. 1.500 Quadratmetern und 12 Metern Höhe Möglichkeiten für Theater, Film, Konzerte, Vorträge, Symposien etc. bieten. Der Ausstellungsraum sollte von natürlichem Oberlicht bis zur völligen Dunkelheit variierbar sein. Ein Stellwandgrundsystem sollte dazu beitragen, kostenintensive Einbauten für einzelne Ausstellungen zu ersparen.

Pasterk sprach sich dafür aus, dem Bau der Kunsthalle im Rahmen eines machbaren Gesamtkonzeptes für den Messepalast absolute Priorität zu geben, um eine Fertigstellung bis zur Weltausstellung zu erreichen. Für diesen Zeitpunkt müsse eine optimale Beispielbarkeit gegeben sein. (Schluß) gab/gg

Forts. von Blatt 1684

Neue Einbahnen im 21. Bezirk

Wien, 8.8. (RK-KOMMUNAL) Im 21. Bezirk treten am kommenden Donnerstag, 10. August, ab etwa 8 Uhr zwei neue Einbahnregelungen in Kraft. Es sind dies die

- Beer-Hofmann-Gasse von der Rußberggasse bis und in Richtung Irenäusgasse sowie die
- Irenäusgasse von der Beer-Hofmann-Gasse bis und in Richtung Edmund-Hawranek-Platz.

Mit den neuen Einbahnführungen sollen Verbesserungen der Verkehrssituation im Kreuzungsbereich der beiden Gassen, in den Gassen selbst durch beidseitiges Längsparken sowie bei der Linienführung des Autobusses „32 A“ erreicht werden. (Schluß) pz/rr

Theater bei den „Warschauer Tagen in Wien“

Wien, 8.8. (RK-KULTUR) Im Rahmen der „Warschauer Tage in Wien“ beginnen heute, Dienstag, 8. August, die Theatergastspiele im Künstlerhaus-theater. Zu sehen sind insgesamt drei Produktionen des Theaters „Studio“ und des Theaters „Rampa“.

Das Theater „Studio“ zeigt von Dienstag bis Donnerstag das Stück „Replica“ von Jozef Szajna. Szajna setzt sich in dem Stück mit seinen Erlebnissen im Lager Auschwitz auseinander. Er erhebt diese Erinnerungen zu einer allgemein gültigen Parabel über Existenzbedrohung, Zerfall der Menschlichkeit und die gedankenlose Einwilligung in die Unterdrückung.

Das Theater „Rampa“ hat sich mit seinem großen Erfolg, dem Musical „Schlechtes Benehmen“ mit der Musik von Fats Waller, einen festen Platz in der kulturellen Landschaft der polnischen Hauptstadt erspielt. „Schlechtes Benehmen“ ist am 12. und 13. August im Künstlerhaustheater zu sehen, am 14. und 15. August zeigt „Rampa“ das Programm „Cabaretro“ mit Liedern aus den Jahren 1909 bis 1939. Karten für die Vorstellungen zum Einheitspreis von 100 Schilling gibt es im Theater im Künstlerhaus. (Schluß) gab/bs

Aktueller Stand beim Wiener Straßenbausommer

Wien, 8.8. (RK-KOMMUNAL) Im Pressegespräch des Bürgermeisters gab Dienstag Verkehrsstadtrat Johann HATZL einen Überblick über die aktuelle Situation im Wiener Straßenbausommer: Bei den Baumaßnahmen im Wiener Straßennetz handle es sich bekanntlich um eine Vielzahl — oftmals ineinander verschachtelter Arbeiten — die von den diversen Einbautendienststellen durchgeführt würden, ehe als letzter Schritt die Neu- oder Wiederherstellung der Straßenoberfläche erfolgen könne. Daneben werden auch komplette Neuaufbauten der Straßenkonstruktion sowie Tunnel- und Brückenneubauten durchgeführt.

Hatzl sagte in diesem Zusammenhang: „Ich muß daran erinnern, daß auf Grund der klimatischen Bedingungen der Beginn der Bausaison im Tiefbau etwa bei Anfang bis Mitte März liegt. Da das Gros der Einbautenumlegungen naturgemäß vor dem Straßenbau durchgeführt wird, liegt bei einer Gesamtbetrachtung der Bautätigkeit das Schwergewicht im ersten Halbjahr auf den Einbauten. Mit den Monaten Juli und August wandert der Schwerpunkt dann zu den Fahrbahninstandsetzungen.“

Vor allem die von den städtischen Dienststellen initiierten Baumaßnahmen haben einen beachtlichen Umfang, wie die folgende Übersicht der Bauvolumina zeigt:

Bauleistungen im ersten Halbjahr 1989

• Straßenbau

Bei den Gemeindestraßen und Bundesstraßen insgesamt 55.000 Quadratmeter oder 19 Prozent des Gesamtvorhabens 1989; finanzieller Aufwand 72 Millionen Schilling.

• Brückenbau

Gemeinde: **Stützmauer Adolf-Blamauer-Gasse** zu 100 Prozent fertiggestellt, Aufwand 1,5 Millionen Schilling.

Augustinerwaldbrücke, Fertigstellungsgrad 20 Prozent, bisheriger Aufwand 0,5 Millionen Schilling.

Bund: **Brücke über die Badner Bahn und die Pottendorfer Linie**, Fertigstellungsgrad 95 Prozent, finanzieller Aufwand bisher 11,5 Millionen Schilling.

• Kanalisation

Einbauten in **Bundesstraßen** acht Kilometer Länge oder 57 Prozent des Jahresvoranschlags.

Einbauten in **Gemeindestraßen** 14 Kilometer Länge oder 42 Prozent des Jahresvoranschlags.

• Wasserwerke

Rohrlegungen in **Bundesstraßen** 1.300 Laufmeter oder 34 Prozent des Jahresvoranschlags; aufgewendetes Mittel bisher acht Millionen Schilling.

Rohrlegungen in **Gemeinde- und Nebenstraßen** 24.800 Laufmeter oder 46 Prozent des Jahresvoranschlags, aufgewendete Mittel bisher 150 Millionen Schilling.

• E-Werke

Verlegt wurden 71 Kilometer Künetten beziehungsweise 183 Kilometer Kabel, das entspricht 52 Prozent des Jahresvolumens; Mittelaufwand bisher 282 Millionen Schilling.

• Gaswerke

Hauptrohrnetz: Verlegt wurden 47 Kilometer oder 30 Prozent des Jahresvolumens; Mittelaufwand bisher 180 Millionen Schilling.

Zuleitungen: Verlegt wurden 20 Kilometer oder 44 Prozent des **voraus-sichtlichen** (von Kundenbestellungen abhängigen!) Gesamtvolumens; Mittelaufwand bisher 59 Millionen Schilling.

• Verkehrsbetriebe

Fertiggestellte beziehungsweise im Endausbau befindliche Vorhaben 6,4 Kilometer Gleise oder 27 Prozent des Jahresvorhabens; Mittelaufwand bisher 78 Millionen Schilling.

• Heizbetriebe Wien

Die Heizbetriebe Wien haben in dem aus Hauptleitungen, Verteilungen und Abzweigleitungen bestehenden Netz bisher 9.500 Laufmeter verlegt, das sind 42 Prozent des veranschlagten Jahresvolumens. Die dafür aufgewendeten Kosten betragen 209 Millionen Schilling.

Fertigstellungen und Neubeginne von Straßenbauvorhaben**Neubeginne Juli 1989 mit teilweise Bauende Juli oder August 1989****BUNDESSTRASSEN A (Autobahnen)****• A 23/Südost-Tangente - Lärmschutzwand Peter-Straßer-Hof**

Erhöhung und Verlängerung einer bestehenden Lärmschutzwand, Baubeginn 10. Juli 1989, voraussichtliches Bauende 31. August 1989.

BUNDESSTRASSEN B**• B 1 - 6, Linke Wienzeile**

Fahrbahnbelagserneuerung vom Getreidemarkt bis auf Höhe Kettenbrückengasse, Beginn 31. Juli 1989, voraussichtliches Ende 18. August 1989.

• B 1 - 5, Rechte Wienzeile - Hamburger Straße

Fahrbahnbelagserneuerung von Nummer 75 bis Kreuzung Kettenbrückengasse, Beginn 24. Juli 1989, Bauende 4. August 1989.

• B 3b - 22, Donaustadtstraße

Belagsarbeiten von Neuhaufenstraße bis Erzherzog-Karl-Straße, Beginn 3. Juli 1989, voraussichtliches Ende Mitte August 1989.

• B 8 - 22, Wagramer Straße/Kreuzungsbereich Donaustadtstraße

Belagssanierung im Stauraum vor der Kreuzung, Beginn 17. Juli 1989, Bauende 28. Juli 1989.

• B 221 - Betonfeldersanierungen auf dem Gürtel

Bis Ende Juli 1989 wurden plangemäß rund 50 Prozent der erforderlichen Instandsetzungsarbeiten an Betonfeldern durchgeführt. Im August werden die Arbeiten hauptsächlich am Neubaugürtel, Mariahilfer Gürtel, Hernalser Gürtel sowie Währinger Gürtel durchgeführt. Beginn 5. Juli 1989, voraussichtliches Ende 28. August 1989.

• B 223 - 14/16, Flötzersteig

Belagserneuerung im Bereich zwischen Maroltingergasse und Flötzersteigbrücke. Beginn 7. Juli 1989, voraussichtliches Ende Mitte August 1989.

GEMEINDESTRASSEN**• 1, Burgring - Opernring von Babenbergerstraße bis Burgtor**

Belagsinstandsetzung auf der Hauptfahrbahn, Beginn 3. Juli 1989, Bauende 4. August 1989 (um zwei Wochen früher als geplant)

• 1, Burgring - Dr.-Karl-Renner-Ring von Burgtor bis Schmerlingplatz

Straßenwiederherstellung nach U-Bahn-Bauarbeiten, Beginn 3. Juli 1989, Ende 4. August 1989 (um zwei Wochen früher als geplant)

• 4, Schleifmühlgasse

Straßeninstandsetzung von der Rechten Wienzeile bis zum Kühnplatz nach diversen Aufgrabungen, Beginn 3. Juli 1989, Ende 11. August 1989.

• 5, Reinprechtsdorfer Straße

Fahrbahninstandsetzung zwischen Leopold-Rister-Gasse und Grünwaldgasse, Beginn 31. Juli 1989, voraussichtliches Ende 25. August 1989.

• 9, Währinger Straße

Gehsteigverschmälerung zwischen den Nummern 37 und 43, Beginn 12. Juli 1989, Ende 24. Juli 1989 (und damit deutlich vor dem für August veranschlagten Bauende)

Forts. von Blatt 1688

Forts. auf Blatt 1690

Forts. von Blatt 1689

- **11, Grillgasse**
Fahrbahnverbreiterung im Bereich Lorystraße bis Ehamgasse, Beginn 17. Juli 1989, Bauende 25. Juli 1989, und damit vorzeitig (geplant war 31. Juli 1989).
- **11, 1. Haldequerstraße vor Haidestraße**
Sanierung des Stauraumes vor der Kreuzung, Beginn 3. Juli 1989, Bauende 14. Juli 1989.
- **11, Simmeringer Hauptstraße/Litfaßstraße**
Kreuzungsumbau zur Vermeidung des Durchzugsverkehrs im Wohngebiet Rinnböckstraße, Beginn 10. Juli 1989, voraussichtliches Ende 25. August 1989.
- **14, Linzer Straße**
Verbreiterung der Haltestelleninsel vor Nummer 14 bis 16, Beginn 10. Juli 1989, Bauende 21. Juli 1989.
- **21, Siemensstraße**
Belagsarbeiten einschließlich Straßenverbreiterung im Abschnitt zwischen Julius-Ficker-Straße und Eipeltauerstraße, Beginn 24. Juli 1989, voraussichtliches Ende 21. August 1989.
- **23, Anton-Baumgartner-Straße**
Herstellung einer neuen Nebenfahrbahn gegenüber dem Wohnpark Alterlaa, Beginn 10. Juli 1989, voraussichtliches Bauende 31. August 1989.

Neubeginne August 1989

BUNDESSTRASSEN B

- **B 8 - 22, Wagramer Straße**
Halbseitige Fahrbahnsanierung zwischen Rautenweg und Ostbahnunterführung, voraussichtlicher Beginn 28. August, voraussichtliches Ende 8. September 1989.
- **B 16 - 10, Kreuzung Humberger Straße/Leopoldsdorfer Straße**
Der Kreuzungsbereich erhält eine Ampelanlage, wodurch der Zubau eines eigenen Abbiegestreifens Richtung Wien erforderlich ist; außerdem erhält der gesamte Kreuzungsbereich eine neue Fahrbahndecke. Voraussichtlicher Beginn Ende August, voraussichtliches Ende November 1989.
- **B 223 - 14, Flötzersteig**
Erneuerung der Straßenkonstruktion im Abschnitt zwischen Spiegelgrundstraße und Donhartgasse, voraussichtlicher Beginn Ende August, voraussichtliches Ende Juni 1990.

GEMEINDESTRASSEN

- **2, Aspernbrückenstraße**
Belagssanierung von Ferdinandstraße bis Untere Donaustraße, Beginn 7. August, voraussichtliche Dauer bis Ende August 1989.
- **7, Neustiftgasse**
Fahrbahnbelagsarbeiten und Pflasterung der Autobushaltestellen zwischen Kaiserstraße und Wimberggasse, Beginn 8. August, voraussichtliche Dauer bis Ende August 1989.
- **13, Auhofstraße**
Belagssanierung von Firmiangasse bis Seuttergasse, voraussichtlicher Beginn Mitte August, voraussichtliche Dauer bis Ende August 1989.
- **13, Münchreiterstraße**
Fahrbahninstandsetzung zwischen Stadlergasse und Suppegasse, voraussichtlicher Beginn Ende August 1989, voraussichtliche Dauer bis Ende September 1989.
- **17, Höhenstraße**
Fahrbahnbelagsarbeiten im Abschnitt Neuwaldegger Straße bis Artariastraße, voraussichtlicher Beginn Ende August, voraussichtliche Dauer drei Wochen.

Forts. auf Blatt 1691

Fertigstellungen August 1989

BUNDESSTRASSEN A (Autobahnen)

- **A 23/Südost-Tangente - Lärmschutzwand für die Kleingartenanlage Arsenal**

Herstellung einer 290 Meter langen Lärmschutzwand entlang der Auffahrtsrampe vom Landstraßer Gürtel Richtung Favoriten, Baubeginn 19. Juni 1989, voraussichtliches Ende 31. August 1989.

BUNDESSTRASSEN B

- **B 1 - 3, Vordere Zollamtsstraße/Landstraßer Hauptstraße**

Kreuzungssanierung nach dem U-Bahn-Bau, Beginn 28. Juni 1989, Ende 3. August 1989 (deutlich früher als geplant).

- **B 12 - 12, Eichenstraße**

Im Bereich Philadelphiabrücke Wiederherstellung der Fahrbahn nach den U-Bahn-Bauarbeiten, voraussichtliches Ende der Gesamtarbeiten Ende August 1989, Restarbeiten werden noch nach der U-Bahn-Eröffnung im Oktober durchgeführt.

- **B 17 - 10/23, Triester Straße**

Im Bereich von der Raxstraße bis Auffahrt A 2/Südbahn erfolgt der Ausbau mit zwei je dreispurigen Richtungsfahrbahnen sowie zusätzlichen Abbiegespuren in den Kreuzungsbereichen, Beginn 3. August 1987, voraussichtliche Dauer bis Ende August 1989 beim Straßenbau. Anschließend erfolgt noch im Herbst 1989 die Fertigstellung diverser Grünbepflanzungen.

- **B 222 - 18, Gersthofer Straße**

Im Bereich zwischen Wielemansgasse und Scheidlgasse erfolgt in einem Abschnitt ein Vollausbau sowie in anschließenden Fahrbahnflächen eine Belagserneuerung, Beginn 13. Juni 1989, voraussichtliches Ende 14. August 1989.

- **B 222 - 19, Billrothstraße - Silbergasse**

Im Bereich zwischen Krottenbachstraße und Ruthgasse erfolgt eine komplette Auswechslung der Straßenkonstruktion, Baubeginn war im Abschnitt Billrothstraße 23. August 1988, im Abschnitt Silbergasse 8. Mai 1989. Voraussichtliches Ende Abschnitt Silbergasse 10. August, Abschnitt Billrothstraße Ende August.

- **B 222 - 20, Lorenz-Müller-Gasse**

Belagssanierung zwischen Brigittenauer Lände und Adalbert-Stifter-Straße sowie Umbau der Straßenentwässerung im Bereich der ÖBB-Unterführung, Beginn 26. Juni 1989, Ende 2. August 1989, zwei Wochen früher als vorgesehen.

GEMEINDESTRASSEN

- **2, Obere Donaustraße**

Umbau des Straßenquerschnittes von Brigittenauer Lände bis vor Gaußplatz. Zugleich auch Realisierung eines Teilabschnittes des Augartenradweges im genannten Bereich. Beginn 24. April 1989, Dauer voraussichtlich bis Ende August 1989.

- **3, Adolf-Blamauer-Gasse**

Ausbau mit zwei Fahrspuren sowie Abbiegespuren vor dem Kreuzungsbereich mit dem Gürtel, Beginn 22. August 1988, voraussichtliche Dauer bis Ende August 1989.

- **3, Landstraßer Hauptstraße**

Im Bereich von Rochusgasse bis Kundmanngasse Wiederherstellung der Straßenoberfläche nach dem U-Bahn-Bau, Beginn Mai 1989, voraussichtliche Dauer bis Ende August 1989, geplant war ursprünglich September.

- **15, Winkelmannstraße/Linzer Straße/Mariahilfer Straße**

Es erfolgt ein kompletter Umbau der Fahrbahnoberfläche im Kreuzungsbereich, Beginn 29. Mai 1989, voraussichtliches Ende 11. August, geplant war Ende August.

Forts. von Blatt 1690

Forts. auf Blatt 1692

Fertigstellungen und Neubeginne von Brückenbauvorhaben

Forts. von Blatt 1691

Fertigstellungen August 1989

- **A 23/Knoten Kaisermühlen - Direkte Rampe B 3b**

Die Bauarbeiten sind soweit fortgeschritten, daß entgegen der ursprünglich projektierten Verkehrsfreigabe im Oktober diese voraussichtlich bereits Ende August erfolgen kann.

- **B 226 - Floridsdorfer Straße - Floridsdorfer Brücke**

Die am 3. Juli 1989 begonnenen Belagsarbeiten konnten auf der Brücke am 21. Juli und damit um vier Tage früher als vorgesehen beendet werden. Auf dem Kreuzungsplateau Floridsdorfer Brücke/Donauufer-Autobahn wird noch am langen Augustwochenende (12. bis 14. August) für die abschließende Belagsherstellung die Sperre des Plateaus notwendig sein.

Neubeginne August 1989

- **A 23/Südost-Tangente Wien - Fortsetzung Hirschstetten**

Im Zuge der Fortsetzung Hirschstetten erfolgte bei der Tieflage 1 (Stadlauer Tunnel) und bei der Tieflage 2 (Hirschstettner Tunnel) am 1. August 1989 der Beginn der vorbereitenden Baumaßnahmen. Diese Projekte werden voraussichtlich bis Mitte 1993 laufen.

- **A 23/Südost-Tangente Wien - Knoten Landstraße**

Mit dem heutigen Tag beginnen die Baumaßnahmen zur Verbreiterung der beiden Hauptfahrbahnen von zwei Fahrspuren auf jeweils drei Fahrspuren, die durch eine Verbreiterung des Tragwerkes erzielt wird. In weiterer Folge wird zusätzlich zur derzeit bestehenden Auffahrtsrampe vom Gürtel Richtung St. Marx eine neue Auffahrtsrampe an die Hauptfahrbahn herangeführt. Bedingt durch diese zusätzliche Rampe ist auf der Richtungsfahrbahn zum Knoten Prater eine zusätzliche Fahrspur erforderlich, die allerdings durch eine Verschiebung des Mittelstreifens vom Knoten Landstraße bis zum Knoten Prater ohne Tragwerksverbreiterung erreicht werden kann. Das Bauende ist für Februar 1992 vorgesehen.

(Schluß) pz/gg

Zilk: Umweltkooperation mit Handelsketten

Wien, 8.8. (RK-KOMMUNAL) Eine Kooperation mit den beiden großen Handelsketten Konsum und Billa auf dem Gebiet der Müllvermeidung kündigte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Dienstag in seinem Pressegespräch an. In ersten Gesprächen habe er, betonte Zilk, bei den Generaldirektoren der beiden Unternehmen großes Verständnis und Interesse gefunden. Ziel der Kooperation sei es, nationale und internationale Erfahrungen auszuwerten und praktisch umzusetzen sowie für eine weitere Sensibilisierung auf dem Gebiet der Müllvermeidung zu sorgen. Die großen Handelsketten haben es als „Großkonsumenten“ in der Hand, wirksame Maßnahmen zu setzen. Weitere Partner neben Konsum und Billa sind willkommen, betonte Zilk. (Schluß) ger/rr

Schirmer zu Tierschutzverein und Rottweilern

Wien, 8.8. (RK-KOMMUNAL) „Die Stadt Wien hat nichts mit der Verwahrung oder der Pflege der beiden Rottweiler beim Wiener Tierschutzverein oder mit dessen Problemen mit Mitarbeitern zu tun“, betonte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK heute, Dienstag, in seinem Pressegespräch zur Frage der beiden Rottweiler — der Rüde wurde bekanntlich eingeschläfert — im Wiener Tierschutzhaus. Zilk sagte, daß die Stadt zum Tierschutz stehe und weiter mit dem Tierschutzverein zusammenarbeiten wolle, doch möge der Verein nicht so tun, als wäre die Gemeinde die Verantwortliche. „Der Vertrag, den die Stadt Wien mit dem Tierschutzverein vor Jahren abgeschlossen hat, bezieht sich auf nichts anderes als die Erfüllung der statutarischen Zielsetzungen, die sich der Wiener Tierschutzverein selbst gegeben hat. Es wurde nichts dazugenommen, wozu die Stadt den Tierschutzverein zwingt“, erklärte die für den Tierschutz in Wien zuständige Stadträtin Christine SCHIRMER dazu. Schirmer wies darauf hin, daß der Tierschutzverein für die Erfüllung dieser Zwecke eine Subvention der Stadt erhält. Diese Subvention wurde heuer, nach der Erhöhung der Hundesteuer, auf 600.000 Schilling angehoben.

Schirmer legte auch die Tierschutzausgaben anderer Länder vor. Wien leiste die höchsten Zahlungen und verlange nichts anderes als das, was der Tierschutzverein selbst als Zielsetzung hat, sagte Schirmer. Die Stadträtin wies auch darauf hin, daß die Stadt dem Tierschutz selbstverständlich positiv gegenüberstehe und nach wie vor gesprächsbereit sei. Der Vertrag mit dem Tierschutzverein war notwendig, um eine ständige Subvention zu sichern und auch die Stadt selbst zu verpflichten, einen regelmäßigen Beitrag zu leisten. Es sei jedoch zu überlegen, ob nicht auch mit anderen Organisationen zusammengearbeitet werden solle. Auch könnten — wenn erforderlich — die Möglichkeit im eigenen Bereich ausgebaut werden. (Schluß) hrs/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Satz: in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 9. August 1989

Blatt 1695

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Wien will Ausgleich für Gastpatienten (1696/FS: 8.8.)
- Tunnelanschlag beim Westbahnhof (1698/1699)
- Stacher: „Forum für Angehörige“ beim Psychosozialen Dienst (1702)
- Silbernes Ehrenzeichen für Regierungsrat Rosner (1703)
- Einsatzübung von Feuerwehr und Rotem Kreuz in U-Bahn-Tunnel (1704)

Bezirke:

- Neuer Flächenwidmungsplan im 1. Bezirk (1701)

Kultur:

- Kunsthalle: Pasterk für mehr Sachlichkeit (1697/FS: 8.8.)
- Landesarchiv zeigt Briefe von Prinz Eugen und Nestroy (1700)

Wien will einen Ausgleich für Gastpatienten

Stacher zur Diskussion über das Wiener Krankenanstaltengesetz

Wien, 8.8. (RK-KOMMUNAL) In der Diskussion um die Betreuung von Patienten aus den anderen Bundesländern in Wiener Krankenhäusern meldete sich Dienstag auch der Wiener Gesundheitsstadtrat, Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, zu Wort: „Es kann keine Rede davon sein, daß diese Auseinandersetzung auf dem Rücken der Patienten ausgetragen wird. Wer das behauptet, hat das Wiener Krankenanstaltengesetz offensichtlich nicht gelesen. Wien bekennt sich eindeutig zur überregionalen Schwerpunkt- und Zentralkrankenhausversorgung. Man kann aber die Finanzierung solcher Leistungen, die anderen Bundesländern beträchtliche Mittel ersparen, nicht auf die Dauer den Wiener Steuerzahlern zumuten. Die Stadt Wien strebt nichts anderes an als einen gerechten Ausgleich.“

Im Wiener Krankenanstaltengesetz ist eindeutig festgehalten, unter welchen Voraussetzungen Patienten aus den Bundesländern in Wien behandelt werden können. Selbstverständlich in allen Fällen erster ärztlicher Hilfe und in allen Fällen der Unabweisbarkeit (Lebensgefahr, Gefahr von sonst nicht vermeidbarer schwerer Gesundheitsschädigung, Frauen unmitttelbar vor der Entbindung usw.). Ansonsten muß eine Kostenübernahmeerklärung jenes Bundeslandes vorgewiesen werden, in dem der Patient seinen ordentlichen Wohnsitz hat, oder dieses Bundesland muß eine entsprechende Vereinbarung mit dem Rechtsträger der öffentlichen Krankenanstalt in Wien abgeschlossen haben. Es heißt aber dann ausdrücklich, daß Gastpatienten auch dann aufgenommen werden können, wenn dadurch die Versorgung von Patienten, die Wiener Landesbürger sind oder als Fremde ihren ordentlichen Wohnsitz in Wien haben, nicht gefährdet wird; es heißt also, wenn freie Betten zur Verfügung stehen.

In den Wiener Krankenanstalten tritt immer wieder die Situation ein, daß in dringenden Fällen Betten in den Gängen stehen. Dennoch hat sich Wien bereit erklärt, weiterhin die Zahl der Akutbetten zu verringern, obwohl es bereits in den vergangenen Jahren beträchtliche Vorleistungen bei der Bettenreduktion erbracht hat. Wien ist aber immer für eine übergeordnete Zusammenarbeit der Bundesländer in Fragen der Spitalsversorgung eingetreten.

Wenn von niederösterreichischer Seite nun die Errichtung eines Krankenhauses mit 1.000 Betten um eine Milliarde Schilling angekündigt wird, dann kann man das kaum ernst nehmen. Um diesen Betrag kann man nicht einmal 1.000 Betten der Standardversorgung bauen. Die Patienten aus Niederösterreich kommen aber ja nicht mit „einfachen“ Krankheiten nach Wien, sondern sie nehmen hier in einem sehr hohen Ausmaß medizinische Spitzenleistungen in Anspruch, die ihnen in ihrem Bundesland kaum geboten werden. Ein Krankenhaus dieser Kategorie wäre das neue Schwerpunktkrankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost, das aber — mit 800 Betten — rund 6 Milliarden Schilling kosten wird. Es ist deshalb vernünftig und notwendig, in Wien teure und schwierige Behandlungen zu konzentrieren — im Falle Niederösterreichs und des Burgenlandes auch aus geografischen und aus Gründen der gegebenen Verkehrsstrukturen.

Das neue Wiener Krankenanstaltengesetz bezeichnete Stacher als eine Notwehrmaßnahme. Er sprach sich gegen Gags und Polemiken in dieser Diskussion aus. Es sei nun hoch an der Zeit, daß ernsthaft und sachlich Verhandlungen zwischen allen Beteiligten geführt werden, um zu einer gerechten und sinnvollen Lösung zu kommen, die für alle Österreicher die bestmögliche Krankenhausversorgung sichert. (Schluß) sc/bs/gg

Bereits am 8. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Kunsthalle: Pasterk für mehr Sachlichkeit

Wien, 8.8. (RK-KULTUR) Zur Reaktion von Wissenschaftsminister BUSEK auf Äußerungen von Stadträtin PASTERK in Sachen Messepalast stellte diese gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ nochmals richtig: Es handelt sich nicht um eine Doppelstrategie der Gemeinde Wien, wenn festgehalten wird, daß es eine unverrückbare juristische Mietvertragsregelung zwischen Bund als Vermieter und den Wiener Messen als Mieter gibt, die nicht einfach hinweggeredet werden kann. Pasterks Pressekonferenz am 7. August galt aber nicht der Verteidigung der Wiener Messen und Congress Ges.m.b.H., sondern einer realistischen Betrachtung der mit der fristgerechten Errichtung und sinnvollen Betreuung der Kunsthalle verbundenen Probleme und Anforderungen. Die Kulturstadträtin hat in einem heutigen Schreiben den Bundesminister nochmals aufgefordert, zur Versachlichung der Diskussion beizutragen, indem er alle vom Messepalastproblem tangierten Politiker einladen möge. Sie übermittelte mit diesem Schreiben auch detaillierte Unterlagen über Termine, Kosten, Ausstellungsprogramm, Besucherfrequenz, Organisationsform, Raumprogramm etc. und forderte Busek auf, seine heutige Behauptung, daß alle konzeptionellen, organisatorischen und finanziellen Probleme bereits gelöst seien, schriftlich zu belegen. Bis zur Stunde liegen Pasterk keinerlei inhaltliche Kunsthallen-Konzepte des Wissenschaftsministeriums vor, während Busek das eben erarbeitete Diskussionspapier der Stadt als „aus Sekaninas Zeiten“ abqualifiziert. Auch zeigte sich die Kulturstadträtin besorgt darüber, „daß Buseks vermeintlicher Tatendurst nicht in seinem polemischen Redeschwall ertränkt werde“. Der von Busek an den Tag gelegte Stil könne schwerlich, so Pasterk, die Basis für die gemeinsame Errichtung und das gemeinsame Betreiben der Neuen Kunsthalle sein. (Schluß) red/rr

Bereits am 8. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Tunnelanschlag beim Westbahnhof

Breitetester Tunnel Wiens wird aufgefahen

Wien, 9.8. (RK-KOMMUNAL) Nach 21 Monaten Rohbauzeit am Bauabschnitt Westbahnhof der U 3 (U 3/13) ist es soweit: Morgen, Donnerstag, den 10. August, um 11 Uhr fällt der Startschuß für die Herstellung der Stationsröhren unter dem Haus Europaplatz 1 nach der „Neuen Österreichischen Tunnelbauweise“ mit dem größten Ausbruchquerschnitt (224 Quadratmeter), der jemals in Wien aufgefahen wurde. Unter der traditionellen Patenschaft einer „Tunnelpatin“ — diesmal wird die Gattin des Bundeskanzlers, Frau Christine VRANITZKY, diese ehrenvolle Aufgabe übernehmen — wird mit dem Vortrieb von zwei Pfeilerstollen begonnen. Auch Bundeskanzler Dr. Franz VRANITZKY wird beim Tunnelanschlag dabei sein.

Die Arbeiten finden für die zweite Ausbauphase der U 3 (Volkstheater bis Westbahnhof) statt, die im Oktober 1993 in Betrieb gehen soll. Die Gesamtkosten für diesen Bauabschnitt der U 3 („Westbahnhof“) betragen drei Milliarden Schilling, die Rohbauzeit ist mit 62 Monaten angesetzt. Insgesamt werden in diesem 312 Meter langen Teilstück der U 3 sieben Einzelvortriebe mit je 110 Meter ausgeführt, also insgesamt 770 Meter, die dann zu einem einzigen großen Querschnitt zusammengefaßt werden.

Komplizierter Umbau des Westbahnhofes

Der eine Teil des Bauabschnittes U 3/13 Westbahnhof, nämlich der Abschnitt der U 3, beginnt in der Mariahilfer Straße etwa auf der Höhe Nr. 126 und endet im Schacht Gerstnerstraße vor dem Bauabschnitt U 3/14 Schweglerstraße. Er umfaßt jeweils am Beginn und am Ende eine Weichenanlage für die Abstellgleise und, dazwischen liegend, die Station Westbahnhof der U-Bahn-Linie 3.

Neben der Herstellung des Stationsbereiches in „Neuer Österreichischer Tunnelbaumethode“ umfaßt dieser Teil des Bauabschnittes noch die Herstellung eines Unterwerkes, eines Kreuzungsbauwerkes mit der U-Bahn-Linie U 6 und einen anschließenden Streckentunnel in Richtung innere Mariahilfer Straße in offener Bauweise. Aufgänge befinden sich im Schacht Gerstnerstraße, in der äußeren Mariahilfer Straße vor der Grünfläche am Europaplatz 1, in der inneren Mariahilfer Straße am sogenannten „Mariahilfer Platzl“ und direkt im Westbahnhof. Dieser Aufgang in den Westbahnhof bedingt einen äußerst komplizierten Umbau des südlichen Teiles des Bahnhofes, wobei gleichzeitig mit dem Umbau auch wesentliche Strukturverbesserungen in diesem Bereich des Bahnhofes mit errichtet werden (Vergrößerung des Postamtes, Einbau einer Polizeistation, Umbau des Restaurants und Vergrößerung der Verkaufsflächen).

Neue Technik gegen Setzungen

Die „Neue Österreichische Tunnelbaumethode“ wurde von Österreichern entwickelt und hat bereits ihren Siegeszug über die ganze Welt angetreten. Als wesentliche Konstruktionselemente für die Herstellung der Außenschale werden Spritzbeton, Baustahlmatten und stählerne Gitterbögen angewendet.

Sie ist dadurch charakterisiert, daß durch bestimmte Baumaßnahmen die Tragwirkung des Bodens aktiviert wird und Setzungen minimiert werden.

Dies ist besonders für die Unterfahrung des Hauses Europaplatz 1 wichtig, wobei die durch den großen Querschnitt erwarteten hohen Setzungen noch zusätzlich durch eine besondere, erstmals in Wien angewendete Bauhilfsmaßnahme, nämlich den Einbau einer „flexiblen“ Injektionsmatte zwischen Hausfundamenten und Tunnel, gezielt verhindert werden können. Durch verschiedene umfangreiche Meßprogramme im Tunnel, im

Boden und an den Häusern wird die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen laufend über Computer kontrolliert.

U 6-Neubau: Sieben Verkehrsphasen

Der zweite Teil des Bauabschnittes U 3/13 Westbahnhof umfaßt den Neubau der Linie U 6, beginnend von der Wallgasse bis zur Goldschlagstraße, mit einer Länge von cirka 642 Metern. Dieser Teil wird komplett in offener Bauweise errichtet.

Die besondere Schwierigkeit in diesem Bereich ergibt sich durch die Forderung, den Verkehr in jeder Phase aufrecht zu erhalten (Individualverkehr, Gürtel, öffentlicher Verkehr — alle Straßenbahnen und Stadtbahn und den umfangreichen Fußgängerverkehr). Diese Schwierigkeiten werden durch die Installation von insgesamt sieben Verkehrsphasen gemeistert, derzeit ist die dritte Verkehrsphase in Betrieb.

Besonders erschwerend wirkt sich aus, daß die bestehende Stadtbahn noch durch das neu zu errichtende Unterwerk fährt, woraus sich ergibt, daß die U 6 beziehungsweise Stadtbahn so schnell wie möglich aus ihrer alten Trasse in die neue Trasse verlegt werden muß. Aus dieser prekären Terminalsituation resultiert, daß die neu in Betrieb gehende U 6-Station Anfang des Jahres 1990 nur provisorisch ausgestaltet sein wird.

Nach dem U-Bahn-Bau ist die Wiederherstellung der Oberfläche mit den schon traditionellen Verbesserungen in gewissen Bereichen vorgesehen. Der Rohbau wird im Dezember 1992 beendet sein. (Schluß) roh/bs/gg

Forts. von Blatt 1698

Landesarchiv zeigt Briefe von Prinz Eugen und Nestroy

Wien, 9.8. (RK-KULTUR) Das Wiener Stadt- und Landesarchiv präsentiert anlässlich seines 100jährigen Jubiläums seine kostbarsten Urkunden, die 800 Jahre Stadtgeschichte dokumentieren. In einer gesonderten Vitrine in der Stadtinformation (Rathaus, Schmidthalle, Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr) ist alle 14 Tage ein anderes „historisches Schmankerl“ zu sehen.

Von 9. bis 22. August werden besondere Stücke aus der neuerworbenen Sammlung Jary zu sehen sein, darunter ein Schreiben des Prinzen Eugen und ein Brief von Johann Nestroy.

Professor Walter Jary, 22 Jahre lang Bildungs- und Kulturreferent des Österreichischen Bundesheeres, hat vor kurzem sein „Kleines Archiv“ mit rund 2.000 Porträts, Autographen und Handschriften, das einen Millionenwert repräsentiert, dem Wiener Stadt- und Landesarchiv als Geschenk übergeben. (Schluß) am/gg

Neuer Flächenwidmungsplan im 1. Bezirk

Wien, 9.8. (RK-BEZIRKE) Für einen Teil des 1. Bezirkes, das Gebiet zwischen Rotenturmstraße, Morzinplatz, rechter Uferkante des Donaukanals, rechter Uferkante des Wienflusses, Johannesgasse, Weihburggasse, Himmelpfortgasse und Singerstraße, insgesamt eine Fläche von rund 70 Hektar mit 6.000 Einwohnern und 20.000 Beschäftigten, wurde ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan (Plan Nr. 5992) ausgearbeitet. Außerdem soll eine Schutzzone festgelegt werden.

Im wesentlichen gibt es folgende Probleme: Die derzeitigen Baulinien sind oft Eingriffe in historisch wertvollen Baubestand; es fehlen bestandsbezogene Bauvorschriften in der Schutzzone; die stadtbildprägende Dachlandschaft ist auf Grund der derzeitigen Bauordnungsbestimmungen nicht gesichert, der verstärkte Ausbau von Dachgeschossen birgt die Gefahr einer Zerstörung dieser Dachlandschaft; die Höfe vieler kulturhistorisch wertvoller Gebäude sind vor einer Bebauung nicht gesichert; durch den Ausbau der U-Bahn kommt es zu neuen Fußgängerströmen, für die Vorsorge getroffen werden muß; viele städtebaulich wertvolle Plätze sind derzeit noch durch Autoabstellflächen beeinträchtigt.

Bei der Planung stehen folgende Ziele im Vordergrund: die Erhaltung der Nutzungsvielfalt, die widmungsmäßige Berücksichtigung des wertvollen Baubestandes, die Berücksichtigung des charakteristischen Erscheinungsbildes durch differenzierte Festsetzung der Gebäudehöhen, die Freihaltung der Höfe, die Sicherung der Grünflächen und des wertvollen Baumbestandes, die widmungsmäßige Vorsorge für den ruhenden Verkehr, für Fußgängerverbindungen und für Flächen für öffentliche Zwecke.

Der Entwurf liegt vom 10. August bis 7. September, während der Amtsstunden (Montag bis Freitag 8 bis 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) and/bs

Stacher: „Forum für Angehörige“ beim Psychosozialen Dienst

Erste medizintechnische Aufträge für das SMZ-Ost

Wien, 9.8. (RK-KOMMUNAL) Das Kuratorium für Psychosoziale Dienste in Wien wird ein „Forum für Angehörige“ einrichten, das die Kontakte zwischen den Dienststellen des Kuratoriums und den Angehörigengruppen bzw. Angehörigen von Patienten auf eine breite Basis stellen soll. Dieses Forum soll mindestens zweimal im Jahr abgehalten werden und allen Angehörigengruppen von Alkoholkranken, Drogenabhängigen, gerontopsychiatrischen Patienten, geistig Behinderten, Autisten usw., sowie den nicht organisierten Angehörigen die Möglichkeit bieten, Vorschläge und Anregungen einzubringen und von Mitgliedern des Vorstandes des Kuratoriums und der gemeinderätlichen Psychiatriekommission aktuelle Informationen zu erhalten. Das gab Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Dienstag nachmittag in der Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Gesundheits- und Spitalswesen zu einem Antrag der VP-Gemeinderäte Dkfm. Hilde FESTGE-WEINROTHER und Mag. Eva PETRIK bekannt.

Der Gesundheitsausschuß genehmigte in dieser Sitzung eine Reihe von Aufträgen zum weiteren Ausbau des Schwerpunktkrankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum Ost in der Donaustadt. Zum ersten Mal werden nun auch schon Aufträge für medizinische Einrichtungen erteilt, wie die Lieferung und die Montage

- von Operationstischsystemen (19,4 Millionen Schilling),
- von je nach Fachdisziplinen unterschiedlichen Operations- und Untersuchungsleuchten für Operationssäle und Ambulanzbereiche (7,2 Millionen Schilling) und
- von Deckenversorgungseinheiten für die Chirurgie und die Anästhesie (4,9 Millionen Schilling). Über diese Geräte werden von der Decke aus mit einem schwenkbaren Gelenksarm medizinische Gase (Sauerstoff, Druckluft, Narkosegas, Vakuum) und verschiedene Stromanschlüsse bereitgehalten. Die Anlagen verfügen außerdem über eine Stellfläche für medizinische Apparate.

Weiters bewilligte der Ausschuß Aufträge für Schlosserarbeiten, darunter für automatische Türanlagen, Stahltüren und Zargen, um 106,1 Millionen Schilling, für Baumeisterarbeiten für die Klinkerfassade um 11,7 Millionen Schilling und für Estricharbeiten in den drei Bettenhäusern um 35 Millionen Schilling. (Schluß) sc/gg

Silbernes Ehrenzeichen für Regierungsrat Rosner

Wien, 9.8. (RK-KOMMUNAL) Das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielt Mittwoch Regierungsrat Johann ROSNER durch den amtsführenden Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal Dr. Hannes SWOBODA überreicht.

Amtsdirektor Regierungsrat Johann Rosner hatte durch engagierte Umstrukturierungsmaßnahmen im Bereich des Bezirksgerichtes Liesing der Bevölkerung lange Wartezeiten erspart und sich überdies intensiv um eine bürgerfreundliche Ausbildung des Personals bemüht. (Schluß) lf/bs

Einsatzübung von Feuerwehr und Rotem Kreuz in U-Bahn-Tunnel

Wien, 9.8. (RK-KOMMUNAL) Eine Einsatzübung von Feuerwehr und Rotem Kreuz fand gestern, Dienstag abend, in der noch nicht in Betrieb befindlichen U 6-Station Längenfeldgasse statt. Für den Einsatz wurde folgende Situation angenommen: Eine U-Bahn-Garnitur bleibt infolge eines Kabelbrandes bei der U 6 im Bereich Längenfeldgasse stehen. Aufgrund der raschen Brandausbreitung muß die Garnitur evakuiert werden. Mehrere Personen sind bewußtlos.

Seitens der Feuerwehr waren das Kommandofahrzeug Hauptinspektion, zwei weitere Kommandofahrzeuge, sechs Löschgruppenfahrzeuge, zwei Atemschutzfahrzeuge, zwei Großtanklöschfahrzeuge sowie zwei Schlauchcontainer an der Übung beteiligt. Vom Roten Kreuz wurden die Rettungsfahrzeuge sowie das ärztliche Personal zur Verfügung gestellt.

Ziel der geglückten Übung war, die Zusammenarbeit von Feuerwehr und Rotem Kreuz bei einem derartigen Großeinsatz im U-Bahn-Bereich zu trainieren. (Schluß) du/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressesystem, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
besetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 10. August 1989

Blatt 1705

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Hatzl: Positiv zu Pkw-Fahrtenschreiber (1706/FS: 9.8.)
- „Wien vom Sattel aus entdecken“ (1707/1708/FS: 9.8.)
- „Ferien in Wien“ für Hundefreunde (1709)
- Wochenendsperre des Kreuzungsplateaus Floridsdorfer Brücke (1710)
- Modellprojekt „Gesundheit und Krankenhaus“ (1711)
- Nachträglicher Einbau von 71 Aufzügen beschlossen (1712)
- Bald vollständiger Verzicht auf Tropenhölzer (1712)
- Zusätzliches Personal für städtische Spitäler (1713)
- Smejkal: Aegidigasse stellt Verhandlungsbereitschaft unter Beweis (1714)
- Trotz Regens zusätzliche Bewässerung der Donauinsel (nur FS: 9.8.)

Hatzl: Positiv zu Pkw-Fahrtenschreiber

Wien, 9.8. (RK-KOMMUNAL) Grundsätzlich positiv äußerte sich Mittwoch Verkehrsstadtrat Johann HATZL zu dem Vorschlag, in Pkw Fahrtenschreiber einzubauen. „Ich kann mir durchaus vorstellen, daß damit ein entscheidender Schritt zur Hebung der Verkehrssicherheit gesetzt werden könnte“, sagte Hatzl. Verkehrs- und Innenministerium sollten nun Experten einsetzen, die gemeinsam mit den Ländern und den Interessensvertretungen konkrete Maßnahmen diskutieren und ausarbeiten sollten, schlug der Wiener Verkehrsstadtrat vor.

Überholverbot für Lastwagen auf der Südosttangente?

Verkehrsstadtrat Johann Hatzl gab weiters gegenüber der „RATHAUS-KORRESPONDENZ“ bekannt, daß er die MA 46 (Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten) angewiesen habe, ein Überholverbot für Lkw oder sogar eine Verpflichtung, nur die rechte Spur zu benutzen, auf der Südosttangente zu überprüfen. „Der schwere Lkw-Unfall am Dienstag hat wieder einmal gezeigt, daß diese Maßnahme aus Gründen der Verkehrssicherheit möglicherweise notwendig ist“, sagte Hatzl dazu. (Schluß) roh/bs

Bereits am 9. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

„Wien vom Sattel aus entdecken“

Wien, 9.8. (RK-KOMMUNAL) Mittwoch vormittag präsentierten Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Landesfremdenverkehrsdirektor Senatsrat Dr. Helmut KREBS einen Prospekt des Fremdenverkehrsverbandes unter dem Titel: „Wien vom Sattel aus entdecken“. Er informiert über Wiens radfahrerfreundliche Hotels und Pensionen, über Wiener Radwege, geführte Sightseeingtouren mit dem Fahrrad, über den Fahrradtransport mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Möglichkeiten zur Fahrradreparatur, er enthält aber auch eine Liste der Wiener Radverleihstellen, eine Auswahl an Radliteratur für Ausflüge sowie eine Planskizze mit den wichtigsten Radrouten Wiens.



Bürgermeister Dr. Helmut Zilk überreicht Friedrich Hammermayer einen Silbernen Rathausmann.
Foto: PID/Hutterer

Der Trend zum Rad zeige sich auch am ständig steigenden Bedarf an mehr Radabstellplätzen, sagte Bürgermeister Dr. Zilk und berichtete, daß derzeit 3.500 sicher und deutlich gekennzeichnete Abstellmöglichkeiten an rund 350 verschiedenen Örtlichkeiten bestehen, und es schon in Kürze noch wesentlich mehr werden sollen. Auch könne er sich im Hinblick auf die geplante EXPO durchaus vorstellen, daß in absehbarer Zeit ein Radweg zwischen Wien, Bratislava und Budapest existieren wird.

Senatsrat Dr. Krebs sprach von einer deutlichen Zunahme des „Rad-Tourismus“, immer mehr Gäste kämen auf diese Weise nach Wien. Das Informationsblatt sei in einer Auflage von 25.000 Stück erschienen, und soll alljährlich erneuert werden. Es ist bei Wiens radfahrerfreundlichen Beherbergungsbetrieben, Wiener Radverleihstellen, der Stadtinformation und den Tourist-Informationsstellen ebenso erhältlich wie bei den Zweigstellen der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung und beim Wiener Fremdenverkehrsverband, A-1095 Wien, Kinderspitalgasse 5, Tel. 43 59 74, 43 16 08.

Erstellt wurde das Informationsblatt unter Mitwirkung der Firmen Off-Road Sator, Austria-Radreisen, COOP-Fahrrad und Schuh-Ski sowie der Arbeitsgemeinschaft Fahrradwirtschaft, des ARBÖ, der Arbeitsgemeinschaft Umweltfreundlicher Stadtverkehr (ARGUS), des ÖAMTC und des Verkehrsclubs Österreich. Von diesen Firmen und Institutionen wurden auch die Preise für das ins Info-Blatt integrierte Radfahrer-Gewinnspiel

Bereits am 9. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

gestiftet: etwa ein Mountain-Bike im Wert von 10.500 Schilling, eine Radreise von Passau nach Wien, zwei Fahrräder sowie über 100 weitere Sachpreise. Ziel des Gewinnspieles ist es, radfahrende Wien-Besucher zu einer Sightseeing-Tour anzuregen — über den Ring-Rund-Radweg um die Altstadt, entlang der Ringstraße mit ihren prächtigen Bauten wie Staatsoper, Burgtheater, Parlament und Rathaus.

Rathausmann für Radverleihbetreiber

Bürgermeister Dr. Helmut Zilk ehrte im Rahmen der Pressekonferenz auf Vorschlag des Wiener Fremdenverkehrsverbandes den Radverleihbetreiber Friedrich HAMMERMAYER als „freundlichen Wiener“ und überreichte ihm einen Rathausmann. Anlaß war die ehrenamtliche Tätigkeit Hammermayers im Dienste des Wien-Tourismus. Hammermayer, bekannt als „Donau-Fritzi“, hat in seinem Radverleih Nussdorf eine Informationsstelle für radfahrende Wienbesucher eingerichtet. (Schluß) ull/bs

Forts. von Blatt 1707

„Ferien in Wien“ für Hundefreunde

Wien, 10.8. (RK-LOKAL) Wissenswertes über die besten Freunde des Menschen als Haustiere und ihre Haltung und Pflege erfahren Hundefreunde im Rahmen des Ferienspiels am Samstag, dem 12. August, von 12.30 bis 18 Uhr bei einer Aktion des Österreichischen Gebrauchshundevereins, Wien 2, Lusthausstraße 1. Eine Hundevorführung und ein Quiz sorgen für Unterhaltung. Ferienspieler, die bereits einen vierbeinigen Freund haben, sind eingeladen, ihren Hund zu dieser Veranstaltung mitzunehmen. (Schluß) jel/gg

Wochenendsperre des Kreuzungsplateaus Floridsdorfer Brücke

Wien, 10.8. (RK-KOMMUNAL) Wie schon angekündigt, muß im Rahmen der Fahrbahninstandsetzungsarbeiten auf der Floridsdorfer Brücke — die Arbeiten auf der Brücke selbst wurden am 21. Juli vorzeitig beendet — noch abschließend der Einbau von 1.500 Quadratmetern Fahrbahnbelag auf dem Kreuzungsplateau Floridsdorfer Brücke/Donauuferautobahn (A 22) erfolgen. Für diese Arbeiten, die am kommenden Wochenende in der Zeit von Samstag, 12. August, etwa 3 Uhr früh, bis Montag, 14. August, etwa 5 Uhr früh, ausgeführt werden, ist eine komplette Sperre des Kreuzungsplateaus notwendig.

Infolge dieser Baumaßnahmen wird die Nachtautobuslinie „N 2“ über den Handelskai fahren und die Donau auf der Nordbrücke überqueren. Als Ersatzhaltestellen werden in Fahrtrichtung Jedlesees ein Halt in der Prager Straße vor der Gebauergasse sowie in Fahrtrichtung Schwedenplatz die (bestehenden) Haltestellen Am Spitz und vor der Nordbrücke eingerichtet. (Schluß) pz/gg

Modellprojekt „Gesundheit und Krankenhaus“

Gesundheitsausschuß genehmigte 5 Millionen Schilling

Wien, 10.8. (RK-KOMMUNAL) Das Ludwig-Boltzmann-Institut für Medizinsoziologie wird gemeinsam mit der Krankenanstalt Rudolfstiftung der Stadt Wien ein Modellprojekt „Gesundheit und Krankenhaus“ durchführen. Es handelt sich dabei um den Wiener Beitrag zum internationalen Projekt „Gesundheitsförderung und Krankenhaus“ der Weltgesundheitsorganisation. Der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalswesen genehmigte in seiner letzten Sitzung 5 Millionen Schilling für das zwei-jährige Studienprogramm.

Das Wiener Projekt soll die bestehenden Strukturen des Gesundheitswesens untersuchen, vor allem das Leistungszentrum der modernen Medizin, das Krankenhaus. Das Krankenhaus ist von großer gesellschaftlicher und medizinischer Bedeutung und daher auch wichtig für die konkrete Umsetzung der Gesundheitsförderungsidee. Einerseits beeinflußt das Krankenhaus direkt die Gesundheit der Patienten und der Mitarbeiter, andererseits kann es aber auch Initiator und Träger von Gesundheitsförderungsaaktionen in seinem Einzugsbereich sein.

Daraus ergeben sich unter anderem folgende Einzelziele:

- Verstärkung präventiver Maßnahmen,
- Intensivierung der Rehabilitation,
- weitere Humanisierung der Patientenversorgung,
- Verbesserung der interdisziplinären Zusammenarbeit,
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen,
- Weiterentwicklung der Aus- und Weiterbildung im Krankenhaus,
- Wahrnehmung einer Leitfunktion für Gesundheit in der Gesellschaft und
- Entlastung des stationären Akutbereichs durch den Ausbau alternativer Versorgungsmodelle.

Die angestrebten strukturellen Veränderungen sollen auch eine Steigerung der Effizienz des Krankenhausbetriebs und damit eine ökonomischere Gestaltung des stationären Akutbereichs bewirken.

Einer der Schwerpunkte der Untersuchungen im ersten Projektjahr werden die Arbeitsbedingungen des Krankenhauspersonals sein. (Schluß) sc/gg

Nachträglicher Einbau von 71 Aufzügen beschlossen

Wien, 10.8. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Der Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung hat in seiner Sitzung am Donnerstag den nachträglichen Einbau von insgesamt 71 Personenaufzügen in städtische Wohnhäuser beschlossen.

Der Kostenaufwand beträgt 135,66 Millionen Schilling. Das größte Projekt ist die Wohnhausanlage 20, Stromstraße 36-38, wo allein 26 Aufzüge eingebaut werden. Vor allem für ältere Menschen, für Behinderte und Hausfrauen werden die Aufzüge eine Erleichterung bedeuten.

Neubau im 3. Bezirk

Außerdem beschloß der Gemeinderatsausschuß den Neubau eines städtischen Wohnhauses in Wien 3, Blattgasse 5/Blütengasse 2-4. Das Haus wird 42 Wohnungen haben und 57,616 Millionen Schilling kosten. (Schluß) ah/bs

Bald vollständiger Verzicht auf Tropenhölzer

Wien, 10.8. (RK-KOMMUNAL) Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER gab Donnerstag in der Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Wohnbau und Stadterneuerung bekannt, daß die Stadt Wien in ein bis zwei Jahren vollständig auf die Verwendung tropischer Hölzer verzichten wird.

Der Verbrauch wurde bereits 1988 erheblich reduziert. Der mit Abstand größte Bedarf bestehe derzeit noch bei der städtischen Bestattung mit rund 150 Kubikmeter pro Jahr. Es erfolgen aber keine Neubestellungen mehr, der Lagerbestand reicht noch für etwa eineinhalb Jahre. (Schluß) ah/bs

Zusätzliches Personal für städtische Spitäler

Stacher: Beträchtliche Verbesserung der Personalsituation

Wien, 10.8. (RK-KOMMUNAL) Ein großer Teil des für die Wiener städtischen Krankenanstalten und Pflegeheime zusätzlich genehmigten Personals arbeitet bereits. Außerdem sind viele neue Mitarbeiter bereits aufgenommen worden und werden in Kürze ihren Dienst antreten. Das gab Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Donnerstag bekannt.

Alle 50 zusätzlich bewilligten Turnusärzte arbeiten bereits; ebenso 11 der 20 neuen Anstaltsärzte für die Pflegeheime, für 9 weitere läuft das Aufnahmeverfahren. 58 absolvierte Mediziner, die ein Jahr im Pflegedienst tätig sein werden, haben ihren Dienst ebenfalls schon angetreten.

Es arbeiten auch schon 83 diplomierte Krankenschwestern und -pfleger sowie 61 geprüfte Stationsgehilfen und -gehilfinnen. Weitere 30 geprüfte Krankenpflegepersonen und 3 geprüfte Stationsgehilfinnen wurden bereits aufgenommen und beginnen demnächst mit der Arbeit.

188 Abteilungshelfer und -helferinnen, die das diplomierte Pflegepersonal entlasten sollen, haben mit dem Dienst schon begonnen, weitere 73 wurden aufgenommen und werden in Kürze die Arbeit aufnehmen. 15 neue Posten für Kanzleibedienstete, die dem Pflegepersonal Schreibarbeiten abnehmen sollen, wurden ebenfalls schon besetzt.

Stadtrat Stacher betonte, daß das Anstaltenamt um die Genehmigung von weiteren 255 Dienstposten für Krankenpflegepersonal angesucht hat. Außerdem wurden Dienstposten für 300 Abteilungshelfer und -helferinnen beantragt. Das würde insgesamt eine beträchtliche Verbesserung der Personalsituation darstellen.

In diesem Zusammenhang wies der Gesundheitsstadtrat darauf hin, daß Fragen des Personalwesens, wie Dienstzeiten usw., auch ein Schwerpunkt der Beratungen der von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK geplanten Spitalsreformkommission sein werden. Die Reformkommission wird noch im Herbst ihre Tätigkeit aufnehmen. (Schluß) sc/bs

Smejkal: Aegidlgasse stellt Verhandlungsbereitschaft unter Bewels

Wien, 10.8. (RK-KOMMUNAL) Positiv reagierte Vizebürgermeisterin und Sozialstadträtin Ingrid SMEJKAL Donnerstag auf die Ankündigung der ehemaligen Hausgemeinschaft Aegidi/Spalo, die Demonstration am Freitag, dem 11. August, abzusagen.

Es sei im Sinne aller Beteiligten, eine Eskalation zu vermeiden und die Verhandlungen fortzusetzen. Es müsse aber, unterstrich Smejkal, auch Klarheit darüber herrschen, daß das Verhandlungsergebnis ein Konsens sein werde, der gemeinsam zu erarbeiten sei. Sie werde sich, kündigte die Sozialstadträtin an, auch weiterhin für eine positive Lösung einsetzen, zumal die Hausgemeinschaft mit der Absage der Demonstration ihre friedlichen Absichten dokumentiert habe und die Bereitschaft zu weiteren Gesprächen zeige.

Smejkal erneuerte ihr Angebot, die bisher von der Stadt Wien angebotenen Häuser obdachlosen Mitgliedern der Hausgemeinschaft zur Verfügung zu stellen, denn, so Smejkal, man dürfe Menschen in Not nicht Opfer von Verhandlungsstrategien werden lassen.

Abschließend versicherte Smejkal, daß die Stadt Wien an der gemeinsamen Lösung des Problems interessiert und weiterhin gesprächsbereit sei. (Schluß) jel/bs

chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlagsort: Medlennhober, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 11. August 1989

Blatt 1715

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Tunnelanschlag beim Westbahnhof (1716/FS: 10.8.)
- Stacher: „Habe keinen Grund zur Frustration und Resignation“ (1717/FS: 10.8.)
- Flötzersteig wieder frei befahrbar (1719)
- Fahrbahnsanierung am Gürtel (1719)
- Info-Bus der Gaswerke in der Schippani-Siedlung (1720)
- Gesundheitsdienst im Sommerbad (1720)
- Volksbad Vereinsgasse vorübergehend gesperrt (1720)
- Soziale Gruppenarbeit im Jugendamt der Stadt Wien (1721)
- Terminvorschau von 14. bis 24. August (1722)
- Zufahrt zur Donauinsel trotz Arbeiten auf der Floridsdorfer Brücke möglich (nur FS)
- U 1 zwischen Vorgartenstraße und Kaisermühlen unterbrochen (nur FS)

Kultur:

- 65. Geburtstag von Georges Pretre (1718)

Tunnelanschlag beim Westbahnhof

Bereits am 10. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 10.8. (RK-KOMMUNAL) 26 Meter unter der Erdoberfläche beim Westbahnhof, am Boden des zentralen Schachtes „Gerstnerstraße“, nahm Donnerstag Christine VRANITZKY als „Tunnelpatin“, die den Bergleuten Glück bringen soll, den Tunnelanschlag für die Stationsröhren der künftigen U3-Station „Westbahnhof“ vor. Anwesend waren neben zahlreichen Ehrengästen Bundeskanzler Dr. Franz VRANITZKY, Verkehrsstadtrat Johann HATZL sowie Bischofsvikar Pater Josef ZEININGER, der die Segnung der Barbarastatuen vornahm.

Vom Schacht Gerstnerstraße aus wird mit dem größten Ausbruchquerschnitt (224 Quadratmeter), der jemals in Wien aufgefahren wurde, in sieben Teilvortrieben dieses 312 Meter lange Teilstück der U3 errichtet. Es handelt sich dabei um Arbeiten für die zweite Betriebsphase der U3.

Die einzelnen Inbetriebnahmen für die derzeit im Bau befindlichen beiden U-Bahn-Linien:

7. Oktober 1989	U 6 Heiligenstadt bis Philadelphiabrücke
Frühjahr 1991	U 3 Erdberg bis Volkstheater
Ende 1992	U 6 bis Siebenhirten
1993	U 3 bis Westbahnhof
1994	U 3 bis Johnstraße
1995	U 6 bis Floridsdorf (Finanzierung noch offen)
1996	U 3 bis Ottakring/Vorortelinie

(Schluß) roh/bs

Stacher: „Habe keinen Grund zur Frustration und Resignation“

Stacher zu Festge-Weinrother und Hirnschall

Wien, 10.8. (RK-KOMMUNAL) Zu den Presseaussendungen der ÖVP-Abgeordneten Dkfm. Hilde FESTGE-WEINROTHER und des FPÖ-Klubobmannes Dr. Erwin HIRNSCHALL stellte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Donnerstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest, daß in dem zitierten Bericht in einer Wiener Tageszeitung seine Aussagen teils unzulässig verkürzt und aus dem Zusammenhang gerissen, teils falsch wiedergegeben wurden:

1. Es ist falsch, daß nur „50 neue Planstellen für Ärzte und Abteilungsgehilfinnen“ geschaffen wurden. Die tatsächlich weit höheren Zahlen wurden heute in einer Aussendung der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ bekanntgegeben.
2. Die Vorarbeiten für den neuen Gesundheits- und Spitalsplan sind voll im Gang.
3. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK hat gemeinsam mit Stadtrat Stacher alle Vorbereitungen für die im Herbst geplante Spitalsreformkommission getroffen.
4. Eine Kommission für Rechtsvorschriften im Gesundheitswesen arbeitet bereits.
5. Alle eingelangten Reformvorschläge, unter anderem auch für die Dezentralisierung der Spitäler, werden bearbeitet.

Auf Grund der kurzfristig schon geleisteten Arbeit und der Vorarbeiten für weitere Reformmaßnahmen habe ich, sagte Stacher, keine Veranlassung, resigniert oder frustriert zu sein. Der Gesundheitsstadtrat betonte, daß er in Übereinstimmung mit Bürgermeister Zilk alles tun werde, um die erforderlichen Reformen in Gang zu bringen und durchzuführen. (Schluß) sc/bs

Bereits am 10. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet

65. Geburtstag von Georges Pretre

Wien, 11.8. (RK-KULTUR) Der Dirigent Georges Pretre, geboren am 14. August 1924 in Douai/Nordfrankreich, war Student am Pariser Conservatorium, wo er zum Orchestermusiker und Dirigenten ausgebildet wurde. Er debütierte 1946 in Marseille, arbeitete in den folgenden zehn Jahren an mehreren Provinzbühnen, trat 1956 zum ersten Mal in Paris auf und wurde an der dortigen Oper 1960 als ständiger Dirigent verpflichtet. Seit diesem Zeitpunkt leitete er Opernaufführungen und Konzerte in Europa und den USA. Er gilt heute als einer der bedeutendsten Dirigenten Frankreichs und als einer der gesuchtesten Orchesterleiter der Welt.

Georges Pretre, und dieser Umstand bindet ihn besonders an Wien, wurde 1985 zum ersten Dirigenten der Wiener Symphoniker bestellt, ein Amt, das er auch heute noch innehat. Im Rahmen dieser Tätigkeit konnte er mit seinem Ensemble regionale und überregionale Erfolge feiern.

Tourneen und Konzertzyklen der Wiener Symphoniker unter ihrem derzeitigen ersten Dirigenten sind ein musikalisches Aushängeschild der Stadt. Am 14. Juli dirigierte Pretre in der neuen Oper an der Bastille in Paris das Eröffnungskonzert anlässlich der Revolutionsfeierlichkeiten in Frankreich. (Schluß) red/gg

Flötzersteig wieder frei befahrbar

Wien, 11.8. (RK-KOMMUNAL) Die Belagsarbeiten am Flötzersteig konnten rund eine Woche früher als geplant beendet werden. Damit ist der Flötzersteig ab heute, Freitag, 8 Uhr früh zwischen Maroltingergasse und Flötzersteigbrücke wieder für den Verkehr offen.

Gleisbauarbeiten am Lerchenfelder Gürtel

Heute, Freitag, nach der Abendspitze beginnen am äußeren Lerchenfelder Gürtel Gleisbauarbeiten für eine neue Schleife für die Linie „J“ und „5“. Die Arbeiten werden einschließlich der notwendigen Fahrbahninstandsetzungen voraussichtlich am 25. August abgeschlossen sein. Für den Kfz-Verkehr stehen am Gürtel zwei Fahrspuren zur Verfügung.

Die Neulerchenfelder Straße muß ab Freitag, 20 Uhr, bis Mittwoch, 16. August, 5 Uhr, in Gürtelhöhe für den Kfz-Verkehr gesperrt werden.

Am Inneren Lerchenfelder Gürtel beginnen die Gleisbauarbeiten am Mittwoch, dem 16. August. Für den Kfz-Verkehr stehen dort zwei Fahrspuren zur Verfügung. Hier werden die Arbeiten voraussichtlich bis zum 4. September dauern. (Schluß) roh/bs

Fahrbahnsanierung am Gürtel

Wien, 11.8. (RK-KOMMUNAL) Ab kommenden Montag, dem 14. August, beginnen am äußeren Neubaugürtel und am Inneren Währinger Gürtel Instandsetzungsarbeiten schadhafter Betonfelder. Die Arbeiten werden eine Woche dauern. Am Gürtel bleiben jeweils zwei Fahrspuren frei. Für die Querung des Neubaugürtels bleibt ein Fahrstreifen in jeder Richtung offen. Das Rechtsabbiegen vom äußeren Gürtel in die Hütteldorfer Straße ist nicht möglich, von der Hütteldorfer Straße kann man in den Gürtel abbiegen. (Schluß) roh/gg

Info-Bus der Gaswerke in der Schippani-Siedlung

Wien, 11.8. (RK-LOKAL) Der Info-Bus der Gaswerke fährt auch heuer wieder zu Wohn- und Gartensiedlungen, die der Gasversorgung erschlossen werden sollen und deren Bewohner damit das Angebot einer umweltfreundlichen und bequemen Heizung erhalten. Als nächstes ist die Schippani-Siedlung an der Reihe. Im Info-Bus gibt es die Möglichkeit, allgemeine Informationen über die Gasheizung zu erhalten beziehungsweise sich für eine gezielte Beratung anzumelden.

16. bis 25. August
Schippani-Siedlung

Standort: 22, Gartenheimstraße bei Haus 42

(Schluß) roh/gg

Gesundheitsdienst im Sommerbad

Am Sonntag und am Feiertag im Stadionbad

Wien, 11.8. (RK-LOKAL) Auch am kommenden Sonntag, dem 13. August, und am Dienstag, dem 15. August (Feiertag), gibt es wieder ein „Schau auf Dich“-Gesundheitsprogramm in einem Wiener Sommerbad. An beiden Tagen machen die Ärztinnen und Ärzte, Sozialarbeiter und Ordinationsgehilfinnen des Wiener Gesundheitsamtes Dienst im Stadionbad im Prater.

Die Badegäste können sich zwischen 9 und 18 Uhr kostenlos

- den Blutdruck messen lassen,
- einem Lungenfunktionstest unterziehen und
- mit einem Sehtestgerät auf Kurz- oder Weitsichtigkeit untersuchen lassen.

Kinder — aber natürlich auch Erwachsene — können an einem Riesengebiss lernen, wie man die Zähne richtig putzt.

Außerdem kann man sich beim Gesundheitsteam über Gesundenuntersuchungen, Schutzimpfungen und Erste Hilfe informieren. (Schluß) sc/gg

Volksbad Vereinsgasse vorübergehend gesperrt

Wien, 11.8. (RK-LOKAL) Das städtische Volksbad, 2, Vereinsgasse 31, hat Urlaubssperre. Es ist daher vom 14. August bis 7. September geschlossen. (Schluß) du/bs

Soziale Gruppenarbeit im Jugendamt der Stadt Wien

Wien, 11.8. (RK-KOMMUNAL) Seit 1974 besteht für Kinder und Erwachsene die Möglichkeit, eine der vielen Gruppen zu besuchen, welche im Rahmen der Sozialen Gruppenarbeit vom Wiener Jugendamt zur Hilfe bei Erziehungsfragen angeboten werden. Mittlerweile gibt es eine Palette von 30 verschiedenen Gruppen, die unter der Leitung von Sozialarbeiter/innen in fast allen Wiener Bezirken eingerichtet sind. Gruppen gibt es für Kinder oder Jugendliche, Mütter bzw. Eltern, für Pflegeeltern, Adoptiveltern und Stiefeltern.

Im gemeinsamen Erfahrungsaustausch erleben sich Kinder und Erwachsene mit ihren Fragen und Problemen ernstgenommen, angehört und nicht isoliert. Speziell die Erfahrung, mit seinen Anliegen oder Schwierigkeiten nicht alleine dazustehen und im Austausch mit anderen neue Möglichkeiten für das eigene Handeln zu entdecken, stellt einen wesentlichen Gruppeneffekt dar und trägt zur Entspannung und Entlastung der Einzelnen in Problemsituationen bei. Kinder und Erwachsene können neue Fähigkeiten und Möglichkeiten entwickeln und praktische Hilfen bei der Bewältigung von Alltagsproblemen bekommen.

Da sich in den Gruppen zumeist Personen aus dem Wohnbezirk zusammenfinden, ergeben sich aus diesen Gruppenbeziehungen oft auch tragfähige und außerhalb des Gruppengeschehens bedeutsame und wirkungsvolle Freizeitkontakte. So wird es, über das Gruppengeschehen hinausgehend, möglich, bestehende Isolierungen von Kindern, Erwachsenen oder ganzen Familien teilweise aufzuheben und die sozialen Möglichkeiten des Einzelnen zu vergrößern und auszubauen.

Weniger Kinder in Heimen

Das Jugendamt der Stadt Wien hat damit die nunmehr im neuen Jugendwohlfahrtsgesetz enthaltenen Schwerpunkte vorweg realisiert und den Serviceangeboten für Familien vorrangige Bedeutung gegeben. Die Förderung von erziehungsunterstützenden Angeboten hat sicher wesentlich dazu beigetragen, die Unterbringung von Kindern in Heimen zu vermindern. Anfang der siebziger Jahre wurden noch mehr als 1.700 Kinder jährlich in Heimen oder bei Pflegefamilien untergebracht, 1988 waren es nur etwas mehr als 600.

Die Methodik der Arbeit mit Gruppen ist ein traditionelles Angebot der Sozialarbeit im Wiener Jugendamt und beweist seit mehr als einem Jahrzehnt ihren wichtigen Stellenwert innerhalb der vielfältigen sozialen Serviceleistungen für Wiener Familien. (Schluß) jel/bs

Terminvorschau vom 14. bis 24. August

Wien, 10.8. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 14. bis 24. August hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 14. AUGUST:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Landtmann)

MITTWOCH, 16. AUGUST:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Landtmann)

MONTAG, 21. AUGUST:

11.00 Uhr, Überreichung eines Ehrenzeichens an Ing. Gerhard Engelsberger, Direktor der ÖRAG, durch Bgm. Zilk (Arbeitszimmer)

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Landtmann)

DIENSTAG, 22. AUGUST:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

13.30 Uhr, Überreichung eines Ehrenzeichens an Oberstadtphysikus Hofrat Dr. Ermar Junker durch Bgm. Zilk (Arbeitszimmer)

DONNERSTAG, 24. AUGUST:

11.00 Uhr, Pressekonferenz Vzbgm. Smejkal, Novelle zum Kindertagesheim-Gesetz (Kindertagesheim der Stadt Wien, 10, Otto-Probst-Straße 3/18 a)

13.30 Uhr, Überreichung eines Ehrenzeichens an Prof. Paul Lendvai durch Bgm. Zilk (Arbeitszimmer)

(Schluß) red/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: R. G. Müller, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 14. August 1989

Blatt 1723

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Donaustadtstraße wieder frei (1724/FS: 11.8.)
- Fahrbahnsanierungen im 3. Bezirk (1724/FS: 12.8.)
- Kreuzungsumbau im Bereich der Stubenbrücke (1724/FS: 13.8.)
- Ehrung für Lebensretter (1725/FS: 11.8.)
- Lärmschutzwände bei der Ostbahnunterführung Gudrunstraße (1726)
- Straßenbauarbeiten in der Münichreiterstraße (1726)
- Sanierung der Kaltenleutgebner Straße (1726)
- „Lets sing...“ beim Ferienspiel (1727)

Kultur:

- Kauer fordert Verdoppelung des Wiener Kulturbudgets (1728)

Donaustadtstraße wieder frei

Wien, 11.8. (RK-KOMMUNAL) Seit Heute, Freitag nachmittag, ist die Donaustadtstraße zwischen Erzherzog-Karl-Straße und Neuhaufengasse für den Verkehr wieder frei. Die Arbeiten konnten rechtzeitig abgeschlossen werden.

Die Umleitungsstrecke Anton-Sattler-Gasse — Eipeldauer Straße für die Donaufelder Straße kann morgen, Samstag, aufgehoben werden. (Schluß) roh/bs

Bereits am 11. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Fahrbahnanlagen im 3. Bezirk

Wien, 12.8. (RK-KOMMUNAL) Im 3. Bezirk werden nach der Fertigstellung von Wohnhausanlagen im Bereich Barichgasse — Ottogasse — Juchgasse die jeweils angrenzenden Fahrbahnabschnitte umgebaut.

In der Barichgasse und in der Juchgasse erfolgt die Herstellung von gepflasterten Schrägparkspuren und in der Ottogasse die Erneuerung der Fahrspur mit Asphaltbeton sowie die Pflasterung der Längsparkspuren. Die vom Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie genehmigten Gesamtkosten für diese Baumaßnahmen betragen 1,1 Millionen Schilling. (Schluß) pz/gg

Bereits am 12. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Kreuzungsumbau im Bereich der Stubenbrücke

Wien, 13.8. (RK-KOMMUNAL) Im Zuge des Umbaues der Stubenbrücke wird nach diversen Einbautenarbeiten für den U-Bahn-Bau auch der Kreuzungsbereich Vordere Zollamtsstraße — Am Heumarkt — Landstraßer Hauptstraße als letzter U-Bahn-Baustellenbereich der Landstraße wiederhergestellt.

Die vom Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie genehmigten Kosten für diesen Straßenumbau betragen 1,7 Millionen Schilling. (Schluß) pz/gg

Bereits am 13. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Ehrung für Lebensretter

Wien, 11.8. (RK-LOKAL) Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK überreichte am Freitag im Rahmen einer kleinen Feier in seinem Amtszimmer an den Schüler Martin MANTLER die Einsatzmedaille des Landes Wien. Der 13-jährige hatte vor einigen Wochen durch seinen mutigen Einsatz einem Kleinkind das Leben gerettet: Er fing mit seinen Armen ein Baby auf, das aus dem Fenster im zweiten Stock eines Wohnhauses gestürzt war. (Schluß) red/bs



Foto: PID/Hutterer

Bereits am 11. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Lärmschutzwände bei der Ostbahnunterführung Gudrunstraße

Wien, 14.8. (RK-KOMMUNAL) Bereits im Jahr 1988 war mit den umfangreichen Instandsetzungsarbeiten an der Stützmauer Gudrunstraße im Bereich der Ostbahnunterführung begonnen worden. Im Rahmen dieser Baumaßnahmen erfolgte auch die Erneuerung der Mauerkrone auf Seite der Wohnhäuser. Nunmehr wird auf diese neue Mauerkrone eine rund 350 Meter lange und 2,5 Meter hohe Lärmschutzwand, die aus einer Stahl-Glas-Konstruktion besteht, aufgesetzt. Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie hat dieses mit Kosten von 3,8 Millionen Schilling veranschlagte Projekt genehmigt. (Schluß) pz/rr

Straßenbauarbeiten in der Münchreiterstraße

Wien, 14.8. (RK-KOMMUNAL) Ab Mittwoch, 16. August, beginnen in der Münchreiterstraße zwischen der Suppegasse und der Stadlergasse im 13. Bezirk Straßenbauarbeiten, die vier Wochen dauern werden. Die Lainzer Straße muß bis zur Suppegasse als Einbahn geführt werden, in Gegenrichtung wird der Verkehr über die Stadlergasse umgeleitet. (Schluß) roh/bs

Sanierung der Kaltenleutgebner Straße

Wien, 14.8. (RK-KOMMUNAL) Im 23. Bezirk wird ab Mittwoch, 16. August, die Kaltenleutgebner Straße saniert. Die Arbeiten (Gehsteigerstellung, Belagsaufbringung auf der Fahrbahn, Herstellung von Wasserläufen und Kanalanschlußarbeiten) werden bis Ende des Jahres dauern. Der Verkehr wird örtlich auf dreieinhalb Meter Restfahrbahn mit Wartepflicht bei Gegenverkehr eingeschränkt. (Schluß) roh/bs

„Lets sing...“ beim Ferienspiel

Wien, 14.8. (RK-LOKAL) „Lets sing...“ heißt es für Teilnehmer der Aktion „Ferien in Wien“ bei zwei Workshops, die vom Landesjugendreferat für 11- bis 15jährige Ferienspieler veranstaltet werden. Jeweils drei Stunden täglich wird bei den Workshops, die in zwei Turnussen, von 21. bis 25. August und von 28. August bis 1. September im Rathaus veranstaltet werden, mit Mario BOTAZZI von der „Ersten Allgemeinen Verunsicherung“ Musik gemacht. Musikfans unter den Ferienspielern können sich beim Ferien-Info-Stand in der Schmidthalle im Rathaus anmelden. (Schluß) jel/rr

Kauer fordert Verdoppelung des Wiener Kulturbudgets

Wien, 14.8. (RK-KULTUR) ÖVP-Landtagsabgeordneter Mag. Robert KAUER forderte Montag in einem Pressegespräch eine Verdoppelung des Wiener Kulturbudgets. Derzeit beträgt das Kulturbudget ein Prozent des Gesamtbudgets, und dies, obwohl der Städtetag — mit den Stimmen der Sozialisten — bereits festgestellt hat, daß für eine Stadt wie Wien ein Anteil von vier Prozent erforderlich sei, betonte Kauer. Zum Vergleich: in München liege der Anteil des Kulturbudgets bei 4,3 Prozent, in Frankfurt sogar bei 11 Prozent. Die angestrebte Verdoppelung solle bereits 1990 erreicht sein.

Kulturpolitisches Konzept gemeinsam erarbeiten

Kauer vertrat die Ansicht, daß in Wien derzeit ein kulturpolitisches Konzept fehle. Ein solches könne seiner Ansicht nach aber nur gemeinsam erarbeitet werden.

Kauer kritisierte das Fehlen der Bilanz 1988 der Wiener Festwochen, das Fehlen von vom Rechnungshof verlangten Förderungsrichtlinien, die seiner Ansicht nach ungeklärte kulturpolitische Funktion der Wiener Städtischen Bühnen und die ungeklärte Finanzsituation der Wiener Symphoniker. Nach der Vorstellung der ÖVP müßte die Stadt Wien lebende Künstler stärker fördern und sich dafür einsetzen, daß privates Sponsoring erleichtert wird. (Schluß) emw/rr

ef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
ontag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
amstag 10 bis 17 Uhr,
onn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
brige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

essum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
lege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
etzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 16. August 1989

Blatt 1729

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Gasrohrverlegung am Handelskai (1730/FS: 15.8.)

„Der Wienerwald“ im Rathaus (1731/FS: 15.8.)

Bauarbeiten zur Sanierung des Karl-Marx-Hofes haben begonnen (1732/1733)

Ferierspieler greifen nach den Sternen (1735)

Am Samstag wieder Praterummel (1735)

Wiener ÖVP für Verkauf von Gemeindewohnungen (1736)

Kultur:

Wertvolles Dokument für Schubert-Sammlung der Stadtbibliothek (1734)

Gasrohrverlegung am Handelskai

Wien, 15.8. (RK-KOMMUNAL) In der Fahrbahn des Handelskais zwischen der Reichsbrücke und der verlängerten Ennsgasse werden Gasrohre verlegt. Vom 16. August bis zum 31. Oktober stehen deshalb dem Verkehr zwischen 5 und 19 Uhr Richtung stromabwärts nur ein und in der Gegenrichtung zwei Fahrstreifen zur Verfügung. (Schluß) roh/bs

Bereits am 15. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

„Der Wienerwald“ Im Rathaus

Wien, 15.8. (RK-LOKAL) „Der Wienerwald“, eine Ausstellung des Wiener Stadt- und Landesarchivs, ist noch bis 6. Oktober im Rathaus, Stiege 6, 1. Stock, zu sehen.

Die interessante Schau zeigt eine historische Einleitung, skizziert Besiedelung, Erschließung, Nutzung und die Anfänge des Tourismus. Ein zweiter Abschnitt ist der Sicherung des Bestandes des Wienerwaldes gewidmet. Auch die großen Probleme im Zusammenhang mit beiden Weltkriegen (Abholzung, wilde Siedlungen) werden dargestellt. Schließlich werden die heutigen Probleme (Waldzustandskarte) aufgezeigt. (Schluß) am/rr

Bereits am 15. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Bauarbeiten zur Sanierung des Karl-Marx-Hofes haben begonnen

Wien, 6.8. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Die Sanierungsarbeiten im Karl-Marx-Hof haben begonnen. Im Bereich Heiligenstädter Straße/ 12.-Februar-Platz wird eine Wärmeschutzfassade angebracht und die alten Fenster werden erneuert.

Stellenweise muß der gut haftende alte Verputz mit schwerem Werkzeug zentimeterweise entfernt werden. Anschließend werden die Fenster ausgewechselt. Dabei wurde ein Verfahren entwickelt, wodurch den Mietern kaum Schmutz oder Beschädigungen in den Wohnungen entstehen! Das Auswechseln eines Fensters dauert nur rund einen halben Tag. Gleichzeitig mit der Fassadenerneuerung werden in den betroffenen Stiegenhäusern Aufzüge eingebaut.



Foto: Landesbildstelle

Forts. auf Blatt 1733

Sanierung bis 1992

Die Sanierungsarbeiten im Karl-Marx-Hof werden voraussichtlich bis 1992 dauern. Die Wohnungsverbesserungen gehen wesentlich rascher. Und das ist in den nächsten Jahren geplant:

- 1989: Erneuerung der Fassade und der alten Fenster sowie Einbau der Aufzüge im Bereich Heiligenstädter Straße; Inbetriebnahme der Fernwärme
- 1990: Erneuerung der Fassade und der alten Fenster sowie Einbau der Aufzüge im Bereich Heiligenstädter Straße (restliche Stiegen), Geistinger-gasse, Grinzinger Straße und Boschstraße
- 1991: Erneuerung der Fassade und der alten Fenster in den Höfen
- 1992: Ergänzungsarbeiten

Über den gesamten Zeitraum werden alle anderen Arbeiten wie Aufzugs-einbau, Stiegenhaussanierung, Wohnungsverbesserungen usw. durch-geführt.

Mieterberatung übersiedelt

Die Bewohner sollen über jeden Schritt informiert werden und bei wichtigen Entscheidungen auch mitbestimmen können. Seit über einem Jahr gibt es dafür eine Mieterberatung. Diese Mieterberatung ist jetzt übersiedelt. Seit einigen Wochen befindet sie sich im Waschsalon Halteraugasse (im 1. Stock über der Waschküche). Die Mieterberatung ist Montag von 16 bis 18 Uhr, Mittwoch von 15 bis 17 Uhr und Donnerstag von 9 bis 12 Uhr geöffnet sowie telefonisch unter 37 45 74 erreichbar.

Die Sanierung kostet viel Geld, insgesamt rund 360 Millionen Schilling. Die Mieter müssen aber nur einen kleinen Teil (etwa ein Viertel) selber zahlen — und zwar über die Miete, die zehn Jahre lang höher ist, dann aber wieder auf die alte Höhe zurückgeht. Den Großteil der Kosten für die Gebäude-sanierung und auch für die Wohnungsverbesserung übernimmt die öffent-liche Förderung. Die neue Mieter wird seit 1. Juni eingehoben. Sie beträgt beispielsweise für eine 56-Quadratmeter-Wohnung der Kategorie C samt Betriebskosten 1.954,40 Schilling im Monat. In dieser Miete nicht enthalten sind Rückzahlungsraten für Verbesserungsmaßnahmen in den Wohnun-gen wie Einbau von Bad, WC, Zentralheizung, Erneuerung der Elektro- oder Kücheninstallationen usw. Bei Inanspruchnahme all dieser Verbesse-rungsmaßnahmen erhöht sich die Miete nochmals, und zwar um rund 600 bis 700 Schilling im Monat. Bei geringem Einkommen kann die Miete durch Wohnbeihilfe oder Mietzinsbeihilfe gesenkt werden. (Schluß) ah/rr

Forts. von Blatt 1732

Wertvolles Dokument für Schubert-Sammlung der Stadtbibliothek

Wien, 16.8. (RK-KULTUR) Die Wiener Stadt- und Landesbibliothek hat ein wertvolles Dokument für ihre große Schubert-Sammlung erworben: das weltweit einzig bekannte Exemplar eines Schubert-Drucks mit einer eigenhändigen Widmung des Komponisten.

Die Widmung geht an Irene von Kiesewetter, Tochter des Wiener Musikologen Raphael Georg Kiesewetter, einer hochgeachteten Persönlichkeit im Wiener Musikleben des ersten Drittels des vorigen Jahrhunderts. Daß es sich bei der Komposition auch noch um die Beethoven gewidmeten Variationen op. 10 für Klavier zu 4 Händen handelt, und zwar um die zweite im Todesjahr von Schubert erschienene Ausgabe, ist von zusätzlichem Interesse. Eine kleine Korrektur im Notentext von der Hand Schuberts läßt den Schluß zu, daß Schubert mit Irene von Kiesewetter aus diesem Exemplar auch gespielt hat. (Schluß) gab/sk

Ferlenspieler greifen nach den Sternen

Wien, 16.8. (RK-LOKAL) Nach den Sternen können „Ferien in Wien“-Teilnehmer bei einer gemeinsamen Aktion der Kuffner-Sternwarte in Ottakring und des Technischen Museums greifen. Jeden Montag, Freitag und Samstag nachmittag bietet die Kuffner-Sternwarte, 16, Johann-Staud-Straße 10, die Gelegenheit, Mondexperimente zu verfolgen und sich mit Hilfe von Dias, Videos und der Beobachtung von Gestirnen durch das Fernrohr über das Geschehen im All zu informieren. Dienstag bis Freitag und Sonntag jeweils von 9 bis 16 Uhr und Samstag von 9 bis 13 Uhr können Ferienspieler im Technischen Museum, 15, Mariahilfer Straße 212, Erd- und Mondmodelle genauer unter die Lupe nehmen und in einem Film Wissenswertes über die Mondlandung erfahren. (Schluß) jel/bs

Am Samstag wieder Praterummel

Wien, 16.8. (RK-LOKAL) Das jährliche Sommerfest im Prater hat eine Tradition, die sich immerhin bis in das Jahr 1880 zurückverfolgen läßt. Wenn auch heute nicht mehr „Kaisers Geburtstag“ als Anlaß zum Feiern gilt, so hoffen die Veranstalter doch wieder auf ein echtes „Kaiserwetter“.

Am Samstag, dem 19. August, werden beim diesjährigen „Praterummel“ Musikkapellen für jeden Geschmack aufspielen. 5.000 Preise winken bei der Calafatti-Glücksstelle. Und am Abend gibt es wieder ein Großfeuerwerk.

Als neue Attraktionen präsentiert der Prater seinen Besuchern unter anderem eine Go-Cart-Anlage mit Katalysatoren, eine Rutsche in der Form eines riesigen Korkenziehers, Autoscooter für Kinder und die Superattraktion „Space Mission“. (Schluß) emw/rr

Wiener ÖVP für Verkauf von Gemeindewohnungen

Wien, 16.8. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener ÖVP trat Mittwoch in einer Pressekonzferenz für die Möglichkeit der Privatisierung von Gemeindewohnungen nach dem „Grazer Modell“ ein. Aus dem geschätzten Verkaufserlös von rund 11 Milliarden Schilling könnten fast 10.000 neue Sozialwohnungen errichtet werden. LAbg. Dr. Ferdinand MAIER berichtete über das „Grazer Modell“, nach dem auch mit der Zustimmung der Grazer Sozialisten Gemeindemieter die Möglichkeit erhalten, ihre Gemeindewohnung käuflich zu erwerben. Wenige Tage nach dem Beschluß des Grazer Gemeinderates hätten bereits drei Prozent der Gemeindemieter einen entsprechenden Antrag gestellt. Dieses „Grazer Modell“, so Maier, widerlege alle bisher von den Wiener Sozialisten gegen eine derartige Privatisierung vorgebrachten Argumente.

LAbg. Georg FUCHS meinte konkret, der Kaufpreis sei durch Sachverständige zu ermitteln, wobei sich Quadratmeterpreise von 2.500 bis 11.000 Schilling ergeben werden. Die Bezahlung des Kaufpreises könnte entweder sofort oder in 20, 30 oder 40 Halbjahresraten mit entsprechender Verzinsung erfolgen. Zu ähnlichen Bedingungen sollten auch Geschäftsräume in Gemeindehäusern sowie gemeindeeigenen Schrebergärten zum Verkauf angeboten werden. (Schluß) fk/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: R. G. Müller, Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 153240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 17. August 1989

Blatt 1737

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Wien denkt nicht an den Verkauf von Gemeindewohnungen (1738/FS: 16.8.)
- Edlinger: Verfassungsdienst bestätigt Korrektheit (1739/FS: 16.8.)
- Hatzl: Derzeit keine Verlängerung der Linie „60“ zum Westbahnhof geplant (1740/FS: 16.8.)
- Neustifter Kirtag behindert „35 A“ (1741)
- Von der Irrenanstalt zum Pflege- und Therapiezentrum (1742/1743)
- Keine Organisationsmängel bei Verwendung von Röntgengeräten (1744)
- „Hundepickerl“ schützt nicht vor Tollwut (1745)
- Wien 2010 — Stadt ohne Grenzen? (1746/1748)
- Konstant gutes Nächtigungsergebnis im Wien-Tourismus (1749)

Wien denkt nicht an den Verkauf von Gemeindewohnungen

Wien, 16.8. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Zu den Forderungen der Wiener ÖVP, die Gemeindewohnungen zu verkaufen, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER, daß die Stadt Wien nicht an einen Verkauf dieser Wohnungen denke. „Solange nicht jeder Wohnungssuchende in Wien eine entsprechende Wohnung finden kann, werden wir nicht Sozialwohnungen an eine Gruppe von Besserverdienenden verkaufen. Denn dadurch werden die Chancen der Wohnungssuchenden nur verschlechtert“, sagte Edlinger.

Edlinger weiter: „Wenn die Stadt Graz dem Verkauf von Gemeindewohnungen zustimmt, so heißt das noch lange nicht, daß diese Maßnahme gut ist. Denn überall hat der Verkauf von Sozialwohnungen zu Preisauftrieben und großen Problemen im Wohnungswesen geführt. Besonders kraß ist die Situation bereits in Deutschland. Ursache ist in erster Linie, daß nach einem Verkauf ein spekulativer Weiterverkauf oder eine gewinnträchtige Untervermietung nicht mehr unterbunden werden kann. Darüber hinaus sind die Verwaltungsprobleme unbestritten, die durch das gleichzeitige Bestehen von Miet- und Eigentumswohnungen in einem Haus entstehen. Daß in Graz erst ein geringer Prozentsatz das Angebot zum Kauf wahrgenommen hat, überrascht mich nicht.“

„Der Verkehrswert von Gemeindewohnungen würde in Wien“, so Edlinger, „durchschnittlich 10.000 Schilling pro Quadratmeter betragen, eine durchschnittliche Gemeindewohnung daher rund eine halbe Million Schilling kosten, weshalb sich nur Wohlhabendere einen Kauf leisten könnten. Kaufinteressiert sind daher in erster Linie nicht jene, die weiterhin in der Wohnung leben wollen, sondern jene, die andere Verwertungsmöglichkeiten im Sinn haben. Denn warum sollte jemand ein paar hunderttausend Schilling zahlen, nur damit er weiterhin in seiner Wohnung wohnen kann? Ein allfälliger Fehlbelag in Sozialwohnungen sollte nicht durch einen sozial ungerechten Verkauf der Wohnungen beseitigt, sondern durch zielführende Maßnahmen, wie beispielsweise eine Fehlbelegungsabgabe ausgeglichen werden. Die Stadt Wien ist nicht gegen Wohnungseigentum. Es gibt genug Gesellschaften, die in Wien mit öffentlicher Förderung Eigentumswohnungen errichten. Aber Eigentum an Gemeindewohnungen verschlechtert die Chancen von sozial schwachen Wohnungssuchenden. Diese Menschen haben uns ihr Vertrauen geschenkt, und wir werden sie nicht enttäuschen“, schloß Edlinger. (Schluß) ah/sk

Bereits am 16. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Edlinger: Verfassungsdienst bestätigt Korrektheit

Wien, 16.8. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) „Der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes hat bestätigt, daß zwischen meiner Funktion als amtsführenden Stadtrat für Wohnbau und der des ehrenamtlichen Präsidenten des Vereins 'Institut für Bauforschung' keinerlei Unvereinbarkeit besteht. Obwohl immer klar war, daß das Institut für Bauforschung keinen Auftrag der Stadt Wien erhalten hat, gab der Bürgermeister das Gutachten in Auftrag. Jetzt hat der Verfassungsdienst bestätigt, daß der Vorwurf eines Verfassungsbruchs, wie das die Wiener FPÖ behauptet hat, falsch und ungerechtfertigt ist. Das Gutachten des Verfassungsdienstes beweist, wie oberflächlich und unhaltbar der neue Stil der FPÖ ist, der vor persönlicher Diffamierung und Zweifel an demokratischen Einrichtungen nicht Halt macht“, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER Mittwoch gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. (Schluß) ah/bs

Bereits am 16. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Hatzl: Derzeit keine Verlängerung der Linie „60“ zum Westbahnhof geplant

Wien, 16.8. (RK-KOMMUNAL) Wie Verkehrsstadtrat Johann HATZL zu einer Presseaussendung von ÖVP-GR Dr. Peter MAYR feststellte, sei derzeit seitens der Verkehrsbetriebe nicht an eine Verlängerung der Straßenbahnlinie „60“ bis zum Westbahnhof gedacht. Eine solche Verlängerung wäre frühestens 1993, nach der Umgestaltung des Europaplatzes, möglich. Bisher gebe es auch noch keinerlei Linien- oder Fahrgaststromanalysen in dieser Hinsicht. Auch für den Straßenbahnverkehr in der äußeren Mariahilfer Straße — bezüglich der von Dr. Mayr erwähnten Einstellung der Linie „58“ in diesem Bereich — gebe es noch keine Untersuchungen oder genauere Überlegungen, sagte Hatzl. (Schluß) roh/sk

Bereits am 16. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Neustifter Kirtag behindert „35 A“

Wien, 17.8. (RK-LOKAL) Wegen des Neustifter Kirtages muß der Betrieb der Autobuslinie „35 A“ am Freitag, dem 18. August ab 16 Uhr, am Samstag, dem 19. August, ab 14 Uhr und am Sonntag, dem 20. August, ab 10 Uhr, sowie bei Bedarf am Montag, dem 21. August, ab 16 Uhr bis zum Ende der Veranstaltung zwischen der Agnesgasse und Salmannsdorf eingestellt werden. In der Krottenbachstraße gegenüber der Nr. 190 wird eine provisorische Anfangstation eingerichtet.

Die Wiener Verkehrsbetriebe informieren ihre Fahrgäste durch Aushänge an den Haltestellen der Linie „35 A“. (Schluß) roh/sk

Von der Irrenanstalt zum Pflege- und Therapiezentrum

Ybbs und die Wiener Psychiatriereform

Wien, 17.8. (RK-KOMMUNAL) Finstere Verschläge, Zwangsjacken, Zwangsstuhle, Bettgurten und Mundbinden für lärmende Kranke: so sah die „Behandlung“ von Geisteskranken in der Irrenanstalt Ybbs noch in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts aus. Heute beherbergt Ybbs — als Ergebnis der Wiener Psychiatriereform — ein modernes psychiatrisches Krankenhaus, ein Förderpflegeheim und ein Pflegeheim der Stadt Wien. Darüber informiert eine kleine Broschüre, die soeben erschienen ist und beim Anstaltenamt der Stadt Wien (1010 Wien, Schottenring 24) angefordert werden kann.

Das Pflege- und Therapiezentrum der Stadt Wien hat eine ereignisreiche Geschichte. 1780 wurde die nach 1720 errichtete Kavalleriekaserne in Ybbs in ein staatliches Armenhaus umgewandelt. Als Anfang des 19. Jahrhunderts der Narrenturm im Wiener Allgemeinen Krankenhaus und seine Filiale in der Lazarettgasse nicht mehr ausreichten, die Geisteskranken unterzubringen, kamen 1817 die ersten hundert psychisch Kranken in einen Trakt des Ybbs'er Armenhauses. Im Laufe der nächsten Jahre wurden hier mehr als 400, „Irre“ untergebracht, die von den Ärzten, die für das Armenhaus zuständig waren, „mitbetreut“ wurden.

Die ersten wesentlichen Verbesserungen in dieser ältesten noch in Betrieb befindlichen Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke gab es um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts, als eine moderne und humane Behandlung der Patienten eingeführt wurde. Damals wurden auch bauliche Verbesserungen und eine Erweiterung der Anstalt vorgenommen. Im Jahr 1922 wurde — im Zuge der Trennung Wiens von Niederösterreich — die Heil- und Pflegeanstalt mit der gegenüberliegenden, 1864 errichteten „Wiener Versorgungsanstalt“ zur „Wiener städtischen Heil- und Pflegeanstalt in Ybbs an der Donau“ zusammengefaßt.

In der Nazizeit wurde der Großteil der Patienten erbarmungslos in die Gaskammern geschickt. Während des Krieges diente das Haus als Lazarett, nach Kriegsende der sowjetischen Besatzungsmacht als Quartier, seit 1948 wieder seiner ursprünglichen Bestimmung. In den folgenden Jahren wurde die Anstalt grundlegend modernisiert.

Entscheidende Verbesserungen

Bis zum Beginn der achtziger Jahre wurden in Ybbs mehr als 1.100 Patienten betreut. Die Wiener Psychiatriereform, vom Wiener Gemeinderat 1979 als „Zielplan für die psychiatrische und psychosoziale Versorgung in Wien“ einstimmig beschlossen, hat diese Situation gewaltig verändert. Heute gibt es im Pflege- und Therapiezentrum der Stadt Wien in Ybbs an der Donau nur mehr 560 Betten, davon nur mehr 155 Betten im Psychiatrischen Krankenhaus selbst, 200 im Pflegeheim, 50 im Kurzzeitpflegeheim und 155 im Förderpflegeheim.

Psychiatrisches Krankenhaus

In den beiden psychiatrischen Abteilungen des Krankenhauses erfolgt die Behandlung nach bestimmten Schwerpunkten.

- In zwei Stationen gibt es eine Entwöhnungsbehandlung für Alkoholranke.
- In einer sozialtherapeutischen Station werden Patienten behandelt, die neben einer psychischen Erkrankung Schwierigkeiten haben, in der Gesellschaft konfliktfrei zu leben.
- Eine „Psychiatrische Akutstation“ ist die einzige zeitweise geschlossene Station des Krankenhauses.

- Zwei Stationen dienen der Psychiatrischen Spätrehabilitation, also Patienten, die schon lange in einem psychiatrischen Krankenhaus behandelt wurden und denen der Weg in die Selbständigkeit und in die Gemeinschaft geebnet werden soll.

Enge Verbindungen bestehen natürlich zum Kuratorium für Psychosoziale Dienste in Wien.

Förderpflegeheim

Das Förderpflegeheim besteht aus sechs Stationen, innerhalb derer Wohngruppen für je sechs bis neuen Behinderte familienähnlich eingerichtet wurden. Für jeden Bewohner des Heimes wird ein spezielles Förderprogramm ausgearbeitet, damit auch Schwerstbehinderte an ein normales Leben herangeführt werden können.

Kurzzeitpflegeheim

Das therapeutische Ziel des Kurzzeitpflegeheimes ist es, Patienten mit einem neurologischen Grundleiden oder mit motorischen Behinderungen nach Unfällen jenes Maß an Selbständigkeit wiederzugeben, das für eine eigenständige Lebensführung Voraussetzung ist. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Physiotherapie, das sind elektrophysikalische Maßnahmen, Unterwassertherapie, Massage und Krankengymnastik.

Im Pflegeheim werden jene Patienten betreut, die auf Grund ihres hohen Alters pflegebedürftig sind. Auch hier steht die Rehabilitation und Mobilisierung der Patienten im Vordergrund der Behandlung.

Schule für psychiatrische Krankenpflege

Das Pflege- und Therapiezentrum der Stadt Wien in Ybbs verfügt auch über eine eigene Schule für die psychiatrische Krankenpflege. In den vergangenen 25 Jahren wurden hier 328 Schwestern und Pfleger ausgebildet; 99 davon haben die Ausbildung mit ausgezeichnetem Erfolg abgeschlossen.

Im Vorwort der Informationsbroschüre über das Pflege- und Therapiezentrum Ybbs nimmt der Wiener Gesundheitsstadtrat, Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Stellung zur Wiener Psychiatriereform: „Entgegen den Befürchtungen mancher Kritiker konnte der Beweis erbracht werden, daß psychisch kranke Menschen mit ihrem Leiden jenem anderer Kranker vergleichbar sind. Die Türen der Psychiatrischen Krankenhäuser öffneten sich und führten — geschützt und begleitet von einem Netz eigens geschaffener psychosozialer Einrichtungen — tausende Menschen zurück ins Leben der Gemeinschaft, aus dem viele von ihnen bereits jahre- und jahrzehntelang ausgeschlossen waren. Wir wissen heute, daß psychisch Kranke nicht häufiger stationärer Krankenhausaufenthalte bedürfen als andere kranke Menschen. Und wir wissen auch, daß der Wiener Weg in der Psychiatrie, der weit über die Grenzen unserer Landes hinaus Anerkennung, Beachtung und Nachahmung gefunden hat, der richtige ist.“ (Schluß) sc/bs

Forts. von Blatt 1742

Keine Organisationsmängel bei Verwendung von Röntgengeräten

Wien, 17.8. (RK-KOMMUNAL) In einer Pressekonferenz des Dachverbandes der gehobenen medizin-technischen Dienste hatte Mittwoch der Sprecher des Verbandes der Diplomierten radiologisch-technischen Assistenten, Helmut MARCHL, behauptet, in den Lagern des AKH und anderer städtischer Krankenhäuser stünden relativ neue Röntgengeräte herum, die noch jahrelang verwendet werden könnten. Im AKH stünden auch neue Geräte für das neue Haus, die noch gar nicht ausgepackt sind. Wie die Magistratsabteilungen 16 (AKH) und 17 (Anstaltenamt) gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ feststellen, sind diese Behauptungen falsch.

Beim Austausch eines Röntgengerätes wird grundsätzlich das alte Gerät, wenn es noch funktionsfähig ist, einem Gerätepool gemeldet und den anderen städtischen Krankenanstalten angeboten. Ist kein Bedarf vorhanden, wird das Gerät verkauft. Oft werden Geräte auch von den Herstellerfirmen zurückgenommen. Die Lagerung erfolgt also nur kurzfristig, bis zum Abtransport in ein anderes Haus. Nicht mehr verwendungsfähige Geräte dienen manchmal als Ersatzteilspeicher.

Im AKH lagern keine neuen Geräte für das neue Haus. Im alten AKH sind die Prüfungen, welche der derzeit verwendeten Röntgengeräte in das neue Haus mitgenommen werden, abgeschlossen. Die neuen Geräte wurden auch bereits bestellt, werden von den Firmen aber erst zum spätest möglichen Zeitpunkt vor der Übersiedlung der jeweiligen Abteilungen geliefert — und zwar jeweils nach dem dann neuesten Stand der Technik. (Schluß)
sc/sk

„Hundepickerl“ schützt nicht vor Tollwut

Wien, 17.8. (RK-KOMMUNAL) Das von einem FPÖ-Bezirkspolitiker geforderte „Hundepickerl“ sei keinerlei Schutz vor Tollwut: Das betonte die für Tierschutz in Wien zuständige Stadträtin Christine SCHIRMER Donnerstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ zu einem „Kurier“-Bericht, in dem ein entsprechendes Pickerl gefordert worden war. Wie Schirmer dazu sagte, sei sie zwar für jeden Beitrag und jeden Vorschlag, der zu einem friedlicheren Zusammenleben zwischen Hunden und HundebesitzerInnen sowie Nicht-HundehalterInnen führt, dankbar. „Ich muß aber davor warnen, daß Vorschläge und Gedanken, die ein Laie bringt, ohne Überprüfung der entsprechenden Aussagen durch Experten in einer großen Zeitung verbreitet werden“, erklärte die Stadträtin. „Ich bin überzeugt, daß die für die Tierecke der betreffenden Tageszeitung schreibenden Tierärzte — die von mir sehr geschätzt werden — beim Thema jährliche Untersuchung der Hunde auf Tollwut sofort auf eines hingewiesen hätten: Es ist natürlich nicht möglich, aufgrund einer einmaligen Tollwutuntersuchung eines Hundes zu einem bestimmten Zeitpunkt auch für die nachfolgende Zeit die Wutfreiheit des Tieres zu garantieren bzw. auszuschließen, daß später durch einen Biß des Hundes eine Gefährdung des Gebissenen gegeben sein könnte.

Ein Tier, das zum Zeitpunkt der Untersuchung noch keine Anzeichen der Wutkrankheit zeigt, kann sich durchaus bereits im Inkubationsstadium befinden, und selbstverständlich kann eine Infektion auch viel später erfolgen, etwa wenn ein Hund mit einem wutkranken Tier in Berührung kommt, auch ohne daß es bemerkt wird.“ Das einmal im Jahr bei der tierärztlichen Untersuchung vergebene „Pickerl“, wie es die FPÖ will sei daher wahrlich keine Garantie gegen die Tollwut, betonte Schirmer.

„Ich bitte daher dringend, kein falsches Sicherheitsgefühl bei der Bevölkerung hervorzurufen, indem der Eindruck erweckt wird, ein Tier, das einmal untersucht wird und zum Zeitpunkt dieser Untersuchung keine Anzeichen der Wutkrankheit zeigt, sei auch für einen späteren Zeitpunkt vor dieser Krankheit geschützt und könne sie daher nicht auf den Menschen übertragen“, appellierte Schirmer.

Zum ebenfalls von dem FPÖ-Politiker gebrachten Vorschlag, die Hundesteuer nach kleinen und großen Hunden zu staffeln, wies Schirmer darauf hin, daß dies — wie bereits mehrfach gesagt — derzeit aus administrativen Gründen ebenso wie aus Gründen, die in der Natur im eigentlichen Sinn des Wortes liegen, nicht durchführbar sei: Es gibt zwar bestimmte Hunderasen, die in „große“ und „kleine“ eingeteilt werden könnten, doch schon bei Mischlingen wäre keine Einteilung mehr möglich und es logischerweise auch schwierig, die künftige Größe vorherzusagen.

Bei der derzeitigen Höhe der Hundeabgabe von 600 Schilling pro Jahr (50 Schilling pro Monat oder 1,66 Schilling pro Tag) und der Möglichkeit der Ermäßigung erscheint eine Veränderung der Einhebung nach der Größe derzeit nicht zweckmäßig, schloß Schirmer. (Schluß) hrs/sk

Wien 2010 – Stadt ohne Grenzen?

Wien, 17.8. (RK-KOMMUNAL) Entgegen den Prognosen der letzten Jahre könnte sich Wien Anfang des 21. Jahrhunderts wieder als wachsende Stadt darstellen. Zur nunmehr prognostizierten Bevölkerungszunahme könnte sich bei einer weiteren Öffnung der Grenzen zu unseren östlichen Nachbarn ein weiterer Zuzug in die Wiener Region ergeben. Die unter neuen geopolitischen Rahmenbedingungen dabei entstehende mitteleuropäische Metropole Wien kann bei einem der möglichen Szenarien bis zum Jahre 2010 mit einer Einwohnerzahl von 1,6 bis 1,7 Millionen rechnen. Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA stellte diese Zukunftsaussichten Wiens gestern, Mittwoch, in einem Pressegespräch vor und kündigte in diesem Zusammenhang eine von mehreren wissenschaftlichen Instituten gemeinsam durchzuführende Studie zu den Szenarien „Wien bei offenen Grenzen“ an.

Der Stadtrat wies darauf hin, daß bei weiter fortschreitender Öffnung des „Eisernen Vorhanges“ zusätzlich zum ungarischen Besucherstrom etwa aus dem Raum der Halbmillionenstadt Bratislava mit intensiverem Besuchsverkehr zu rechnen ist. Wien könnte aber auch eine „Sogwirkung“ über den (Einkaufs)Tourismus hinaus erzeugen. Vergleiche mit der seinerzeitigen Zuwandererbewegung in die österreichisch-ungarische Metropole seien, so Swoboda, durchaus vorstellbar.

Darauf müsse sich die Stadt, vor allem was die Verkehrsinfrastruktur anbelangt, rechtzeitig gefaßt machen.

Swoboda plädierte dabei für einen — im Zusammenhang mit der EXPO 95 ohnehin erforderlichen — weiteren Ausbau der Park-and-Ride-Anlagen vor allem auch im Nordosten der Stadt.

„Ich appelliere nicht zuletzt im Lichte dieser möglichen Entwicklungen an den Bund, die aus Wiener Sicht unabdingbar notwendige Verlängerung der U 6 nach Norden, also nach Floridsdorf, zu forcieren. Wenn nicht im kommenden Herbst eine diesbezügliche Entscheidung fällt, ist auch das EXPO-Vorhaben nur unter schwersten Verkehrsbelastungen für die Bevölkerung zu verwirklichen“, betonte der Planungsstadtrat.

Hinsichtlich einer verstärkten Zuwanderung in den Wiener Raum meinte Swoboda, daß dieser sicherlich nicht allein von Wien aufnehmbar sein werde. „Aber ich kann mir in enger Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden und dem Land Niederösterreich eine geordnete Siedlungsentwicklung entlang bestehender — und auch zu verlängernder — Achsen des öffentlichen Verkehrs durchaus vorstellen“, sagte Swoboda.

Von einer derartigen Zuwanderung sei schließlich auch eine wirtschaftliche Stärkung der gesamten Ostregion zu erwarten, meinte der Stadtrat.

Multifunktionale EXPO-Nachnutzung anstreben

Aufgrund der Entwicklungen in verschiedenen US-Städten, die er im Sommer 1989 besucht hat, schlug Swoboda vor, bereits jetzt multifunktionale Nachnutzungen der EXPO-Einrichtungen zu planen. Als Beispiel nannte der Stadtrat die Weltausstellung von 1984, die als Veranstaltung in New Orleans zwar als wenig erfolgreich bezeichnet werden kann, deren Folgewirkungen durch eine Qualitätsanhebung des Areals aber einen äußerst positiven Entwicklungsimpuls für die Stadt darstellten.

Dabei wurde etwa das Mississippi-Ufer neugestaltet, heute werden ca. 50 Prozent der Gebäude nachgenutzt, die eine Mischung von Einkaufs-, Freizeit- und Kulturzentrum bilden.

Swoboda ortete bei seinem USA-Besuch auch den Trend, in vielen Städten Einkaufszentren mit Zusatzfunktionen in den Innenstädten zu schaffen. Besonders bevorzugt würde dabei die Belebung der Innenstädte durch

bessere Ausnützung von Meeres-, Seen- und Flußufer sowie die Neubelebung alter Bahnhofsanlagen.

Swoboda: „Grundsätzlich sind fast alle dieser Entwicklungen Ergebnisse einer Zusammenarbeit privater und öffentlicher Stellen. Jedenfalls hat sich die öffentliche Hand nie ganz aus diesen Projekten zurückgezogen!“

Angesprochen auf die mögliche EXPO-Nachnutzung durch die Wiener Messe AG meinte der Stadtrat, daß er die Chancen dafür immer geringer beurteile, ja für die Messe derzeit bereits ein neuer Standort gesucht werde. Aus der Sicht der Stadtplanung bietet sich dafür der Norden der Stadt an, der infrastrukturell teilweise bereits gut erschlossen ist und durch die Verlängerung der U 6, bestehende S-Bahn-Anschlüsse und eine denkbare Verlängerung der U 1 zusätzlich aufgewertet werden kann.

Der Planungsstadtrat kündigte im Zusammenhang mit den EXPO-Vorbereitungen auch an, daß am kommenden Freitag bei einem regulären Informationsgespräch mit den vier Architektenteams, die das Leitprogramm für die EXPO hinsichtlich stadtplanerischer Überlegungen erstellen sollen, die Firma WARIMPEX als erster und bisher einziger privatwirtschaftlicher Interessent ihre Vorstellungen präsentieren wird.

Verkehrsplanerische Entscheidungen nach Abwägung von Vor- und Nachteilen

Swoboda nahm auch zu einigen anstehenden verkehrsplanerischen Entscheidungen Stellung, wobei er Wert auf die Feststellung legte, daß solche Entscheidungen nie zu Lösungen führen können, die „absolut richtig oder falsch“ sein können, sondern sich jeweils nach Abwägung aller Vor- und Nachteile Kompromißlösungen ergeben, die für möglichst viele Menschen Vorteile bringen.

Als Beispiel nannte er die Planungen für die B 3, die zwar sowohl von Wiener als auch von Bundesseite praktisch baureif ist, deren Mittelstück allerdings durch ein — nicht gewidmetes — Kleingartengebiet führen würde.

Swoboda: „So sehr ich, vor allem nach einem persönlichen Lokalaugenschein, die Interessen der etwa 60 bis 70 Kleingärtner verstehe, denen selbstverständlich bei einer Absiedlung Ersatzgärten möglichst im Bezirk angeboten werden, so sehr muß ich auch an die oft extremen Belastungen denken, die tausende, ja zehntausende Bewohner des Floridsdorfer Zentrums ertragen müssen.“

Stadtrat Swoboda läßt vor einer endgültigen Entscheidung über den jetzt noch umstrittenen Teil der B 3 alle Möglichkeiten überprüfen, das Floridsdorfer Zentrum vom Durchzugsverkehr zu entlasten.

Zum innerstädtischen Verkehr sagte der Planungsstadtrat, daß er an seinem Grundsatz festhalte, daß durch neue Garagen in der Innenstadt keinesfalls neuer Verkehr erzeugt werden darf, ja daß für neue Stellplätze in Garagen im Gegenzug Oberflächen etwa im Verhältnis 1:1 freigemacht werden müßten.

Swoboda: „Das Prinzip Heldenplatzgarage, wo wir wertvolle Plätze freibekommen, muß in der Innenstadt durchgehalten werden.“ Nach einem Gespräch mit dem Bürgermeister sei nunmehr auch für die Garage am Georg-Coch-Platz keine Einigung in Sicht, sodaß nicht vor zwei Jahren mit einer Entscheidung zu rechnen ist.

Die über die Medien wieder ins Gespräch gebrachte Uraniabrücke stelle für ihn aus stadtplanerischer Sicht „keine große Notwendigkeit“ dar, sagte Swoboda und verwies darauf, daß er in den kommenden Wochen gemeinsam mit Stadtrat Dr. HÄUPL das Leitprojekt für den Ausbau des Donaukanals als Erholungs- und Freizeitgebiet präsentieren werde.

Forts. von Blatt 1746

Forts. auf Blatt 1748

Messepalast, Schloß Neugebäude

Zur Messepalast-Diskussion sagte Swoboda, daß er die von Stadträtin Dr. Ursula PASTERK vertretene Haltung voll unterstütze, wobei für die ehemaligen Hofstallungen ebenfalls eine gemischte Nutzung, also etwa auch mit Geschäften, Wohnungen oder Büros neben den erforderlichen Kultureinrichtungen anzustreben sei. Wichtig sei vor allem eine Öffnung des Areals zum 7. Bezirk hin.

Über die möglichen Nutzungen des Simmeringer Schlosses Neugebäude wird Anfang Oktober eine Enquete stattfinden, bei der, so Swoboda, in enger Zusammenarbeit mit Stadträtin Pasterk pro und contra für eine Revitalisierung sowie wirtschaftlich vertretbare Nutzungen diskutiert werden.

Eine „Kulturachse Simmering“ unter Einbeziehung der Gasometer, für die bereits zwei Interessentengruppen aufgetreten sind, ist für Swoboda durchaus vorstellbar.

Mietrechtsdiskussion

Am Rande seines Pressegespräches nahm Stadtrat Dr. Swoboda im Zusammenhang mit seiner US-Reise und dort gewonnenen Erfahrungen auch zu Fragen des Mietrechtes Stellung.

Die Wohnungssituation in den US-Städten macht klar, daß auf soziale Komponenten in der Wohnungspolitik keinesfalls verzichtet werden kann, meinte der Stadtrat.

„Ich bin in diesem Sinne eindeutig gegen eine bedingungslose Aufgabe der Mietzinsobergrenzen. Ein eventuell auch länderweise von Mieter- und Vermieterorganisationen gemeinsam ausgehandelter Mietenspiegel mit verbindlichen Richtwerten erscheint mir jedenfalls zielführend“, sagte Stadtrat Dr. Swoboda abschließend. (Schluß) lf/rr

Forts. von Blatt 1747

Konstant gutes Nächtigungsergebnis im Wien-Tourismus

Wien bei Spanischen Gästen immer beliebter

Wien, 17.8. (RK-KOMMUNAL) Der Aufwärtstrend im Wiener Fremdenverkehr ist stetig: Im Juli konnte mit rund 700.000 Nächtigungen gegenüber Juli 1988 ein Zuwachs von 1,7 Prozent verzeichnet werden. Den Rückgang der deutschen Gäste-Nächtigungen um zehn Prozent auf 108.000 überwog der überraschend starke Anstieg der Übernachtungen spanischer Wien-Besucher um 54 Prozent auf 39.000. Die Nationenwertung führt Deutschland an vor Italien (+ drei Prozent; 55.000 Nächtigungen), den USA (- fünf Prozent; 76.000) und den Gästen aus dem Inland (- fünf Prozent; 41.000). Die Auslastung der Wiener Beherbergungsbetriebe betrug im Juli 52 Prozent. (Schluß) wfv/sk

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressesum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 18. August 1989

Blatt 1750

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Swoboda zur Diskussion um Hetzendorf (1751/FS: 17.8.)
- Kanalbauarbeiten in der Währinger Straße (1752)
- Gasrohrlegung in der Friedlgasse (1752)
- Gleisbauarbeiten in der Taborstraße (1752)
- Verbreiterung der Simmeringer Hauptstraße (1752)
- Betonfeldsanierung am Gürtel (1753)
- Instandsetzung im Ottakringer Bad (1753)
- Erweitertes Aktionsprogramm bei „Frauen und Sport in Wien“ (1754)
- Terminvorschau vom 21. August bis 1. September (1755)
- Edlinger: Mietzinsobergrenzen sind sinnvoll und notwendig (1756/1757)
- Stacher besucht neuen Therapiegarten im Pflegeheim Lainz (nur FS)
- Am Sonntag: Gesundheitsdienst im Döblinger Bad (nur FS)

Swoboda zur Diskussion um Hetzendorf

Bereits am 17. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 17.8. (RK-KOMMUNAL) Zu dem gestern, Mittwoch, von einer Bürgerinitiative präsentierten Vorschlag, in Hetzendorf einen „Baustop“ zu verfügen, stellte heute Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest, daß ein Bauverbot wegen der bereits erfolgten Fluchtlinienbekanntgaben nicht möglich ist. In dem Gebiet, das im wesentlichen von der Hetzendorfer Straße, der Trasse der Verbindungsbahn, der Boergasse und der Defreggerstraße begrenzt ist, wurde allerdings bereits eine zeitlich begrenzte Bausperre mit dem Ziel einer bestandsorientierten Senkung der Bauhöhe verhängt.

Zu den ebenfalls von der Bürgerinitiative angesprochenen geologischen Bodenuntersuchungen stellte Swoboda fest, daß gesonderte Untersuchungen laufend stattfinden, wo nach Meinung der Bautechniker Probleme bestehen könnten, und Baubewilligungen selbstverständlich nur bei positiven Ergebnissen erteilt werden.

Zum geplanten Schulneubau sagte der Stadtrat, daß das derzeit diskutierte Projekt bereits ein Kompromiß ist, der durch Verschiebung des Baukörpers und unter weitestgehender Rücksichtnahme auf den Baumbestand sowie das Angebot zusätzlicher Grünflächen gekennzeichnet ist.

Dennoch wird ein nunmehr vorgeschlagenes Grundstück in der Nähe des vorgesehenen Areals auf seine Preiswürdigkeit untersucht. Die Planungen für die Volksschule sind allerdings bereits sehr weit fortgeschritten, und es darf keine weiteren Verzögerungen mehr geben.

Abschließend wies der Planungsstadtrat darauf hin, daß gerade in Hetzendorf der weitestgehende Konsens mit möglichst vielen Bürgern gesucht wird, was die Planungen anbelangt, wozu auch als Pilotprojekt ein „Planungskoordinator“ eingesetzt wurde, der vor Ort regelmäßig als Anlaufstelle für Bürgerwünsche zur Verfügung steht. (Schluß) lf/rr

Kanalbauarbeiten in der Währinger Straße

Wien, 18.8. (RK-KOMMUNAL) In der Währinger Straße zwischen Aumannplatz und Weinhausergasse finden ab Montag, den 21. August, Kanalbauarbeiten statt, die bis März 1990 dauern werden. Der Verkehr muß stadteinwärts auf einem Fahrstreifen als Einbahn geführt werden (150 Meter Länge wandernd). Stadtauswärts wird er über die Gentzgasse umgeleitet. (Schluß) roh/rr

Gasrohrlegung in der Friedlgasse

Wien, 18.8. (RK-KOMMUNAL) In der Friedlgasse in Döbling werden zwischen Krottenbachstraße und Sieveringer Straße vom 21. August bis zum 10. November Gasrohre verlegt. Aufgrabung und Rohrlegungen erfolgen abschnittsweise unter ständiger Freihaltung eines Fahrstreifens für den Verkehr. (Schluß) roh/rr

Gleisbauarbeiten in der Taborstraße

Wien, 18.8. (RK-KOMMUNAL) In der Taborstraße finden zwischen Am Tabor und Darwingasse vom 21.8. bis zum 29.9. Gleisbauarbeiten statt. Die Taborstraße muß in diesem Bereich in Fahrtrichtung Am Tabor gesperrt werden, im ersten Abschnitt gibt es eine Umleitung über Lessinggasse — Vereinsgasse — Am Tabor, im zweiten Abschnitt über Darwingasse — Vereinsgasse — Lessinggasse. (Schluß) roh/sk

Verbreiterung der Simmeringer Hauptstraße

Wien, 18.8. (RK-KOMMUNAL) Die Simmeringer Hauptstraße wird im Bereich der Kreuzung mit der Kaiser-Ebersdorfer-Straße umgebaut und verbreitert. Deshalb muß ab Montag, den 21.8. die Simmeringer Hauptstraße stadtauswärts in diesem Bereich als Einbahn geführt werden. Die Umleitung stadteinwärts erfolgt über Florian-Hedorfer-Straße und Kaiser-Ebersdorfer-Straße. Die Bauarbeiten werden mindestens sechs Wochen dauern. (Schluß) roh/sk

Betonfeldsanierung am Gürtel

Wien, 18.8. (RK-KOMMUNAL) Am Gürtel werden ab Montag, den 21. August, für eine Woche wieder schadhafte Betonfelder instandgesetzt, wobei jeweils mindestens zwei Fahrspuren freigehalten werden. Die Örtlichkeiten: Währinger Gürtel 130, Währinger Gürtel/Kreuzung Fuchsthallergasse, Mariahilfer Gürtel/Kreuzung Schwartzgasse, Neubaugürtel/Kreuzung Hütteldorfer Straße. (Schluß) roh/rr

Instandsetzung Im Ottakringer Bad

Schwimmhalle und Sauna gesperrt

Wien, 18.8. (RK-LOKAL) Wegen der üblichen periodischen Instandsetzungsarbeiten sind im Ottakringer Bad die Schwimmhalle und die Sauna vom 21. August bis 4. September gesperrt. Erster Badetag nach der Sperre ist der 5. September. Das Sommerbad ist von dieser Sperre nicht betroffen. (Schluß) and/rr

Erweitertes Aktionsprogramm bei „Frau und Sport in Wien“

Beginn im September, Anmeldung noch im August

Wien, 18.9. (RK-LOKAL) Aufgrund des regen Interesses wird die vom Sportamt durchgeführte Breitensport-Aktion „Frau und Sport in Wien“ mit einem erweiterten Programmangebot ab September fortgesetzt. Bei allen Kursen ist nur ein einmaliger, geringer Unkostenbeitrag zu leisten, als besonderes Service wird auch eine Kinderbetreuung bei einem ebenfalls einmaligen Unkostenbeitrag von 50 Schilling angeboten.

Da nur eine begrenzte Anmeldezahl bei den Kursen möglich ist, ist eine telefonische Voranmeldung unbedingt noch im August und zwar beim Sportamt unter 42 800/2733 von Montag bis Freitag erforderlich.

Folgendes Programm wird im Rahmen der Aktion „Frau und Sport in Wien“ angeboten:

Eislaufkurse, Wiener Eislaufverein bzw. Donauparkhalle. Kursbeginn: 13. November. Einmaliger Unkostenbeitrag: 250 Schilling;

Gymnastik, Dominik-Hofmann-Halle, Rundturnhalle Alt Erlaa. Kursbeginn: 18. September. Einmaliger Unkostenbeitrag: 250 Schilling;

Gymnastikpfad Cobenzl, Umkleidegebäude Am Cobenzl. Jeden Dienstag und Donnerstag. Teilnahme kostenlos;

Mutter- und Kindturnen, Dominik-Hofmann-Halle, Rundturnhalle Steigenteschgasse. Kursbeginn: 18. September. Einmaliger Unkostenbeitrag: 300 Schilling;

Schwimmen und Gymnastik im Wasser, Hallenbäder Simmering, Brigittenau und Großfeldsiedlung. Kursbeginn: 19. September, Einmaliger Unkostenbeitrag: 250 Schilling;

Selbstverteidigung, Wiener Stadthalle, Rundturnhalle Alt Erlaa. Kursbeginn: 19. September, Einmaliger Unkostenbeitrag: 250 Schilling;

Skilanglauf-Treffs. Da der nächste Winter ganz bestimmt kommt, sollten sich die Interessentinnen schon jetzt anmelden.

Sport mal 3 — Geräteturnen, Ballspiele und Gymnastik. Dominik-Hofmann-Halle. Kursbeginn: 20. September. Einmaliger Unkostenbeitrag: 250 Schilling;

Tennis: Hallenstadion; ISFO-Tennisanlage, Wien 10; Rundturnhalle Steigenteschgasse. Kursbeginn: 11. September. Einmaliger Unkostenbeitrag: 500 Schilling (für 10 Kursstunden).

Top-Fit-Aktion, Dominik-Hofmann-Halle. Kursbeginn: 20. September, Einmaliger Unkostenbeitrag: 300 Schilling;

Volleyball, Wiener Stadthalle. Kursbeginn: 21. September. Einmaliger Unkostenbeitrag: 250 Schilling. Für alle Teilnehmerinnen, die an zwei oder mehreren Kursen mitmachen, gibt es zu den niedrig gehaltenen Unkostenbeiträgen noch zusätzliche Ermäßigungen. (Schluß) hof/bs

Terminvorschau vom 21. August bis 1. September

Wien, 18.8. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 21. August bis 1. September hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 21. AUGUST:

11.00 Uhr, Überreichung eines Ehrenzeichens an Ing. Gerhard Engelsberger, Direktor der ÖRAG, durch Bgm. Zilk (Arbeitszimmer)

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 22. AUGUST:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 23. AUGUST:

11.00 Uhr, Besichtigungstermin im neuen Therapiegarten des Pflegeheimes Lainz, StR. Stacher (13, Versorgungsheimplatz 1)

DONNERSTAG, 24. AUGUST:

11.00 Uhr, Pressekonferenz Vzbgm. Smejkal, Novelle zum Kindertagesheim-Gesetz (Kindertagesheim der Stadt Wien, 10, Otto-Probst-Straße 3/18 a)

13.30 Uhr, Überreichung eines Ehrenzeichens an Prof. Paul Lendvai durch Bgm. Zilk (Arbeitszimmer)

MONTAG, 28. AUGUST:

10.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Häupl, Ruder-WM und andere Sportthemen (Donauturm)

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 29. AUGUST:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Überreichung eines Ehrenzeichens an Dr. Gert Riesenfelder, Gen.Dir. von IBM-Österreich, durch Bgm. Zilk (Arbeitszimmer)

MITTWOCH, 30. AUGUST:

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl, Heizbetriebe (HBW)

13.00 Uhr, Überreichung eines Ehrenzeichens an Oberstadtphysikus Dr. Ermar Junker durch Bgm. Zilk (Arbeitszimmer)

DONNERSTAG, 31. AUGUST:

10.30 Uhr, Pressekonferenz der WBG mit StR. Hatzl, BV Schultz und Gen.Dir. Übleis, Baubeginn für die Verlängerung der Südost-Tangente Richtung Hirschstetten (Baubüro Erzherzog-Karl-Straße)

FREITAG, 1. SEPTEMBER:

10.00 Uhr, Pressekonferenz Bgm. Zilk, StR. Häupl, Ausstellung „Alles fließt“ über das Wiener Wasser (PID)

11.00 Uhr, Eröffnung der Ausstellung „Alles fließt“ (Rathaus, Volkshalle)

14.00 Uhr, Überreichung eines Ehrenzeichens an Karl Wlaschek, Vors. der Billa-Warenhandels AG, durch Bgm. Zilk (Arbeitszimmer)
(Schluß) red/bs

Edlinger: Mietzinsobergrenzen sind sinnvoll und notwendig

Wien, 18.8. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Entschieden gegen eine Abschaffung von Mietzinsobergrenzen im Wohnungswesen sprach sich Freitag Wiens Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER aus. „Die gesetzlichen Mietzinsobergrenzen für Wohnungen bestimmter Ausstattungsqualität wurden vor einigen Jahren eingeführt, weil der freie Markt bei der Bildung gerechter Wohnungsmieten versagt hat. Die Beibehaltung derartiger Grenzen ist sinnvoll und notwendig und für mich im Interesse hunderttausender Menschen ein ganz wichtiges politisches Ziel“, erklärte Edlinger.

Wohnen sei neben der Arbeit und der Gesundheit die wichtigste Lebensgrundlage der Menschen. Die Politik trage die hohe Verantwortung, jedermann — unabhängig von seiner Leistungskraft — menschenwürdiges Wohnen zu leistbaren Preisen zu ermöglichen, sagte Edlinger. Im neuen Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz sei das oberste Ziel, die Mieten im Neubau und nach der Sanierung eines Hauses auf ein zumutbares Maß (etwa 120 Prozent der derzeitigen Kategorie-A-Mietzinsobergrenze, also rund 33 Schilling pro Quadratmeter und Monat) zu begrenzen. „Das ist auch für Durchschnittsverdiener leistbar. Für Einkommensschwächere gibt es zusätzlich die Wohnbeihilfe“, ergänzte der Stadtrat.

Mittelfristiges Ziel der Wohnungspolitik müsse es darüber hinaus sein, so Edlinger, daß die Mietkosten aller Wohnungen, egal ob es geförderte oder ungeforderte Wohnungen sind, gerechter gestaltet werden. Wohnungen gleicher Qualität sollten, egal ob sie sich in Althäusern oder Neubauten befinden, auch annähernd gleich viel kosten. Hier gelte es, viele bestehende Ungerechtigkeiten zu beseitigen, sagte Edlinger. „Wir werden im neuen Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz durch eine wohnwertbezogene Mietzinsbildung im Neubau einen Schritt in diese Richtung gehen. Ich kann mir aber auch vorstellen, daß auch in Althäusern die straßenseitige Wohnung billiger ist als die ruhige hofseitige“, erklärte Edlinger. Wien liege mit seinem Mietenniveau international immer noch äußerst günstig. In München etwa haben die Durchschnittsmieten bereits das Doppelte und Dreifache des Wiener Niveaus, sagte Edlinger.

Kein Verkauf von billigen Sozialwohnungen

Edlinger sprach sich neuerlich entschieden gegen einen Verkauf von Sozialwohnungen aus. „Auch wenn anderswo Sozialisten so eine Politik mittragen, so bleibt das dennoch ein Schlag ins Gesicht für jede sozial verantwortungsbewußte Wohnungspolitik. Überall hat ein Verkauf von Sozialwohnungen zu katastrophalen Entwicklungen im Wohnungswesen, zu gewaltigen Preisschüben und Spekulationen geführt. So eine Politik, die die Chancen zehntausender Wohnungssuchender radikal verschlechtert, werde ich in Wien sicher nicht zulassen“, betonte Edlinger. „Wien hat die international einmalige Chance, jährlich über 8.000 Familien durch die Zuweisung von Gemeindewohnungen helfen zu können. Der Großteil davon sind Wiedervermietungen freigewordener Wohnungen. Wir werden Menschen, die am freien Wohnungsmarkt keine Chance haben, diesen Weg zu humanem, ordentlichem Wohnen weiterhin offenhalten“, unterstrich Edlinger.

Daß Wien nicht gegen Eigentum an Wohnraum sei, beweise die Förderung von Eigentumswohnungen und Eigenheimen im neuen Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz. Aber ein Verkauf von Gemeindewohnungen sei ein Mißbrauch von Sozialgut zugunsten von Besserverdienenden, die in erster Linie eine gewinnbringende Weiterverwertung der

Wohnung durch Verkauf oder Untervermietung im Sinn haben. „Wir lassen nicht zu, daß aus billigen Wohnungen Rohstoff für teure Wohnungen gemacht wird“, sagte Edlinger.

„Diese grundsätzlichen Ansichten sind keine Dogmen, denn die Wiener Wohnungspolitik hat sich in erster Linie um das Unterkommen der Schlechterverdienenden zu kümmern. Und viele Gesetze und Maßnahmen sind gerade deshalb entstanden und auch heute notwendig, weil der sogenannte freie Markt genau dieses Ziel nicht erfüllt und niemals erfüllen wird“, schloß Edlinger. (Schluß) ah/bs

Forts. von Blatt 1756

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: R. Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien, Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240. Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich. Auf Recyclingpapier gedruckt.
Postanschrift: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus, Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240. Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle.

Montag, 21. August 1989

Blatt 1758

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Internationale Briefmarkenausstellung in der UNO-City (1759/FS: 19.8.)
- Kindertage im Prater (1760/FS: 19.8.)
- Ferienspiel: Frag den Computer! (1760/FS: 20.8.)
- Am 4. September beginnt wieder die Schule (1761/1762)
- Die Wiener Rettung im Juli (1763)
- Freundschaftsfest Wien-Floridsdorf und Tokio-Katsushika (1764)
- Neue Einbahnen in Hietzing (1765)
- Kartographie als Planungsunterlage (1766)
- Schirmer: Mexikoplatz wird nahezu täglich kontrolliert (1767)
- Goldenes Ehrenzeichen für Direktor Engelsberger (1768)
- Wiener ÖVP beklagt „kinderfeindliches Klima“ in der Großstadt (1769)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Internationale Briefmarkenausstellung in der UNO-City

Bereits am 19. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 19.8. (RK-KOMMUNAL) Anlässlich „10 Jahre Wiener Büro der Vereinten Nationen“ findet im Internationalen Zentrum Wien (UNO-City) von 23. bis 25. August eine internationale Briefmarkenausstellung statt. Diese wird gemeinsam mit dem Verband Wiener Philatelistenvereine veranstaltet.

Die Öffnungszeiten der Ausstellung und der Sonderpostämter:

23. August: 8 bis 18 Uhr

24. August: 9 bis 17 Uhr

25. August: 9 bis 17 Uhr

Man kann eine Sondermarke der österreichischen Post sowie eine Serie der UNO-Postverwaltung erwerben. Diese nur im Sonderpostamt in der UNO-City erhältliche Serie wurde von prominenten Künstlern wie Hausner, Brauer, Lehmden, Flora, Kumpf und Heller gestaltet.

Der Zugang zur Briefmarkenausstellung und zu den Sonderpostämtern ist nur über den Schrägaufgang bei der U-Bahn-Station Kaisermühlen-Vienna International Center möglich. Der Eintritt in diese Ausstellung ist frei. (Schluß) red/bs

Kindertage im Prater

Wien, 19.8. (RK-LOKAL) Zweimal findet noch ein „Kindertag“ im Wurstelprater statt, und zwar am Dienstag dem 22. und am Dienstag dem 29. August. Gegen Vorweis des Ferienspielpasses gibt es an diesen Tagen für jedes Kind eine Gratisfahrt mit dem Riesenrad (nur in Begleitung Erwachsener), sowie die Möglichkeit, zum halben Preis eine Reihe weiterer Praterattraktionen zu besuchen. Auch bei Imbißständen und Gaststätten gibt es für Kinder Ermäßigungen. Außerdem erhält jedes Kind beim Informationsstand beim Riesenrad ein Überraschungsgeschenk.

Ferienspiel-Prater-Abschiedsfest

Am 29. August findet im Prater das große Ferienspiel-Prater-Abschiedsfest statt. Das Fest beginnt um 16 Uhr. Bekannte Sportler werden die Preisverlosung der Prater-Tombola vornehmen. (Schluß) fk/bs

Ferienspiel: Frag den Computer!

Wien, 20.8. (RK-KOMMUNAL) Warum die Saurier ausgestorben sind, es kein Perpetuum Mobile gibt und ein Flugzeug fliegt, darüber gibt der Computer der Volkshochschule Margareten „Ferien in Wien“-Teilnehmern im Rahmen des Ferienspiels jeden Dienstag und Donnerstag, jeweils von 9 bis 12 und von 14 bis 17 Uhr Auskunft. In den Datenbanken des Computers sind die Antworten auf diese und viele andere Fragen gespeichert, die von den Ferienspielern aufgespürt und mit Hilfe von Textverarbeitungsprogrammen eingespeichert werden können. Die Aktion „Frag den Computer“ findet bis 31. August in der Volkshochschule Margareten, 5, Stöbergasse 11-15, statt. (Schluß) jel/sk

Bereits am 19. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Bereits am 20. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Am 4. September beginnt wieder die Schule

Rund 15.000 Taferlklassler in Wien

Wien, 21.8. (RK-KOMMUNAL) Am Montag, dem 4. September, beginnt für Wiens Schulkinder wieder der „Ernst des Lebens“: Im Schuljahr 1989/90 werden voraussichtlich insgesamt 84.611 SchülerInnen die 422 Wiener allgemeinbildenden Pflichtschulen besuchen. Diese teilen sich auf die einzelnen Schultypen folgendermaßen auf:

- 210 öffentliche Volksschulen mit 45.632 Schülern in 1.957 Klassen,
- 96 öffentliche Hauptschulen mit 20.547 Schülern in 881 Klassen,
- 40 öffentliche Sonderschulen mit 3.759 Schülern in 459 Klassen,
- 12 öffentliche Polytechnische Lehrgänge mit 1.787 Schülern in 81 Klassen
- 64 Privatschulen mit 12.886 Schülern in 538 Klassen.

15.036 Taferlklassler werden in 663 Klassen im September 1989 ihr erstes Schuljahr beginnen: 14.780 in den Volksschulen und 256 in den Sonderschulen. Die Zahl der Schulneulinge ist gegenüber dem Vorjahr um 64 zurückgegangen.

In den Volksschulen betrug die durchschnittliche Klassenschülerzahl z.B. im Schuljahr 1970/71 noch 32,7 und beträgt im Schuljahr 1989/90 nur mehr 23,3.

Die durchschnittliche Klassenschülerzahl in den Hauptschulen betrug im Schuljahr 1969/70 31,1 und wird im kommenden Schuljahr nur mehr 23,3 betragen.

Erhaltung der baulichen Anlagen

Die Erhaltung der Schulgebäude wurde im Rahmen der Dezentralisierung ab dem Jahre 1988 den Bezirken übertragen. Die Summe der Bezirksbudgets für die Schulerhaltung beträgt 1989 rund 200 Millionen Schilling.

Heuer werden in rund 160 Schulen Instandsetzungsarbeiten (Dach-, Fenster-, Tür- sowie Fußbodenreparaturen und dgl.) kleineren und mittleren Umfanges durchgeführt; in 100 Schulen größere Instandsetzungsarbeiten (über 500.000 Schilling) wie Turnsaalinstandsetzung, Fenstererneuerung, Fassadeninstandsetzung, Modernisierung und Ausmalen.

Fortgesetzt werden der zweite Bauteil der 8-klassigen Ganztagsvolksschule 18, Köhlergasse, der Bau der 13-klassigen Volksschule 10, Wienerberggründe und der Turnsaalzubau 13, Hietzinger Hauptstraße 166-168. Mit dem Erweiterungsbau für die Volksschule 22, Eßlinger Hauptstraße 97 wurde im Sommer begonnen.

Im Voranschlag 1989 ist für Schulneubauten, für die Umstellung von Mobilien Klassen und für den Einbau von Zentralheizungsanlagen ein Betrag von 69,161.000 Schilling vorgesehen.

2,7 Millionen Hefte für Wiener Pflichtschüler

Die Stadt Wien stellt den Schülern über ihre Leistungen als gesetzlicher Schulerhalter hinaus Klassenlesestoffe, Gruppenlektüre, Schreib- und Zeichenrequisiten (Hefte, Bleistifte, Dreiecke, Zirkel und dgl.), Textilien für den Handarbeitsunterricht, Materialien für das Technische Werken sowie Schulpauschalien für kleinere Anschaffungen zur Verfügung. Die Ausgaben dafür betragen 32,5 Millionen Schilling. Davon entfallen 14,65 Millionen auf die Anschaffung von Schreib- und Zeichenrequisiten, 8,6 Millionen auf Mädchenhandarbeits- und technisches Werkmaterial, zwei Millionen auf Bücher, sowie 7,85 Millionen auf die Schulpauschalien.

Für das Schuljahr 1989/90 werden in den Ferienmonaten u.a. ausgeliefert: 2,700.000 Hefte, davon 500.000 Hefte aus Recyclingpapier, 3,600.000 Schreib- und Zeichenblätter, 200.000 Schreibstifte, 200.000 Strähnen Strick- und Häkelgarn, 25.000 Strick- und Häkelnadeln und über 39.000 Meter Stoffe.

24.000 Berufsschüler

Die Zahl der Berufsschüler wird im Schuljahr 1989/90 rund 24.000 betragen. Zur Anpassung des Berufsschulunterrichtes an die heutigen Erfordernisse werden in den Berufsschulgebäuden umfangreiche Modernisierungsarbeiten durchgeführt.

Die größten Vorhaben sind derzeit die Modernisierung und Erweiterung des 2. Zentralberufsschulgebäudes 15, Hütteldorfer Straße 7-17, mit Gesamtkosten von 333,7 Millionen Schilling sowie die Modernisierung des 1. Zentralberufsschulgebäudes 6, Mollardgasse 87, die einen Kostenaufwand von rund 250,1 Millionen Schilling erfordern wird. (Schluß) jel/sk

Forts. von Blatt 1761

Die Wiener Rettung im Juli

Mehr als 7.000 Einsätze der Rettungsgemeinschaft

Wien, 21.8. (RK-KOMMUNAL) 7.003 Einsätze hatte die Wiener Rettungsgemeinschaft, das sind der städtische Rettungsdienst, die Krankenbeförderung im Rettungseinsatz, das Rote Kreuz, der Arbeiter-Samariterbund und die Johanniter-Unfallhilfe, im Monat Juli zu leisten. Die Rettungsfahrzeuge legten dabei 52.602 Kilometer zurück. Von den 6.864 Patienten, zu denen Ärzte und Sanitäter der Rettungsgemeinschaft gerufen wurden, wurden 4.971 in Spitäler gebracht.

Die Rettung intervenierte im Juli bei 3.829 akut Erkrankten; bei 109 von ihnen wurde ein Herzinfarkt diagnostiziert, in 538 Fällen waren es sonstige Herzerkrankungen. Außerdem wurden 2.201 verletzte Personen betreut, davon 509 nach Verkehrsunfällen, 231 nach Betriebsunfällen und 35 nach Sportunfällen. 157 Personen waren schwer, 1.005 Personen unbestimmten Grades verletzt. In 36 Fällen lagen Verbrennungen, in 304 Fällen Vergiftungen, in 66 Fällen Psychosen vor. Bei 22 Geburten wurde ärztliche Hilfe geleistet.

Der Rettungsdienst intervenierte bei 123 Rauschgift- und Drogenkranken, 464 Personen standen unter Alkoholeinfluß, 52 Personen hatten Selbstmordversuche unternommen. 254 Personen konnten nicht mehr gerettet werden. Die Todesursache war in 57 Fällen Herzinfarkt, in 16 Fällen Selbstmord und in vier Fällen ein Verkehrsunfall.

beförderte 5.003 Personen. Die 18 Einsatzwagen legten dabei insgesamt 77.504 Kilometer zurück. (Schluß) sc/bs

Freundschaftsfest Wien-Floridsdorf und Tokio-Katsushika

Wien, 21.8. (RK-LOKAL) Der Wiener Gemeindebezirk Floridsdorf und der Tokioter Bezirk Katsushika haben miteinander Freundschaft geschlossen. Besiegelt wird diese Bezirkspartnerschaft durch einen Freundschaftsvertrag, den der Floridsdorfer Bezirksvorsteher Kurt LANDSMANN und der Bezirksbürgermeister von Katsushika Takkeo KOHINATA am 26. August unterzeichnen werden. Beide Bezirke haben ähnliche Strukturen, Katsushika liegt ebenso wie Floridsdorf an einem Fluß, beide sind in ihrer Stadt große Bezirke und stimmen auch in der Bevölkerungsstruktur überein.

Das größte Feuerwerk, das es je in Österreich gegeben hat

Am Samstag, dem 26. August (bei Schlechtwetter am 27. August) findet auf der Donauinsel bei der Floridsdorfer Brücke ein großes Österreichisch-Japanisches Freundschaftsfest statt. Dabei präsentieren die Gäste aus Tokio ab 21 Uhr das große japanische Freundschaftsfeuerwerk. Etwa 50 Minuten lang dauert dieses Spektakel, das man am besten auf dem Festgelände zwischen der Floridsdorfer Brücke und der Schnellbahnbrücke auf der Donauinsel voll genießen kann. Das Fest auf der Donauinsel beginnt bereits um 14 Uhr und bietet neben Musik und Unterhaltung u.a. Jazzgymnastik, Judovorführungen, Kinderturnen; im Rahmen des Kinderfestivals gibt es Mitmachaktionen ebenso wie Spiel- und Kasperlbus. Das Riesenfeuerwerk wird ab 20 Uhr mit der SUWA-Trommel-Schow eingeleitet. Die SUWA-Trommel-Spieler werden den Wienerinnen und Wienern bereits am Donnerstag, dem 24. August, um 16 Uhr auf einer Bühne auf dem Stephansplatz ihre Kunst präsentieren. Ein Vergnügungsparkt und ein Festzelt auf der Donauinsel haben vom 25. bis 27. August geöffnet. (Schluß) fk/bs

Neue Einbahnen in Hietzing

Wien, 21.8. (RK-KOMMUNAL) Zur Unterbindung eines „Schleichweges“ werden in Hietzing auf Antrag des Bezirkes zwei Gassen ab 23. August zu

Einbahnen erklärt: Die Volksgasse wird von der Hanselmayergasse bis und i Richtung Elisabethallee sowie die Hanselmayergasse von der Wattmann-gasse bis zur Volksgasse Einbahnen.

Bis zur Beendigung der Bauarbeiten in der Maxingstraße muß auf Grund des Bauablaufes die Altgasse von der Nummer 19 bis zur Maxingstraße (in dieser Richtung) vorübergehend als Einbahn geführt werden. (Schluß) roh/bs

Kartographie als Planungsunterlage

Kartographie-Ausstellung in der Wiener Planungswerkstatt

Wien, 21.8. (RK-KOMMUNAL) Angeregt durch den Ende September in Wien stattfindenden Internationalen Kartographiekongreß wird derzeit in der WIENER PLANUNGSWERKSTATT eine kleine Leistungsschau über die Bedeutung und den Stand der Kartographie innerhalb der Stadt Wien gezeigt.

Gerade für den Bereich der Stadtplanung und für die Stadtvermessung wäre eine Arbeit ohne Karten und Pläne undenkbar und praktisch auch nicht möglich. Die Kartographie als Wissenschaft der „Kartenkunde“ ist daher mit ihrem weiten Arbeitsfeld, das heute vor allem durch den Übergang von der manuellen zur EDV-gestützten und weitgehend automatisierten Tätigkeit geprägt ist, seit jeher ein elementarer Bestandteil dieser Fachabteilungen und spielte damit als eigenständige Fachdisziplin nicht nur verwaltungsintern eine Rolle, sondern in vielfältiger Form auch in der Öffentlichkeit und in vielen Bereichen des täglichen Lebens.

In der Ausstellung wird ein Querschnitt aus wichtigen Arbeitsbereichen der am meisten mit Kartographie befaßten Dienststellen gezeigt, im einzelnen sind dies:

- MD-ADV — Automatische Datenverarbeitung
- MA 18 — Stadtstrukturplanung
- MA 20 — Druckerei und technische Dokumentation
- MA 41 — Stadtvermessung

Die Ausstellung „Kartographie in Österreich“ ist bis einschließlich 8. September 1989 in der WIENER PLANUNGSWERKSTATT (Parterrelokal Ecke Rathausstraße 9/Friedrich-Schmidt-Platz) bei freiem Eintritt zu sehen.

Die Öffnungszeiten: Mo — Fr von 9-16 Uhr (Do bis 19 Uhr) (Schluß) lf/sk

Schirmer: Mexikoplatz wird nahezu täglich kontrolliert**Keineswegs „Alibihandlungen“**

Wien, 21.8. (RK-KOMMUNAL) „Obwohl wir bisher ein gutes Einvernehmen mit der Bürgerinitiative Mexikoplatz hatten und diese auch ständig in Gesprächen über unsere Maßnahmen informierten, wird heute in einer Wiener Tageszeitung von der Initiative behauptet, am Mexikoplatz werde 'immer noch nichts getan' bzw. nur 'alibimäßig kontrolliert'. „Diese Darstellungen — die einander in sich schon etwas widersprechen — weise ich schärfstens zurück. Das Marktamt hat ein spezielles Team nur für den Mexikoplatz eingesetzt, das an Werktagen täglich und fallweise sogar auch am Wochenende kontrolliert. Die Situation hat sich aufgrund der laufenden Kontrollen durch Polizei, Zoll und Marktamt auch bereits gebessert“: Das betonte Stadträtin Christine SCHIRMER Montag gegenüber der „RAT-HAUSKORRESPONDENZ“ zu einem Bericht im heutigen „Kurier“.

Es stimme, daß der Mexikoplatz nach wie vor im Ausland ein „Geheimtip“ sei und dementsprechend Menschen anziehe, bestätigte die Stadträtin. Dennoch konnte durch den ständigen Einsatz und die laufenden Kontrollen der Beamten von Polizei, Zoll und Marktamt die Situation für die Anrainer gebessert werden. „Ohne für die Polizei sprechen zu können, möchte ich doch darauf hinweisen, daß sie ebenfalls mit täglichen Streifen, mit der Hundestaffel und für größere Einsätze mit der Schulabteilung zwecks Personalverstärkung am Mexikoplatz ist“, sagte Schirmer. „Auf der anderen Seite haben natürlich auch die am Mexikoplatz etablierten Geschäfte eine große Anziehungskraft auf KäuferInnen aus dem Ausland, die sehr oft mit den durch den illegalen Verkauf ihrer Waren erzielten Erlös in den Läden am und um den Mexikoplatz umsetzen“, betonte Schirmer.

Daß sich die strengen Kontrollen positiv auswirken und offensichtlich auch herumsprechen, zeigt die sinkende Frequenz am Mexikoplatz: Wurden vor drei Monaten noch ca. 2.000 Personen täglich geschätzt, so ergeben die Schätzungen derzeit 200 bis 500 Personen. „Ich habe volles Verständnis für die Probleme der Anrainer des Mexikoplatzes, und wir werden selbstverständlich auch weiterhin streng kontrollieren. Ich überzeuge mich auch immer wieder persönlich und unangemeldet von der Situation und kann aus meinen eigenen Wahrnehmungen die auffallend geringer gewordene Personenanzahl, wie sie auch von der Polizei und dem Marktamt dargelegt wird, bestätigen. Man sollte aber auch fairerweise zugeben, daß es am Mexikoplatz effektive Verbesserungen gegeben hat. Wenn allerdings eine Zeitung wie der 'Kurier' zwar am Montag den Schleichhandel kritisiert, zwei Tage vorher dagegen genau beschrieben hat, wie wenig illegal importierte Zigaretten bei der polnischen Kirche kosten, dann wird das Interesse der Öffentlichkeit halt schon geweckt“, schloß Schirmer. (Schluß) hrs/sk

Goldenes Ehrenzeichen für Direktor Engelsberger

Wien, 21.8. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK überreichte Montag in seinem Arbeitszimmer das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien an den Direktor der Österreichischen Realitäten AG, Ing. Gerhard ENGELSBERGER. Nach Zilk habe Engelsberger „Spuren in der Stadt hinterlassen“, so bei der Revitalisierung des Palais Caprara oder bei der Tiefgarage Freyung. (Schluß) sei/bs

Wiener ÖVP beklagt „kinderfeindliches Klima“ in der Großstadt

Wien, 21.8. (RK-KOMMUNAL) In einem Pressegespräch beklagten am Montag die ÖVP-Mandatarinnen Mag. Eva PETRIK und Dr. Gerda WINKLBAUER das „kinderfeindliche Klima“ in der Großstadt Wien. Der Lebensraum für Kinder sei in jeder Großstadt zu klein, manchmal lebens- und entwicklungsfeindlich. Das betreffe die Errichtung und den Betrieb von Kinderspielplätzen, und es gebe zu wenig Wohnraum für kinderreiche Familien. Säuglings- und Kleinkinderkrippen seien nur eine Notlösung, es gebe zu wenig Tagesmütter. Im Kindergarten sieht die Volkspartei eine familienergänzende Bildungseinrichtung, der Familie müsse aber die Priorität zukommen.

Nach einer WHO-Studie sei bei den 11- bis 15jährigen Schülern die Einsamkeit ein ernstzunehmender Risikofaktor. Die Ergebnisse dieser Studie zwingen zum überdenken der Effizienz kommunaler Jugendinitiativen. Vorrangig seien Hilfen zur Integration gegen die Einsamkeit, die Verstärkung der freien Jugendarbeit und Maßnahmen für eine vermehrte Elternbildung. (Schluß) fk/sk

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 22. August 1989

Blatt 1770

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

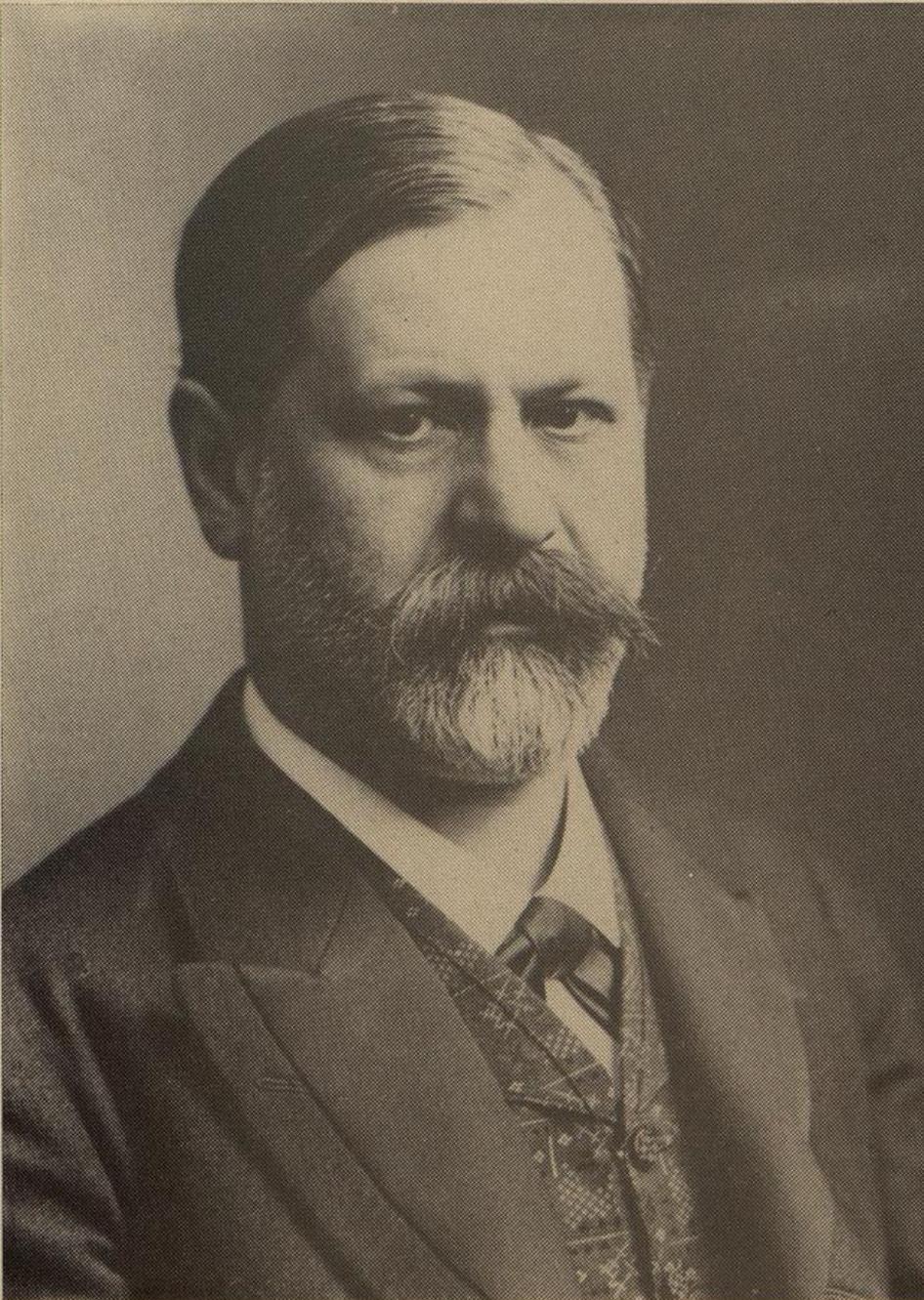
Kommunal/Lokal:

- Schätze aus den Tresoren des Stadt- und Landesarchivs (1771)
- 25. Todestag von Josef Afritsch (1772)
- Krankenanstaltengesetz: Wien wird Beharrungsbeschluß fassen (1773)
- Zilk: 150 Betten für DDR-Flüchtlinge (1774)
- Zilk: Mietzinsobergrenzen bleiben! (1775)
- Donnerstag Pressekonferenz von Vizebürgermeisterin Smejkal (nur FS)

Schätze aus den Tresoren des Stadt- und Landesarchivs

Dokumente über Sigmund Freud

Wien, 22.8. (RK-KOMMUNAL) Das Wiener Stadt- und Landesarchiv hat anlässlich seines hundertjährigen Bestehens als eigene Abteilung in den vergangenen Monaten eine Auswahl aus seinen kostbarsten Stücken vorgestellt, die 800 Jahre Stadtgeschichte dokumentieren. Die letzten „historischen Schmankerln“ dieser Präsentationsreihe in der Schmidthalle sind Sigmund Freud, dem Begründer der Psychoanalyse, gewidmet. Vom 23. August bis 5. September, Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr, sind in einer Vitrine in der Stadtinformation Dokumente zu Freuds Biographie zu sehen, darunter die Verleihung des Bürgerrechts aus dem Jahr 1924.



Sigmund Freud um 1914

Foto: ÖNB-Bildarchiv

Auch weiterhin möchte das Archiv auf bemerkenswerte Stücke aus seinen Beständen hinweisen. Die Präsentation wird in einer Vitrine vor den Amtsräumen, Rathaus, 1. Stock, fortgesetzt. (Schluß) red/sk

25. Todestag von Josef Afritsch

Wien, 22.8. (RK-KOMMUNAL) Am 25. August jährt sich der Todestag des früheren Stadtrats und Innenministers Josef AFRITSCH zum 25. Mal. Josef Afritsch wurde am 13. März 1901 in Graz als Sohn des Grazer Stadtrats und Gründers der Kinderfreunde Anton Afritsch geboren. Er wurde als Gärtner ausgebildet und besuchte die höhere Gartenbauschule in Eisgrub. Seit 1921 war er in der Wiener städtischen Gartenverwaltung tätig. Nach dem Februar 1934 übernahm er als Vertrauensmann des Zentralkomitees der revolutionären Sozialisten die Leitung des Hilfskomitees für die sozialistischen Februaropfer bei den Quäkern. 1942 wurde er von den Nationalsozialisten verhaftet. Von April 1945 bis Juli 1959 war er amtsführender Stadtrat für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten der Stadt Wien. Seit den ersten Wahlen im Dezember 1945 gehörte er dem Wiener Gemeinderat an. Zunächst bot sich ihm eine wichtige Aufgabe durch den Strom der Flüchtlinge, da die Staatsbürgerschaft in sein Ressort fiel. Er nahm in seiner Amtszeit mehr als 130.000 Einbürgerungen vor. Eine wichtige Aufgabe war auch die Erneuerung des Fahrzeugbestandes der Wiener Feuerwehr, so daß diese aktionsfähig erhalten wurde. Bei den Grundankäufen für die Stadt Wien war Stadtrat Afritsch bemüht, den Erfordernissen des sozialen Wohnbauprogramms und der modernen Stadtplanung Rechnung zu tragen. Ab 1950 war er auch Stadtgartendirektor. Nach dem Rücktritt des Bundesministers für Inneres Oskar Helmer schlug die Sozialistische Partei Josef Afritsch als Nachfolger vor. Am 16. Juli 1959 trat er dieses Amt an.

Josef Afritsch wurde im Jahr 1961 der Titel eines „Bürgers der Stadt Wien“, verliehen. Bis 1963 gehörte er als Innenminister der Bundesregierung an und wurde anlässlich der 1. Wiener Internationalen Gartenschau (WIG 1964) im heutigen Donaupark von der Bundesregierung zum Regierungskommissär bestellt.

Josef Afritsch starb am 25. August 1964 in Wien und wurde in einem Ehrengrab der Gemeinde Wien auf dem Zentralfriedhof beigesetzt. (Schluß)
red/bs

Krankenanstaltengesetz: Wien wird Beharrungsbeschluß fassen

Wien, 22.8. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Landtag wird nach dem Einspruch des Bundes zum Wiener Krankenanstaltengesetz einen Beharrungsbeschluß fassen. Dies teilten Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Vizebürgermeister Hans MAYR am Dienstag in einem Pressegespräch mit, betonten aber zugleich, daß Wien keinen „Krieg“ wolle, sondern Verhandlungen anstrebe.

Erste Vorgespräche mit den zuständigen Ministern wurden bereits vereinbart.

Mayr unterstrich, daß Wien nicht die Absicht habe, die Patienten zur Kasse zu bitten, sondern das jeweilige Bundesland in seine Pflicht zu nehmen.

Geplante Regelung entspricht Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes

Die sogenannte „Gastpatientenregelung“ im geplanten neuen Wiener Krankenanstaltengesetz stützt sich auf seriöse „Vorbilder“: Eine nicht Gesetz gewordene Regierungsvorlage vom Herbst 1986 sah bereits einen vom jeweiligen Wohnsitzbundesland zu entrichtenden Ergänzungsbeitrag vor, ebenso hat der Verfassungsgerichtshof in einem Erkenntnis vom Herbst 1988 festgehalten, daß das Land Wien nicht verpflichtet ist, die Spitalspflege für in anderen Bundesländern wohnende Patienten sicherzustellen.

Der Bund hat bereits im Jahr 1986 einen Vorstoß genau in jene Richtung unternommen, die nun vom Wiener Landesgesetzgeber beschritten wird. Damals wollte der Bund den Paragraph 27 des Krankenanstaltengesetzes so geändert wissen, daß die „Landesgesetzgebung vorsehen kann, daß für Pflinglinge, die ihren ordentlichen Wohnsitz im Zeitpunkt der Inanspruchnahme der Anstaltsleistungen in einem anderen Bundesland haben, ein Ergänzungsbeitrag zu leisten ist. Dieser Beitrag ist von jenem Land, in dem der Pflingling seinen ordentlichen Wohnsitz hat, dem Rechtsträger der Krankenanstalt, durch die die Anstaltsleistung erbracht wurde, zu erstatten.“ Soweit die Regierungsvorlage aus dem Jahre 1986, die in voller inhaltlicher Übereinstimmung mit den nunmehrigen Absichten Wiens steht.

Es ist daher aus Wiener Sicht schwer verständlich, daß die Bundesregierung am 8. August 1989 Einspruch gegen das Wiener Krankenanstaltengesetz erhoben hat. Noch dazu, wo die Wiener Regelung nicht nur der von den Verfassungsjuristen des Bundes einmal vorgeschlagenen Regelung folgt, sondern auch dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes Rechnung trägt. Der Verfassungsgerichtshof meinte nämlich im Herbst 1988, daß „jedes Bundesland zur Versorgung der anstaltsbedürftigen Personen verpflichtet ist, die in dem jeweiligen Bundesland wohnhaft sind; dies entweder durch die Errichtung und den Betrieb von öffentlichen Krankenanstalten im eigenen Land, durch Vereinbarungen mit Rechtsträgern anderer Krankenanstalten oder durch landesgesetzliche Regelungen über Angliederungsverträge, die auch Fälle betreffen können, in denen die beteiligten Krankenanstalten in verschiedenen Bundesländern liegen.“ (Schluß) sei/ger/bs

Zilk: 150 Betten für DDR-Flüchtlinge

Wien, 22.8. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK teilte am Dienstag in seinem Pressegespräch mit, daß die Stadt Wien bis zum 3. September 150 Betten in Jugendheimen zur vorübergehenden Unterbringung von DDR-Flüchtlingen vor ihrer Weiterfahrt in die BRD zur Verfügung gestellt hat.

Zwtl.: Wien fordert Flüchtlingsfonds

Zilk erneuerte in diesem Zusammenhang die Forderung Wiens nach Schaffung eines Flüchtlingsfonds zum Lastenausgleich zwischen den Bundesländern. „Mitmenschlichkeit kann nicht nur eine Sache der Ost-Region und Wiens sein“, sagte der Bürgermeister. (Schluß) ger/bs

Zilk: Mietzinsobergrenzen bleiben!

Wien, 22.8. (RK-KOMMUNAL) Wien wird keinesfalls an den Mietzinsobergrenzen rütteln, weil eine Freigabe — wie Erfahrungen im Ausland zeigen — zu einer Verteuerung des Wohnens führen würde, betonte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK am Dienstag in seinem Pressegespräch. Es gebe in dieser Frage auch keinerlei Konflikt zwischen Amtsführenden Stadträten, aber selbstverständlich dürfe jeder über alles nachdenken.

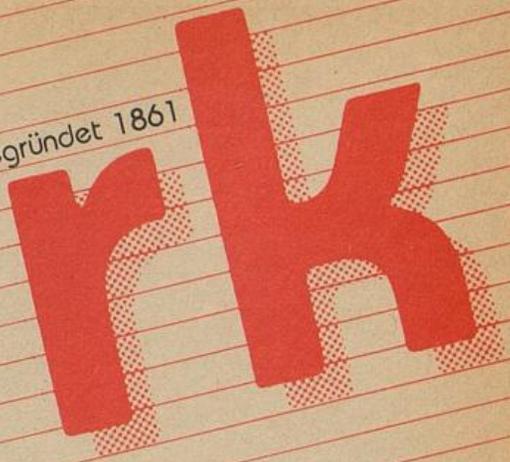
Eigenmitteleinsatz für Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten

Vizebürgermeister Hans MAYR ergänzte, daß die derzeitigen Mieten ausreichen, um ein Haus ordentlich zu erhalten. In Althäusern sollte durch eine Änderung des Paragraphs 18 des Mietrechtsgesetzes — auf freiwilliger Basis — auch die Möglichkeit geschaffen werden, private Eigenmittel für Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten einzusetzen. Derzeit besteht dazu kein Anreiz, da der Hauseigentümer nur den aufgenommenen Kredit auf die Mieter überwälzen kann. Bei der von Wien vorgeschlagenen fakultativen Regelung könnte der Hausherr sein eingesetztes Kapital verzinsen, während gleichzeitig die Mieten niedriger würden. Mayr forderte eine entsprechende Änderung des Mietrechtsgesetzes noch heuer im Herbst, andernfalls sollte das Mietrecht überhaupt verländert werden. (Schluß)
ger/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Siege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3, Siege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 23. August 1989

Blatt 1776

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Zilk: Hundertwasser-Kennzeichen soll im Parlament beschlossen werden (1781)

Kommunal/Lokal:

Angelibad: Wasser derzeit nicht zum Baden geeignet! (1777/FS: 22.8.)

Obere Donaustraße wieder frei (1778)

Änderungen bei der Förderung von Wohnungsverbesserungen (1779)

Hatzl: Grobe Entstellung der Flötzersteig-Situation durch Pilz (1783)

Therapiegarten im Pflegeheim Lainz (1784)

Bezirke:

Neue Flächenwidmung im 3./11. Bezirk (1782)

Sport:

„Wacker-Meidling, Gesichte eines Fußballvereines, 1908-1978“ (1780)

Angelibad: Wasser derzeit nicht zum Baden geeignet!

Wien, 22.8. (RK-KOMMUNAL) Aufgrund von laufenden Untersuchungen der Wasserqualität der Oberen Alten Donau im Bereich des Angelibades, die vom Institut für Umweltmedizin durchgeführt werden, wird die dringende Empfehlung ausgesprochen, im Angelibad und beim Dragonerhäufel derzeit nicht zu baden. Bei den Untersuchungen wurden Verunreinigungen des Wassers durch Kolibakterien und Salmonellen festgestellt, wodurch die Wasserqualität in diesem Bereich der Alten Donau derzeit zum Baden nicht geeignet ist. Die übrige Alte Donau und die Neue Donau verfügen über Badewasserqualität.

Das Badeverbot wird vorerst über 14 Tage aufrecht erhalten. Hauptverursacher der Wasserverunreinigungen ist die viel zu große Anzahl der Wasservögel in diesem Bereich, aber auch die mangelnde Hygiene der Badegäste. Begünstigt durch die hohen Temperaturen kommt es zu einer starken Vermehrung der Keime. Es wird daher ersucht, die Wasservögel nicht zu füttern und auf Sauberkeit in den Badebereichen zu achten. Die Wasseruntersuchungen werden laufend weitergeführt. Sobald über einen längeren Zeitraum wieder positive Meßergebnisse vorliegen, wird das Badeverbot wieder aufgehoben werden.

Angelibad weiter geöffnet - halber Eintrittspreis

Das Angelibad selbst, das über ein Schwimmbecken und Liegewiesen verfügt, bleibt weiterhin geöffnet. Der Eintrittspreis ist bis zum Wiedererlangen der Badewasserqualität auf die Hälfte reduziert. (Schluß) du/sk

Bereits am 22. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Obere Donaustraße wieder frei

Wien, 23.8. (RK-KOMMUNAL) Ab morgen, Donnerstag, 24.8., ist die Obere Donaustraße wieder frei befahrbar. Der großflächige Umbau kann Mittwoch abend abgeschlossen werden. (Schluß) roh/sk

Änderungen bei der Förderung von Wohnungsverbesserungen

Wien, 23.8. (RK-KOMMUNAL) Das neue Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz bewirkt Änderungen bei der Förderung von Wohnungsverbesserungen.

Wie bisher muß die Baubewilligung für die zu verbessernde Wohnung mindestens 20 Jahre zurückliegen. Davon ausgenommen sind der Anschluß einer bestehenden oder neuen Zentralheizung an die Fernwärme sowie Maßnahmen für Behinderte. In diesen Fällen gibt es keine Beschränkung hinsichtlich des Alters der Wohnung.

Gleichgeblieben sind auch die höchstzulässigen Gesamtbaukosten: bei Wohnungen mit 22 bis 40 Quadratmeter Nutzfläche werden Umbaukosten bis zu 2.000 Schilling pro Quadratmeter gefördert, bei größeren Wohnungen bis zu 120.000 Schilling je Wohnung. Bei Wohnungen unter 22 Quadratmeter oder über 150 Quadratmeter gibt es keine Förderung. Neu sind die Baukosten-Höchstgrenzen für Wohnungszusammenlegungen (240.000 Schilling), für Substandardbeseitigungen (5.560 Schilling/Quadratmeter) und für die die Verbesserung alter Einfamilienhäuser (500.000 Schilling).

Neu ist, daß Darlehen zur Finanzierung der Wohnungsverbesserung (ausgenommen Maßnahmen für Behinderte) künftig auch eine Laufzeit von fünf Jahren (bisher nur zehn Jahre) haben können.

Die jährlichen Zuschüsse des Landes zur Rückzahlung eines Verbesserungsdarlehens betragen daher künftig bei einer Laufzeit von zehn Jahren (in Klammern die Werte für Laufzeit von fünf Jahren)

- 11 Prozent der Baukosten bei Maßnahmen für Behinderte,
- 9 Prozent (15 Prozent) bei Einbau von WC und Bad in Substandardwohnungen,
- 7,5 Prozent (12 Prozent) bei Einbau von Bad, wenn bereits WC vorhanden,
- 6 Prozent (10 Prozent) bei Einbau von Schallschutzfenstern an Gemeindestraßen mit erhöhtem Verkehrsaufkommen,
- 5 Prozent (8 Prozent) bei Fernwärmeanschluß und Zentralheizungseinbau sowie
- 3 Prozent (4 Prozent) bei Erneuerung von Gas-, Strom- oder Wasserleitungen und sonstigen förderungswürdigen Maßnahmen.

Neu ist ferner, daß Hauseigentümer für den Einsatz von Eigenmitteln zur Verbesserung leerstehender Wohnungen (insbesondere für den Einbau von Bad und WC in Substandardwohnungen) Förderungen bekommen können.

Als Nebenspesen von Wohnungsverbesserungen werden künftig Planungskosten bis zu 5.000 Schilling anerkannt. Die neuen Richtlinien sind bereits in Kraft. (Schluß) ah/bs

**„Wacker-Meidling,
Geschichte eines Fußballvereines, 1908-1978“**

Ausstellung in Meidlinger Bankfiliale

Wien, 23.8. (RK-SPORT/LOKAL) In der Kassenhalle der Österreichischen Länderbank, Zweigstelle Meidling, Meidlinger Hauptstraße 15, ist bis Juni 1990 eine Ausstellung über den Meidlinger Fußballverein Wacker zu sehen. Die Vereinsgeschichte von 1908 bis 1978 wird anhand von Dokumenten, Fotos und Siegespokalen dargestellt. Die Ausstellung ist täglich während der Kassenstunden geöffnet. (Schluß) gab/sk

Zilk: Hundertwasser-Kennzeichen soll im Parlament beschlossen werden

SPÖ- und ÖVP-Klub sollen Initiative ergreifen

Wien, 23.8. (POLITIK) Der Ausgang des gestern, Dienstag, in Graz stattgefundenen Expertenhearings, bei dem er sich durch den Verkehrsexperten Univ.-Prof. Dr. Hermann KNOFLACHER vertreten ließ, ist für Wiens Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK Grund genug, die Frage der neuen Kfz-Kennzeichen von der Ebene der Landeshauptleute auf die letztlich entscheidende Ebene des Parlaments zu bringen. Zilk: „Ich meine, die Dinge liegen nun klar auf der Hand, der Einführung der neuen Hundertwasser-Kennzeichen sollte nichts mehr im Wege stehen. Ich ersuche deshalb den zuständigen Verkehrsminister Dr. Rudolf STREICHER sowie die Parlamentsklubs von SPÖ und ÖVP, rasch die Initiative zu ergreifen. Herauskommen sollte dabei eine einvernehmliche Novellierung im Sinne der Hundertwasser-Kennzeichen.“ (Schluß) sei/bs

Neue Flächenwidmung im 3./11. Bezirk

Wien, 23.8. (RK-BEZIRKE) Für ein rund 55 Hektar großes Gebiet an der Südosttangente im 3. und 11. Bezirk soll der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan neu festgesetzt werden (Pl.Nr. 6110).

Der vorliegende Entwurf ist Teil einer großflächigen Überarbeitung des Flächenwidmungs- und des Bebauungsplanes zwischen der Südosttangente, Donaukanal, Ostbahn und Schlachthausbahn.

Ziele der Planung sind: die Abstimmung des Flächenwidmungsplanes auf die stadtstrukturelle Entwicklung des Bereiches unter besonderer Berücksichtigung der Einrichtungen für Handel und Gewerbe; die Berücksichtigung und Ausweisung von erforderlichen Verkehrsflächen zur Erschließung des Gebietes; die widmungsmäßige Sicherung der Trasse der U-Bahn-Linie U 3.

Der Entwurf liegt vom 24. August bis 21. September während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) end/bs

Hatzl: Grobe Entstellung der Flötzersteig-Situation durch Pilz

Wien, 23.8. (RK-KOMMUNAL) „Pilz hat in seiner bekannten Art, die Dinge nicht sehr genau zu nehmen, die Situation der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig wieder einmal grob entstellt“, sagte Mittwoch Energiestadtrat Johann HATZL zu einer Aussendung des Grünen Abgeordneten. Tatsache sei, daß bereits vor Jahren umweltverbessernde Maßnahmen für die MVA Flötzersteig bei der zuständigen Behörde eingereicht wurden. Die Durchführung dieser Maßnahmen werde aber gerade von jenen Gruppen blockiert, die Pilz vertritt.

Tatsache sei weiters, so Hatzl, daß die MVA Flötzersteig als eine der ersten Anlagen Europas mit hochwirksamen Rauchgasreinigungsanlagen ausgestattet wurde, die alle Schadstoffe drastisch reduziert haben. Wenn man wisse, daß beispielsweise in Deutschland überhaupt keine Grenzwerte für Dioxin existieren, könne die Bezeichnung „giftigste Anlage Mitteleuropas“ nur ein schlechter Witz sein, sagte Hatzl.

Schließlich habe er immer klargestellt, daß alle gesetzlichen Notwendigkeiten in den gegebenen Fristen erfüllt würden, erinnerte der Energiestadtrat. Damit könne auch keine Gefährdung der Bevölkerung gegeben sein, außer man unterstelle dem Gesetzgeber eine völlig falsche Einschätzung der Gefahren. „Wenn Pilz seine Aufgabe ernst nimmt, müßte er mich als Stadtrat unterstützen, damit die sicherlich notwendige Sanierung der MVA Flötzersteig gegen den Widerstand der ihm nahestehenden Gruppen endlich durchgeführt werden kann“, sagte Hatzl.

So aber beweise Pilz wieder einmal, daß ihm Sachlichkeit nichts bedeute und er lieber bei seinem altbekannten Stil der Demagogie bleibe. (Schluß)
roh/sk

Therapiegarten im Pflegeheim Lainz

Pflegeheimpatienten als Gärtner

Wien, 23.8. (RK-KOMMUNAL) Im Pflegeheim Lainz wurde vor kurzem für die Patienten ein eigener Therapiegarten in Betrieb genommen. Die 2.700 Quadratmeter große Gartenanlage dient den Patienten einerseits als Erholungsfläche, andererseits als Beschäftigungstherapie. Das bis dahin ungenutzte Grundstück wurde mit einem Gesamtkostenaufwand von 1,2 Millionen Schilling adaptiert und bietet den Patienten unter anderem die Möglichkeit, Gemüse anzubauen, Blumen zu pflegen, Grünflächen zu spritzen, Ziersträucher zu schneiden und andere gärtnerische Arbeiten auszuführen. 1987 waren im Pflegeheim Lainz erstmals sogenannte „Kleinstgärten“ in Form von Blumenschalen — in denen die Patienten Blumen und Gemüse anpflanzen konnten — geschaffen worden. Aufgrund der dabei erzielten Erfolge bzw. des regen Interesses seitens der Patienten wurde diese Beschäftigungstherapie nunmehr wesentlich erweitert.

Mittwoch stattete Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER der neuen Einrichtung — es ist die erste dieser Art in einem städtischen Pflegeheim — einen Besuch ab.

10 bis 20 Prozent der Patienten rehabilitiert entlassen

Wie Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher aus diesem Anlaß bekannt gab, wurden aus dem Pflegeheim Lainz im vergangenen Jahr insgesamt 415 Patienten wieder in häusliche Pflege entlassen. Das waren um 7,5 Prozent mehr als im Jahr 1987. Die Heimkehr der Patienten wurde deshalb möglich, weil sie noch während ihres Aushaltes im Pflegeheim auf das selbständige Leben in ihrer Wohnung vorbereitet wurden bzw. zu Hause durch die Mobile Nachsorge betreut werden. Das Pflegeheim Lainz verfügt gegenwärtig über 3.179 Betten, im vergangenen Jahr wurden insgesamt 1.766 Patienten neu aufgenommen. Was die Altersstruktur betrifft, so liegt diese bei den über 60jährigen bei 10,6 Prozent, den über 70jährigen bei 21,8 Prozent, den über 80jährigen bei 46,3 Prozent und den über 90jährigen bei 13,2 Prozent.

Die durchschnittliche Entlassungsquote liegt in den städtischen Pflegeheimen zur Zeit zwischen 10 und 20 Prozent. (Schluß) zi/sk

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlagsadresse: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 24. August 1989

Blatt 1785

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

„Worauf freut sich der Wiener...?“ (1786/FS: 23.8.)

Häupl: Flötzersteig eine der sichersten Müllverbrennungsanlagen Europas (1787/FS: 23.8.)

Umbauarbeiten in der Wiener Hauptkläranlage (1788)

Stacher: Was „seit Lainz“ geschah (1789)

Städtische Spitäler: Mehr Patienten, kürzere Verweildauer (1790-1792)

Smejkal: Novellierung des Wiener Kindergartengesetzes (1793/1794)

„Worauf freut sich der Wiener...?“

Wien, 23.8. (RK-KOMMUNAL) Eine neue Plakat-Kampagne mit dem traditionsreichen Slogan „Worauf freut sich der Wiener, wenn er vom Urlaub kommt?“ präsentierte die Firma Ankerbrot heute, Mittwoch, auf dem DDSG-Schiff Johann Strauß. Der „neue, alte“ Slogan soll zwei Qualitätsprodukte vermitteln: Ankerbrot und Wiener Hochquellenwasser. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK verwies bei der Präsentation, bei der auch Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL anwesend war, auf die große Bedeutung des hervorragenden Wiener Wassers, dessen Qualität für viele Menschen so selbstverständlich sei, daß es gar nicht mehr ausreichend geschätzt werde. Weiters würdigte Zilk das außerordentlich gute Management von Ankerbrot-Generaldirektor Dr. SCHUSTER, der durch innovative Ideen den Betrieb praktisch vor dem Untergang bewahrt habe. (Schluß) du/bs

Bereits am 23. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Häupl: Flötzersteig eine der sichersten Müllverbrennungsanlagen Europas

Bereits am 23. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 23.8. (RK-KOMMUNAL) Die Müllverbrennungsanlage Flötzersteig ist eine der sichersten Anlagen Europas, erklärte der Wiener Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL Mittwoch zur Kritik des Abg. Dr. Peter PILZ. Bereits in einer Zeit, in der das alte Dampfkesselmissionsgesetz noch keine Grenzwerte kannte, hat die Technische Universität Wien Ende 1983 an der MVA Flötzersteig Messungen vorgenommen. Seither fanden ständig Messungen statt, die entsprechenden — in der Zwischenzeit eingeführten — Grenzwerte wurden immer eingehalten, ja unterboten. Es ist daher unverstänlich, so Häupl, wenn Wirtschaftsminister Dr. Wolfgang SCHÜSSEL an der Realität vorbei den Grünen eine schlichtweg „nur der Panik-Mache dienende“ Anfragebeantwortung liefert. Häupl: „Es kann doch von Schüssel und von Pilz nicht bestritten werden, daß die Behörde für die Rauchgasreinigungsanlage Flötzersteig Emissionsgrenzwerte vorge-schrieben hat, die unter denen der 2. Durchführungsverordnung für das Dampfkesselmissionsgesetz lagen. Wir haben mehr getan, als das Gesetz von uns verlangt hat.“

Letztlich bleibt die Frage der Dioxine, wobei er, so Häupl, der letzte sei, der diese Frage verniedliche. Doch solle man doch sehen, daß es einen Grenzwert für Dioxine erst seit dem 1. Jänner 1989 gebe, außerdem seien die geforderten 0,1 Nanogramm pro Kubikmeter Luft die strengsten Werte international gesehen. Der Gesetzgeber hat daher für Altanlagen eine Frist bis 31.12.1989 gegeben, bis zu der entsprechende Sanierungsprojekte eingereicht werden müssen, für die anschließende Sanierung bleiben dann noch fünf Jahre Zeit. Häupl: „Ich versichere, daß bei der MVA Flötzersteig wie in der Vergangenheit das Gesetz eingehalten wird, wir werden zeitlich die Frist sogar unterschreiten.“ (Schluß) sei/bs

Umbauarbeiten in der Wiener Hauptkläranlage

Wien, 24.8. (RK-LOKAL) In der Wiener Hauptkläranlage werden weitere Umbauten durchgeführt, um eine zusätzliche Geruchsverminderung und bessere Betriebsbedingungen im Bereich der Vorklärung zu schaffen.

Im Zuge dieser Arbeiten werden Klärbecken geleert und gereinigt, wobei es fallweise zu Geruchsbelästigungen kommen kann.

Die Arbeiten werden bis 4. September abgeschlossen.

Voraussichtlich im kommenden Oktober werden die Arbeiten im nördlichen Abschnitt der Wiener Hauptkläranlage fortgeführt, im kommenden Frühjahr wird der Südteil der Anlage in Angriff genommen. (Schluß) wh/sk

Stacher: Was „seit Lainz“ geschah

Wien, 24.8. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER nahm Mittwoch abend im Rahmen seiner Gesundheitspolitischen Presserunde auch zur Frage Stellung, welche Maßnahmen „seit Lainz“ bereits durchgeführt bzw. begonnen wurden. Laut Stacher gab es hier vor allem im Personalbereich Verbesserungen und zwar durch die zusätzliche Neuaufnahme von 50 Turnusärzten für die Spitäler, 20 Abteilungsärzten für die Pflegeheime, 91 diplomierten Pflegepersonen, 68 geprüften Stationsgehilfen und 224 zusätzlichen Abteilungshelferinnen (zur Entlastung des Pflegepersonals). Darüber hinaus sind weitere 300 Dienstposten vorgesehen. Ferner werden die Supervisionsteams, die ursprünglich nur den Bediensteten des Krankenhauses Lainz angeboten wurden, ab Ende September allen Berufsgruppen in den städtischen Spitälern zur Verfügung stehen. Die bereits in den letzten Jahren erweiterten Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Rahmen des sogenannten Zweiten Bildungsweges werden durch zusätzliche Kurse noch verstärkt. (Schluß)
zi/bs

Städtische Spitäler: Mehr Patienten, kürzere Verweildauer

Dritter Zielplan in Vorbereitung, Modellversuch „Patientenvertretung“

Wien, 24.8. (RK-KOMMUNAL) Ein Vergleich über einen längeren Zeitraum — von 1982 bis 1988 — macht es deutlich: Wiens Spitäler sind im Wandel. 1988 gab es mehr stationäre Patienten und mehr Pflagetage, aber eine kürzere durchschnittliche Aufenthaltsdauer und weniger Betten als 1982. Die durchschnittliche Lebenserwartung stieg in dieser Zeit bei den Männern von 69 auf 71, bei den Frauen von 76 auf 78 Jahre. Dies waren wesentliche Ergebnisse einer Bilanz, die Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch abend im Rahmen seiner Gesundheitspolitischen Presserunde bekanntgab. Insgesamt wurden im Vorjahr in den städtischen Spitälern (einschließlich der Dialysepatienten) 295.677 Patienten aufgenommen, das waren um rund 20 Prozent mehr als im Jahr 1982. Dies war jedoch nur möglich, weil die durchschnittliche Aufenthaltsdauer stark gesenkt werden konnte: von 12,4 auf 10,4 Tage. Darüber hinaus berichtete Stacher, daß zur Zeit an der Erstellung des neuen — nach 1975 und 1983 bereits dritten — Gesundheits- und Krankenanstalten-Zielplanes gearbeitet wird. Damit soll auch in Zukunft Wiens regionale medizinische Versorgung weiter verbessert werden. Ferner kündigte er die Schaffung einer Patientenvertretung im Rahmen eines Modellversuches an.

Mehr Ärzte und Schwestern

Mit der Verkürzung der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer handelt Wien, so der Gesundheitsstadtrat, menschlich und volkswirtschaftlich richtig. Für das Personal bedeutet die Verkürzung allerdings eine höhere Belastung. Es wurden daher in dieser Zeit in den Akutspitälern 180 neue Arztstellen und über 500 neue Stellen für Pflegepersonen geschaffen. Betriebswirtschaftlich ist die Verringerung der Aufenthaltsdauer auf Grund des derzeitigen Finanzierungssystems (pro Pflage tag und nicht nach Leistung) problematisch, weil der Einzeltag teurer wird, wenn die „pflegeleichten“ und „billigen“ Tage wegfallen.

Weniger Betten

Die Zahl der systemisierten Betten (ohne Psychiatrie) wurde von 10.221 (1982) um 623 auf 9.598 (1988) verringert. Die Zahl der belegbaren Betten wurde im gleichen Zeitraum von 9.157 um 251 auf 8.906 reduziert. Am stärksten wirkten sich dabei die Strukturanpassung des „alten“ Allgemeinen Krankenhauses an die Kapazität des neuen Hauses und die Umwandlung des Sophienspitals in ein Pflegezentrum aus. Stacher betonte, daß Wien damit das einzige Bundesland ist, das die Zahl der Akutbetten — wie bundesweit vorgesehen — bereits verringert hat.

Als Folge der Wiener Psychiatriereform wurden übrigens auch die systemisierten Betten in den Psychiatrischen Krankenhäusern der Stadt Wien von 3.114 im Jahr 1982 um nicht weniger als 60 Prozent auf 1.245 reduziert.

Unterschiedliche Auslastung

Was die durchschnittliche Auslastung der Wiener Spitäler betrifft, so entspricht diese mit 85,4 Prozent zwar dem internationalen Sollwert, doch gibt es „Fächer“ mit zu hoher und solche mit zu geringer Auslastung. So waren 1988 beispielsweise die internen Abteilungen zu 99,6 Prozent ausgelastet — hier herrscht also Bettenmangel. Um dieser zu hohen Belastung entgegenzuwirken, wird daher, laut Stacher, im Elisabethspital eine Langzeitabteilung mit 80 Betten geschaffen. Im Krankenhaus Lainz wurde eine Aufnahmestation eingerichtet. Weitere Aufnahmestationen sind nun auch im Franz-Josef-Spital und im Wilhelminenspital im Entstehen.

Die Auslastung der Neurologie-Betten ist, obwohl in den letzten Jahren drei neue Abteilungen im Wilhelminenspital, Krankenhaus Lainz und Franz-Josef-Spital geschaffen wurden, mit 92,2 Prozent ebenfalls sehr hoch. Dementsprechend ist auch im neuen Schwerpunktkrankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost eine neurologische Abteilung vorgesehen. Wien hat gegenwärtig, wie Stacher erklärte, die neurologische Versorgung von ganz Ostösterreich zu tragen.

Ähnlich ist die Situation auch in der Neurochirurgie, wo die Betten im Vorjahr sogar zu 100,93 Prozent ausgelastet waren. Diese Situation ist darauf zurückzuführen, daß es in ganz Ostösterreich nur in Wien neurochirurgische Betten gibt: 44 Prozent der Patienten sind Nichtwiener. Eine Besserung wird die Neurochirurgische Abteilung im SMZ-Ost mit 32 Betten bringen.

In der Strahlentherapie betrug die Auslastung der belegbaren Betten dagegen nur 64 Prozent, eine Folge des starken Rückganges der Aufenthaltsdauer von 16,6 Tagen im Jahr 1982 auf 10,3 Tage im Jahr 1988 sowie der Tatsache, daß ein großer Teil der Wiener Patienten ambulant behandelt wird. Von den stationären Patienten auf der Universitätsklinik für Strahlentherapie und Strahlenbiologie waren 58,5 Prozent Nichtwiener. Von den Pflagetagen entfielen sogar 67,7 Prozent auf Gastpatienten.

In der Kinderheilkunde betrug die Auslastung trotz einer Abnahme der belegbaren Betten nur 59,14 Prozent.

Neues Diagnoseerfassung-System

Wie der Gesundheitsstadtrat feststellte, hat Wien als einziges Bundesland bereits 1987 in den städtischen Krankenanstalten den ICD-VESKA-Code eingeführt. Daher ist es jetzt erstmals möglich, die Häufigkeit der einzelnen Diagnosen genau zu erfassen. So zeigte z.B. eine Untersuchung von 11 häufigen neurologischen Diagnosen, daß 40 Prozent der Pflagetage der betroffenen Patienten auf neurologischen Abteilungen, aber 60 Prozent auf internen Abteilungen anfielen. In diesem Zusammenhang kündigte Stacher an, daß im Herbst eine Arbeitsgruppe aus Neurologen und Internisten gebildet wird, die Grundlagen für eine sinnvolle Zuordnung der Betten erarbeiten soll.

Patienten aus anderen Bundesländern

Eine große Rolle spielen in den Wiener städtischen Akutspitälern die Gastpatienten aus den anderen Bundesländern. 15,7 Prozent aller Pflagetage entfielen 1988 auf Patienten aus den anderen Bundesländern, 1,1 Prozent auf Ausländer. Eine besonders starke überregionale Bedeutung kommt dabei dem Allgemeinen Krankenhaus zu: Hier entfielen 31,8 Prozent der Pflagetage auf Gastpatienten aus den anderen Bundesländern, 2,4 Prozent auf Ausländer. Im AKH wurden 1988 18.423 Patienten aus den anderen Bundesländern behandelt, darunter 14.406 Patienten aus Niederösterreich.

Innerstädtische Patientenwanderung

Im Zusammenhang mit der Errichtung des Schwerpunktkrankenhauses im SMZ-Ost wies der Gesundheitsstadtrat darauf hin, daß es auch wichtig ist, die innerstädtische „Patientenwanderung“ genau zu durchleuchten. So hat das AKH besonders viele Patienten aus dem ganzen Stadtgebiet, während das Franz-Josef-Spital vorwiegend regionale Bedeutung für Patienten aus dem 10., 12., 5., 11. und 4. Bezirk hat.

Gesundheits- und Spitals-Zielplan

Der neue, zur Zeit in Ausarbeitung befindliche Gesundheits- und Spitals-

Forts. von Blatt 1790

Forts. auf Blatt 1792

Zielplan wird, laut Stacher, natürlich auch die Struktur des neuen Allgemeinen Krankenhauses und des Schwerpunktkrankenhauses im SMZ-Ost mit 800 Betten berücksichtigen. Durch die Inbetriebnahme des Krankenhauses im SMZ-Ost — 1992 und 1994 — werden Patienten möglichst wohnortnah ein Spitalsbett finden können. Eine weitere wichtige Grundlage für den neuen Gesundheits- und Krankenanstalten-Zielplan stellen aber auch die Ergebnisse der Aktion „Medizin und Gesundheit 2000“ dar. Viele der dabei erarbeiteten konkreten Vorschläge werden Berücksichtigung finden.

Patientenvertretung und Patientenbefragung

1975 wurde in den Wiener städtischen Krankenanstalten durch eine Fragebogen-Aktion erstmals erhoben, wie die Patienten mit dem Aufenthalt im Krankenhaus zufrieden waren. Diese Aktion wurde seither mehrmals wiederholt. Auf Grund der Umfragen wurden zahlreiche patientenbezogene Maßnahmen, wie z.B. die Errichtung von kleineren und besser ausgestatteten Krankenzimmern und von Aufenthaltsräumen, gesetzt. Auch das Essen wurde verbessert.

Ergänzend zu den bisher durchgeführten Maßnahmen wird nunmehr, wie Stadtrat Stacher ankündigte, im Elisabeth-Spital eine neue Fragebogenaktion gestartet. Diesmal geht es aber nicht nur um den Zufriedenheitsgrad der Patienten und um Vorschläge für Verbesserungen. Die Patienten werden dabei auch eingeladen, in einer geplanten Patientenvertretung mitzuarbeiten. Die Einbindung der unmittelbar Betroffenen stellt, wie der Gesundheitsstadtrat betonte, einen wichtigen Schritt zur Stärkung der Rechte der Patienten dar. (Schlkuß) zi/bs

Forts. von Blatt 1791

Smejkal: Novellierung des Wiener Kindergartengesetzes

Weniger Kinder in Krippen-, Kindergarten- und Hortgruppen

Wien, 24.8. (RK-KOMMUNAL) Eine Novellierung des Wiener Kindertagesheimgesetzes kündigte Vizebürgermeisterin und Familienstadträtin Ingrid SMEJKAL Donnerstag in einem Pressegespräch an. Mit Inkrafttreten der Verordnung des Magistrats der Stadt Wien zum Wiener Kindertagesheimgesetz am 1. Jänner 1991 wird eine Neufestsetzung (und Verordnung) der Kinderhöchstzahlen in Krippen-, Kindergarten- und Hortgruppen erfolgen, erklärte Smejkal.

Von kollektiver Betreuung zu individueller Förderung

Der städtische Kindergarten hat in Wien nicht nur eine lange Tradition, sondern ist wegen seiner pädagogischen Qualität auch als Bildungseinrichtung anerkannt, sagte Smejkal. Deshalb wurden in Wien große Anstrengungen unternommen, die Vollversorgung mit Kindergartenplätzen für drei- bis sechsjährige Kinder gemeinsam mit gemeinnützigen Organisationen und privaten Trägern zu erreichen.

In dieser Zeit war die Ausschöpfung des vollen Platzangebotes notwendig, das laut Verordnung des Magistrats der Stadt Wien vom 22.12.1967 26 bis 32 Kinder pro Kindergartengruppe zuläßt. Seit Inkrafttreten dieser Verordnung vor mehr als 20 Jahren sind in den pädagogisch-psychologischen Wissenschaften auf dem Gebiet der Kleinkindererziehung neue Erkenntnisse gewonnen worden, die eine Veränderung der Gruppenführung von der vorwiegend kollektiven Betreuung zur individuellen Förderung der Kinder in Kleingruppen zur Folge hatten.

Die Stadt Wien beabsichtigt nun eine Änderung der Verordnung vom 22.12.1967 zum Wiener Kindertagesheimgesetz kündigte Smejkal an. Ziel dieser Novellierung ist es, den Entwicklungen im pädagogischen Bereich Rechnung zu tragen und die Anforderungen im hygienischen Bereich zeitgemäß zu modifizieren. Um den Erhaltern von Kindertagesheimen die Anpassungen an die neue Rechtslage zu erleichtern, wird diese Novelle erst mit 1. Jänner 1991 in Kraft treten.

Weniger Kinder in den Gruppen

Durch die Neufassung der Verordnung, die nun zur Begutachtung ausgesendet wird, sollen die Anforderungen hinsichtlich der räumlichen und ausstattungsmäßigen Bedingungen nach den Erfahrungen der letzten Jahre ausgerichtet und im pädagogischen Bereich Rahmenbedingungen festgesetzt werden, die unabhängig vom Träger der Betriebsbewilligung eine ganzheitliche Förderung der Kinder im Kindertagesheim gewährleisten, unterstrich Smejkal.

Besondere Bedeutung erlangt dabei die Neufestsetzung der Kinderhöchstzahlen in den einzelnen Gruppen. In Kleinkinderkrippen sollen nach der neuen Verordnung 16, höchstens aber 18 Kinder Aufnahme finden, in Kindergarten- und Hortgruppen 25, höchstens aber 28 Kinder.

Wo immer es möglich war, wurde schon in den vergangenen Jahren in städtischen Kindergarten- und Hortgruppen versucht, stufenweise die Zahl 25 zu erreichen; im Arbeitsjahr 1988/89 waren in fast 60 Prozent der Kindergartengruppen und in 73 Prozent der Hortgruppen nicht mehr als 25 Kinder eingeschrieben, sagte die Vizebürgermeisterin.

Die Kinderzahl pro Kindergartengruppe ist im bundesweiten Vergleich in Wien am niedrigsten. Die durchschnittliche Kinderzahl pro Kindergartengruppe in Österreich beträgt 25,2 Kinder, in Wien sind 23,9 Kinder pro Gruppen eingeschrieben.

Wien hat im Bundesländervergleich die meisten Krippen anzubieten. Für

25 Prozent der ein- bis dreijährigen Kinder gibt es in der Bundeshauptstadt einen Krippenplatz, der zu 85 Prozent in städtischen Einrichtungen angeboten wird. Bei 16, maximal 18 eingeschriebenen Kindern sind im Schnitt 12 Kinder anwesend, zog Smejkal Bilanz.

Forts. von Blatt 1793

Bis Ende 1989 fünf Kindertagesheime neu in Betrieb

Der Ausbau der städtischen Kindertagesheime wurde in den letzten Jahren verstärkt fortgesetzt. 1980 waren in 270 Kindertagesheimen 1.170 Gruppen eingerichtet, im September 1989 werden es 1.369 Gruppen in 310 Kindertagesheimen sein. Dadurch wird neben der besseren Regionalisierung auch die Reduktion der Kinderzahlen möglich. Auch der weitere Ausbau des Kindertagesheimnetzes wird den Zielen der Regionalisierung und der Qualitätsverbesserung durch kleinere Kindergruppen dienen. Zwischen September und Dezember 1989 werden fünf weitere städtische Kindertagesheime mit insgesamt 20 Gruppen den Betrieb aufnehmen:

- Wien 11., Lorystraße 46: 1 Kleinkinderkrippe, 1 Kindergartengruppe;
- Wien 16., Degengasse 70: 1 Kleinkinderkrippe, 2 Kindergartengruppen;
- Wien 21., Hopfengasse 7: 1 Kleinkinderkrippe, 1 Kleinkinderkrippe II, 3 Kindergartengruppen;
- Wien 23., Ewald-Balser-Str. I: 2 Kleinkinderkrippen, 3 Kindergartengruppen;
- Wien 23., Ewald-Balser-Str. II: 3 Kindergartengruppen, 2 Hortgruppen;

Für das Jahr 1990 ist die Fertigstellung von vier weiteren Kindertagesheimen mit 15 Gruppen geplant, kündigte Smejkal an. (Forts.mgl.) jel/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressesport-Verlag, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133940, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 25. August 1989

Blatt 1795

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Hatzl: Meßergebnisse wurden veröffentlicht (1796/FS: 24.8.)
- Goldenes Ehrenzeichen für Paul Lendvai (1797/FS: 24.8.)
- Ferenspieler besuchen Polizisten (1798)
- Neues Landesgesetz über die Ausbildung zum praktischen Arzt (1799)
- Bauarbeiten in der kommenden Woche (1800)
- Terminvorschau vom 28. August bis 6. September (1801)
- Handlungsprogramm für die alten Ortskerne (1802)
- Tag der offenen Tür am 16. September (1803)
- Am Sonntag: Gesundheitsdienst im Laaerbergbad (nur FS)

Sport:

- Montag Pressekonferenz von Sportstadtrat Häupl (nur FS)

Hatzl: Meßergebnisse wurden veröffentlicht

Wien, 24.8. (RK-KOMMUNAL) „Abgeordneter Peter Pilz wird bei seiner heutigen Neuauflage der Flötzersteig-Verunsicherungskampagne immer eigenartiger“, erklärte Energiestadtrat Johann HATZL gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. „Nachdem er mit seinen ursprünglichen Behauptungen nicht durchgekommen ist, versucht er es nun so darzustellen, als wären die in den letzten Jahren durchgeführten Emissionsmessungen geheim. Das Gegenteil ist der Fall: In einer ganzen Reihe von Publikationen unter anderem der Magistratsabteilung 22, der Arbeitsgemeinschaft Kritische Chemie, des TÜV und der HBW sind die Meßergebnisse veröffentlicht worden und für jedermann einsehbar. Gerade dadurch wissen wir ja, daß die Wiener Müllverbrennungsanlagen nach dem Einbau der Rauchgasreinigungsanlagen weltweit zu den saubersten gehören und keinerlei Gefahr für die Bevölkerung darstellen. Mit seinen heutigen Behauptungen zerbröseln der letzte Funken Glaubwürdigkeit von Pilz“, schloß Hatzl. (Schluß) roh/sk

Bereits am 24. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Goldenes Ehrenzeichen für Paul Lendvai

Wien, 24.8. (RK-KOMMUNAL) Der bekannte Journalist und Publizist Prof. Paul LENDVAI, nunmehriger Intendant von Radio Österreich International, erhielt Donnerstag nachmittag von Landeshauptmann Dr. Helmut Zilk das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Lendvai, dessen Lebensweg, so Zilk, „als ein Stück Zeitgeschichte Mitteleuropas“ gelten kann, hat auch nach seiner 1957 erfolgten Emigration aus Ungarn immer für einen Weg der Verständigung über die Systeme hinweg plädiert, er war ein früher Vorbereiter der heute in Ost und West vorsichgehenden Entwicklung.

An der Ehrung Lendvais, der übrigens heute, Donnerstag, seinen 60. Geburtstag feiert, nahm eine Reihe von Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und der Journalistik teil, Bundeskanzler Dr. Franz VRANITZKY ließ durch den Landeshauptmann einen Brief übergeben. (Schluß) sei/sk

Bereits am 24. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet



Foto: PID/Hutterer

Ferienspieler besuchen Polizisten

Wien, 25.8. (RK-LOKAL) „Besuch bei Freunden“ heißt die Aktion, bei der Polizeibeamte Teilnehmer des Wiener Ferienspiels in ihren Wachzimmern begrüßen, sie über ihre Aufgaben informieren und eine persönliche Notfallkarte für jeden Ferienspieler ausfüllen. Die Polizeibeamten helfen Ferienspielern auch bei der Lösung eines Rätsels. Noch bis 3. September jeweils Dienstag bis Sonntag von 9 bis 18 Uhr können Ferienspieler im nächsten Polizeiwachzimmer vorbeischauen. (Schluß) jel/sk

Neues Landesgesetz über die Ausbildung zum praktischen Arzt

Wien, 25.8. (RK-KOMMUNAL) Auf der Grundlage einer Änderung des Ärztegesetzes hat das Amt der Wiener Landesregierung nun den Entwurf für ein Ausführungsgesetz fertiggestellt, das die Anzahl der in Krankenanstalten in Wien auszubildenden praktischen Ärzte neu festsetzt. Dieser Gesetzesentwurf wird in den Magistratischen Bezirksämtern zur Einsicht aufgelegt.

Das Gesetz gilt für jene allgemeinen Krankenanstalten — ausgenommen die Universitätskliniken — und für bestimmte Bereiche von Sonderkrankenanstalten, die als Ausbildungsstätten zum praktischen Arzt anerkannt sind. In diesen Anstalten ist — rückwirkend mit 1. Jänner 1989 — für je 15 systemisierte Betten mindestens ein in Ausbildung zum praktischen Arzt stehender Arzt zu beschäftigen. Bis zu diesem Datum galt ein Verhältnis von einem auszubildenden Arzt auf 20 Betten.

Im Bereich der städtischen Krankenanstalten führt die Neuregelung allerdings zu keiner Vermehrung der Ausbildungsplätze für praktische Ärzte. Die Stadt Wien erfüllt die neue Norm schon seit Jahren. Derzeit wird in den städtischen Spitätern bereits ein Arzt pro 13 Betten ausgebildet.

Der Entwurf für das neue Landesgesetz liegt mit den erläuternden Bemerkungen in der Zeit vom 28. August bis 29. September in den Magistratischen Bezirksämtern auf. Man kann dort in den Gesetzesentwurf von Montag bis Mittwoch und Freitag von 8 bis 15.30 Uhr und Donnerstag von 8 bis 17.30 Uhr Einsicht nehmen und auch schriftliche Stellungnahmen dazu abgeben.
(Schluß) sc/bs

Bauarbeiten in der kommenden Woche

Wasserrohrarbeiten in der Ungargasse

Wien, 25.8 (RK-KOMMUNAL) In der Ungargasse vor Nummer 60 beginnen am 28. August Arbeiten zur Herstellung einer Wasserrohrabzweigung, die zwei Wochen lang dauern werden. Die Fahrbahn wird auf zwei Fahrstreifen eingeengt.

Fahrbahnbelag Wagrainer Straße

In der Wagrainer Straße vom Rautenweg bis zur Ostbahnunterführung wird ab 28. August der Fahrbahnbelag der stadteinwärts führenden Fahrbahn erneuert. Auf eine Länge von 200 Metern wird der Verkehr mit Postenregelung durchgeschleust. Die Arbeiten werden rund zwei Wochen dauern.

Straßeninstandsetzung Gudrunstraße

Nach Kanalbauarbeiten muß die Gudrunstraße zwischen der Leinäckergasse und der Ostbahnunterführung wieder instandgesetzt werden. Die Arbeiten werden tagsüber zwischen 8 und 16 Uhr unter Freihaltung einer Restfahrbahn pro Fahrtrichtung durchgeführt. Sie dauern ab 28. August zwei Wochen.

Rechtsabbiegespur Himberger Straße

In der Himberger Straße wird eine Rechtsabbiegespur für den Verkehr stadteinwärts in die Leopoldsdorfer Straße errichtet sowie der Fahrbahnbelag im Bereich der Kreuzung saniert. Die wegen einer Baustelle bestehende Einbahnführung der Leopoldsdorfer Straße stadteinwärts muß deshalb aufrecht erhalten werden. Der Verkehr auf der Kreuzung wird mit einer Ampel geregelt. Die am 28. August beginnenden Arbeiten werden voraussichtlich elf Wochen dauern. (Schluß) roh/bs

Terminvorschau vom 28. August bis 6. September

Wien, 25.8. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 28. August bis 6. September hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 28. AUGUST:

10.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Häupl, Ruder-WM und andere Sportthemen (Donauturm)

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 29. AUGUST:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Überreichung eines Ehrenzeichens an Dr. Gert Riesenfelder, Gen.Dir. von IBM-Österreich, durch Bgm. Zilk (Arbeitszimmer)

MITTWOCH, 30. AUGUST:

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl, Heizbetriebe (HBW)

13.00 Uhr, Überreichung eines Ehrenzeichens an Oberstadtphysikus Dr. Ermar Junker durch Bgm. Zilk (Arbeitszimmer)

DONNERSTAG, 31. AUGUST:

10.30 Uhr, Pressekonferenz der WBG mit StR. Hatzl, BV Schultz und Gen.Dir. Übleis, Baubeginn für die Verlängerung der Südost-Tangente Richtung Hirschstetten (PID)

FREITAG, 1. SEPTEMBER:

10.00 Uhr, Pressekonferenz Bgm. Zilk, StR. Häupl, Ausstellung „Alles fließt“ (PID)

11.00 Uhr, Eröffnung der Ausstellung „Alles fließt“ (Rathaus, Volkshalle)

14.00 Uhr, Überreichung eines Ehrenzeichens an Karl Wlaschek, Vors. der Billa-Warenhandels AG, durch Bgm. Zilk (Arbeitszimmer)

SAMSTAG, 2. SEPTEMBER:

16.00 Uhr, Dahlientaufe im Donaupark, StR. Häupl

MONTAG, 4. SEPTEMBER:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Landtmann)

DIENSTAG, 5. SEPTEMBER:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

MITTWOCH, 6. SEPTEMBER:

12.30 Uhr, Spatenstich für die Verlängerung der Südost-Tangente (Schluß) red/bs

Handlungsprogramm für die alten Ortskerne

Wien, 25.8. (RK-KOMMUNAL) Anlässlich eines Lokalausweises präsentierten gestern Donnerstag, Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA und Bezirksvorsteher Albert SCHULTZ ein „Handlungsprogramm“ für die Alten Ortskerne.

Das in Diskussion stehende Handlungsprogramm bezieht sich vorerst auf zwölf Ortskerne in den Bezirken 11, 21, und 22: Kaiserebersdorf, Albern; Strebersdorf, Stammersdorf, Großjedlersdorf, Leopoldau; Süßenbrunn, Kagran, Breitenlee, Hirschstetten, Aspern, Eßling.

Aus Gründen der Dringlichkeit, der Kapazität und der Finanzierbarkeit werden diese Ortskerne in unterschiedlicher Intensität, mit verschiedenen Zielsetzungen und schrittweise in Bearbeitung genommen.

Begonnen wird voraussichtlich noch heuer mit der Beauftragung von zwei Betreuerteams. Diese sollen mit der Arbeit in den Ortskernen Eßling und Süßenbrunn unter möglichst intensiver Bevölkerungsbeteiligung beginnen; schrittweise soll die Arbeit dann auf Aspern bzw. Breitenlee ausgedehnt werden.

Für diese vier Ortskerne sollen umfassende Entwicklungsprogramme erstellt werden, die von Kurzfristmaßnahmen im öffentlichen Bereich über Bauberatung bis zur Vision langfristiger Entwicklungsstrategien reichen.

Zeitversetzt können diese umfassenden Betreuungsmaßnahmen in weiteren Ortskernen fortgesetzt werden (z.B. Kagran, Leopoldau, Albern).

In den übrigen Ortskernen, wo in den letzten Jahren praktisch durchwegs Planungsschwerpunkte in Form von Stadtteilplanungen gesetzt wurden, ist eine Grundstufe der permanenten Ortskernbetreuung vorgesehen. Inhaltlich werden dabei Maßnahmen zur Aktivierung der Ortskerne im Vordergrund stehen. Eine spezifische Bauberatung zur Hebung der Bauge-sinnung, Gestaltungsmaßnahmen im öffentlichen Raum oder die Beseitigung bzw. Verbesserung von Bausünden und „Schandflecken“ ist darunter zu verstehen. Dafür sollen noch heuer Architekten beauftragt werden, die, mit den Ortskernen des 21. Bezirkes beginnend, diese Betreuung wahrnehmen. Wesentlich erscheint weiters, die Zugänglichkeit der bestehenden Förderungsmöglichkeiten von Sanierungen für Private zu erleichtern. (Schluß) lf/bs

Tag der offenen Tür am 16. September

Wien, 25.8. (RK-KOMMUNAL) Gesundheit, Umwelt und Menschlichkeit sind die Schwerpunktthemen des Tages der offenen Tür, der heuer am Samstag, dem 16. September von 9 bis 18 Uhr im Wiener Rathaus stattfindet.

Unter der fachlichen Leitung von Professor Willi DUNGL kann man in einem Bio-Zentrum im Arkadenhof Wissenwertes zum Thema Gesundheit und Fitness erfahren und auch gleich in der Praxis testen, wie es um die persönliche Gesundheit bestellt ist. So werden z.B. Herz-Kreislauf-Messungen, genaue Gewichtskontrollen und Elektro-Akupunktur durchgeführt. Die Besucher können sich auch von Fachleuten über Fitness- und Ernährungsprogramme beraten lassen. Auf einer Bühne im Arkadenhof plaudern Prominente aus der Welt des Sports über Training, Ernährung etc. Weiters gibt es ein buntes Showprogramm mit Schauwettkämpfen und Gymnastik-Vorführungen. Zur Stärkung zwischendurch kann man Schmankerln aus der Bio-Küche verkosten.

Auf dem Rathausplatz kommen heuer speziell die jüngsten Besucher auf ihre Rechnung. Kasperlbus, Verkehrskindergarten und ein Streichelzoo sind nur einige der Programmpunkte.

Wie jedes Jahr wird auch heuer wieder der Festsaal in ein großes Kaffeehaus verwandelt. Lore KRAINER, Cissy KRANER und Hugo WIENER sorgen für gute Stimmung. Bei einer Kaffeehaus-Ausstellung kann man sich über diese beliebte Wiener „Insitution“ informieren.

Die traditionellen Rundfahrten sind heuer dem Thema Gesundheit gewidmet. Die Busse fahren u.a. ins neue AKH, ins Krankenhaus Lainz sowie zum künftigen Krankenhaus SMZ Ost. Für alle, die sich für den Krankenpflegeberuf interessieren, gibt es eine spezielle Fahrt zur Krankenpflegeschule des Wilhelminenspitals, weiters kann das Haus Brigittenau des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime besucht werden. (Schluß) du/sk

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressesum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Satz: In der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 28. August 1989

Blatt 1804

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Info-Bus der Gaswerke in der Schippani-Siedlung (1805/FS: 26.8.)
- Ferienspiel-Prater-Abschiedsfest am Dienstag (1806/FS: 27.8.)
- Sperre der Faradaygasse (1807)
- Wiener ÖVP kritisiert „Baustellenchaos“ im Sommer (1812)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)
- Mittwoch Bilanzpressekonferenz der HBW (nur FS)

Bezirke:

- Neuer Flächenwidmungsplan in Hietzing (1808)

Kultur:

- Konzert der Gardemusik Wien (1807)

Sport:

- Vorbereitungen für die Kanu-Junioren-WM und Ruder-WM 91 auf der Neuen Donau voll angelaufen (1809/1810)
- 16. September: Sportfest im Stadion (1811)
- Zwischenbericht der Studie „Effizienz der Wiener Sportvereine“ (1813)

Info-Bus der Gaswerke in der Schippani-Siedlung

Wien, 26.8. (RK-LOKAL) Der Info-Bus der Gaswerke fährt auch heuer wieder zu Wohn- und Gartensiedlungen, die der Gasversorgung erschlossen werden sollen und deren Bewohner damit das Angebot einer umweltfreundlichen und bequemen Heizung erhalten. Diesmal ist die Schippani-Siedlung an der Reihe. Im Info-Bus gibt es die Möglichkeit, allgemeine Informationen über die Gasheizung zu erhalten beziehungsweise sich für eine gezielte Beratung anzumelden.

28. August — 1. September
Schippani-Siedlung
Standort: 22, Klopfergasse bei Haus 12
(Schluß) roh/sk

Bereits am 26. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Ferienspiel-Prater-Abschiedsfest am Dienstag

Wien, 27.8. (RK-KOMMUNAL) Seit 4. Juli können die Wiener Kinder im Rahmen des Ferienspiels jeden Dienstag Ermäßigungen und Freifahrten im Wurstelprater genießen. Am kommenden Dienstag, dem 29. August, ist es für heuer zum letzten mal soweit. Von 10 bis 16 Uhr findet am Informationsstand beim Riesenrad die Gutscheinausgabe statt. Für jedes Ferienspiel-Kind gibt es ein Überraschungsgeschenk. Um 16 Uhr steigt dann das große Ferienspiel-Prater-Abschiedsfest mit viel Musik, bekannten Sportlern und der Preisverlosung der Prater-Tombola. (Schluß) em/bs

Bereits am 27. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Sperre der Faradaygasse

Wien, 28.8. (RK-KOMMUNAL) Morgen, Dienstag, beginnen im 3. Bezirk in der Faradaygasse zwischen der Franz-Grill-Straße und der Hüttenbrennergasse Bauarbeiten für eine Fernwärmeleitung, die rund vier Monate dauern werden. Für diese Zeit muß die Faradaygasse in diesem Bereich komplett für den Verkehr gesperrt werden. Die Autobushaltestelle der Linie „69 A“ wird in die Arsenalstraße verlegt. Der Individualverkehr wird über Arsenalstraße — Hüttenbrennergasse — Gänsbachergasse umgeleitet. (Schluß) roh/bs

Konzert der Gardemusik Wien

Wien, 28.8. (RK-KULTUR) Morgen, Dienstag, findet am Rathausplatz das 3. Konzert der Gardemusik Wien im Rahmen des Musiksommers statt. Die Veranstaltung beginnt um 17 Uhr, der Eintritt ist frei. (Schluß) red/bs

Neuer Flächenwidmungsplan in Hietzing

Wien, 28.8. (RK-BEZIRKE) Für einen Teil von Ober St. Veit im 13. Bezirk wurde ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan (Plan Nr. 6105) ausgearbeitet. Das Plangebiet zwischen Schweizertalstraße, Einsiedeleigasse, Gemeindeberggasse, Köchelgasse, Stock im Weg, Ghelengasse, Gusindegasse, Josef-Pommer-Gasse, Veitlissengasse, Adolfstorgasse und Erzbischofgasse umfaßt etwa 32 Hektar mit 1.700 Einwohnern.

Es ist ein reines Wohngebiet mit einem hohen Anteil an privaten Grünflächen. Bei der Planung stehen folgende Ziele im Vordergrund: die Sicherung des erhaltenswerten Stadtbildes und der charakteristischen Straßenräume; die Festsetzung unterschiedlicher Gebäudehöhen zur Erhaltung des charakteristischen Erscheinungsbildes; die Erhaltung und Sicherung der kulturhistorisch wertvollen Bausubstanz (Schutzzone); die Erhaltung der räumlich zusammenhängenden Hausgärten in den Blockinnenflächen; die Sicherung des wertvollen Baumbestandes; die Sicherung der Freihaltung von Zugangsmöglichkeiten zu den an das Plangebiet angrenzenden Ausläufern des Wienerwaldes.

Der Entwurf liegt vom 31. August bis 28. September, während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. Zusätzlich stehen in diesem Zeitraum jeden Donnerstag jeweils von 14 bis 17.30 Uhr Mitarbeiter der MA 21 in der Bezirksvorstehung, 13, Hietzinger Kai 1-3, für Auskünfte und Beratung zur Verfügung. (Schluß) end/bs

Vorbereitungen für die Kanu-Junioren-WM und Ruder-WM 91 auf der Neuen Donau voll angelaufen

Wien, 28.8. (RK-SPORT/KOMMUNAL) Wie Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL heute, Montag, in einem Pressegespräch mitteilte, sind die Vorbereitungsarbeiten für die Kanu-Junioren-WM und die Ruder-WM, die Ende Juli bzw. Mitte August 1991 auf der Neuen Donau unterhalb der Steinspornbrücke durchgeführt werden, voll angelaufen.

Das Interesse für diese Großveranstaltung, die anlässlich des 100jährigen Bestandsjubiläums an den Österreichischen Ruder-Verband vergeben wurde, ist beachtlich. So rechnet man mit ca. 1.800 Aktiven und Betreuern aus 50 Nationen bei der Ruder-WM und rund 350 Teilnehmern aus 30 Nationen bei der Kanu-Junioren-WM, die nunmehr definitiv vom 26. bis 29. Juli — um eine Woche vorverlegt — stattfinden wird. Für die Organisation zeichnet das Sportamt der Stadt Wien und das BMUKS in Zusammenarbeit mit den beiden Verbänden verantwortlich.

An Hand eines Modelles und von Skizzen erläuterte Sportstadtrat Dr. Häupl das künftige WM-Organisationszentrum in der Nähe der Steinspornbrücke, das streng nach den Vorgaben der FISA (Intern. Ruderverband) gebaut und später zu einer Bootshalle umfunktioniert werden wird. Die Bauarbeiten werden im Herbst dieses Jahres planmäßig begonnen. Mit einem Kostenaufwand von 14 Millionen Schilling wird eine Anlage errichtet, die im Sinne einer Nachnutzung für den Wassersport in der Bundeshauptstadt später als ständige Einrichtung bleiben soll. Die Gesamtfläche des Untergeschosses beträgt 340 Quadratmeter, die des Obergeschoßes 280 Quadratmeter. Die Gesamtfläche des Verbindungstraktes ist mit 393 Quadratmetern gegeben. Im Zielturm sind Zielrichter, Sprecher, Datenausarbeitung sowie die Wettkampfleitung untergebracht. Die Fläche beträgt 108 Quadratmeter.

Als Bauform wurde eine gegliederte Hofform, bei der nur der Zielturm als Baukörper optisch in Erscheinung tritt, gewählt. Das Erscheinungsbild der übrigen Baulichkeiten wurde durch die Einbindung in die Inseloberfläche (Absenkung um zwei Meter und begrüntes Dach) stark reduziert. Die Bauarbeiten werden bereits im nächsten Jahr abgeschlossen.

Neue Donau, 2. Ausbaustufe - Bereich Steinspornbrücke - Ruder-WM-Strecke

Im Zuge der 2. Ausbaustufe ist eine Reihe von Maßnahmen geplant, um eine bessere Nutzung der Donauinsel durch die Bevölkerung zu erreichen. In terminlicher Hinsicht wurde die Herstellung der einzelnen Einrichtungen so geplant, daß eine Nutzung bereits zum Zeitpunkt der Ruder-WM 1991 bzw. bei der Probe-WM 1990 möglich ist. Insgesamt wird von den Maßnahmen ein Gebiet von rund drei Kilometer Länge im Bereich der Stromkilometer vier bis sieben der Neuen Donau (stromab der Steinspornbrücke) erfaßt.

Maßnahmenkatalog

• Uferböschungen und Stiegenanlagen

Die auf der Basis des rein technisch konzipierten Hochwasserschutzes vorhandenen Uferböschungen sollen durch das Zurückschieben der oberen Böschungskante wesentlich flacher gestaltet werden. Durch eine entsprechende Abtreppung werden zusätzliche Liegeplätze für die Badegäste geschaffen. Diese abgetrepten Uferbereiche können nun bei der WM 1991, sowie bei ähnlichen Veranstaltungen ergänzt durch mobile Einrichtungen als Zuschauertribünen Verwendung finden. Die

Forts. auf Blatt 1810

Ufergestaltung wird durch Gestaltungselemente (Bastion, Mast, Stufenanlagen) ergänzt.

- Holzsteg über den Toten Grund
- Reffeinrichtung für das bei Veranstaltungen notwendige „Albano-system“, um kurzfristig die Möglichkeit der Mäharbeiten in der Neuen Donau zu gewährleisten.
- Floßanlagen für Badebetrieb und Rettungsboote (bei Veranstaltungen als Anlege-, Start- und Siegerfloß nutzbar)
- Anlegestellen und Slipanlagen (Mähboot); Zwischenlager für Mähgut, Umkehrplatz für Betriebsfahrzeuge
- Sonstige Einrichtungen wie Starthäuschen, Zwischenzeitnehmung, Leitungsführungen für die Zeitnehmung, etc.; Die Einrichtungen sind so konzipiert, daß eine Nachnutzung für den Badebetrieb möglich ist (Nottelefon, Rettungskabinen, Kleinlagerplätze etc.)

(Schluß) hof/du/bs

Forts. von Blatt 1809

16. September: Sportfest im Stadion

Wien, 28.8. (RK-SPORT/LOKAL) Mit einem reichhaltigen und abwechslungsreichen Programm, das auch beste Unterhaltung garantiert, wird am 16. September im Wiener Stadion ein großes Sportfest stattfinden. von Nachwuchsbands über einen Kindercorner und einen Sportcorner, wo zahlreiche Sparten vorgestellt werden, bis zur Kleinkunst wird ab 13 Uhr jedermann bei freiem Eintritt viel geboten.

Stadtrat Dr. Michael HÄUPL wies Montag in einer Pressekonferenz auch auf zahlreiche sportliche Höhepunkte hin, die an diesem Nachmittag auf die Besucher warten. Zwischen 13 und 18 Uhr gibt die American-Football-Mannschaft „Vienna Ducks“ Kostproben ihres Könnens, um ca. 14 Uhr ist das Finale des 1000 x 1 Meile-Laufs angesetzt, der am 12. September im Praterstadion beginnt und bei Gelingen Aufnahme im Guinness-Buch der Rekorde finden soll. Als erster Mensch springt Ken GROVE vom Dach des Wiener Stadions in ein nur drei Meter tiefes Wasserbecken.

Auch das riesige Dach des Stadions wird in die Aktivitäten miteinbezogen. So wird erstmals ein Seiltänzer aus Frankreich ohne Netz versuchen, von einer Seite auf die andere Seite des Stadionsdaches zu balancieren.

Am 16. September werden von 13 bis 19 Uhr somit an ca. 50 Stationen kostenlose Programme aus der Sport-, Kultur- und Unterhaltungsszene geboten.

Außerdem wird die Liliputbahn zum halben Fahrpreis vom Prater zum Stadion und kostenlos vom Stadion zum Prater verkehren. Für die Fahrt mit dem Riesenrad gibt es Gratiskarten.

Am Abend findet im Stadion ein Konzert der amerikanischen Popgruppe „Beach Boys“ statt (ab 20 Uhr). (Schluß) hof/bs

Wiener ÖVP kritisiert „Baustellenchaos“ im Sommer

Wien, 28.8. (RK-KOMMUNAL) In einer Pressekonferenz kritisierte am Montag ÖVP-Gemeinderat Dipl.-Ing. Roderich REGLER, das, wie er sagte, alljährliche Baustellenchaos im Sommer. Bei einer Überprüfung von 17 Baustellen an wichtigen Hauptverkehrsstraßen seien neun Baustellen ohne Bauarbeiter angetroffen worden, sagte Regler. Die ÖVP fordere daher einen verstärkten Einsatz von Bauarbeitern, eine Koordination der Straßenbaumaßnahmen, eine langfristige Planung sowie die entsprechende Bereitstellung von Budgetmitteln, straffere Terminpläne sowie eine verstärkte Einbindung der Bezirksvertretungen und der Bezirksvorsteher in die Baustellenkoordination

„Tempo 30-Zonen“ rascher verwirklichen

Regler sprach sich weiters für die rasche Verwirklichung der „Tempo 30-Zonen“ in den Wohngebieten aus. Eine Reihe von Argumenten, wie die erhöhte Sicherheit, die Verringerung der Lärmbelastigung und der Abgasbelastung sowie ein nur geringer Zeitverlust sprächen für diese Zonen. Regler forderte Verkehrsstadtrat Hatzl auf, jene Hauptstraßen bekanntzugeben, in denen wegen ihrer Bedeutung für den Verkehr eine Einbeziehung in die Tempo 30-Regelung nicht in Frage komme. Die Festlegung der Tempo 30-Zonen sollte in die Zuständigkeit der Bezirke fallen. (Schluß)
fk/sk

Zwischenbericht der Studie „Effizienz der Wiener Sportvereine“

Wien, 28.8. (RK-SPORT) Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL legte Montag in einer Pressekonferenz auch einen Zwischenbericht über eine Umfrage vor, die unter dem Titel „Effizienz der Wiener Sportvereine“ von der Stadt Wien in Auftrag gegeben worden war. Wie Häupl betonte, gehe daraus hervor, daß sich zwei Drittel der Befragten durch die Medien über Sportereignisse informieren und erst in zweiter Linie direkt dabei sein wollen. Die Mehrheit der Befragten nannte als Gründe, weshalb sie dem Sportplatz fernbleiben:

1. Keine Zeit
2. Im TV sieht man es besser
3. Andere Gründe
4. Das Publikum wirkt störend.

An den Eintrittspreisen liegt es jedenfalls nicht, daß das Interesse für den Sportplatzbesuch zurückgegangen ist, geht aus dieser Untersuchung hervor.

Die Hitparade der beliebtesten Sportarten:

1. Schi
2. Fußball
3. Tennis
4. Schwimmen
5. Radsport

Weiters zeigte die Befragung, daß Steuergelder insbesondere für den Breitensport zur Verfügung gestellt werden sollen und nicht für den Spitzensport. (Schluß) hof/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 29. August 1989

Blatt 1814

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Mayr: Kann Vorerhebungen weder bestätigen noch dementieren (1823)

Spitalsreformkommission nimmt im September ihre Arbeit auf (1824-1826)

Kommunal/Lokal:

Rampe Donaustadtstraße — Praterbrücke wird Dienstag für den Verkehr freigegeben
(1815/FS: 28.8.)

Stacher begrüßte Weltkonferenz der Operationsschwestern (1816)

Zehn Jahre Bürgerdienst „für alle und alles“ (1817)

Erleichterungen bei Einbürgerungen (1818/1819)

Neue, schnelle Verbindung Floridsdorf — Heiligenstadt (1820)

„Aktion Erdgasheizung“ von Stadtwerken und Banken (1821/1822)

Häupl: Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen als umweltpolitischer Beitrag
zur Weltausstellung 1995 (1827)

Umleitung im 19. Bezirk bei der Billrothstraße aufgeboben (nur FS)

Schrecklicher Arbeitsunfall im Rinterzelt (nur FS)

Rampe Donaustadtstraße – Praterbrücke wird Dienstag für den Verkehr freigegeben

Bereits am 28. August 1989
über Fernschreiber ausgeendet!

Wien, 28.8. (RK-KOMMUNAL) Morgen, Dienstag, den 29. August, um 20 Uhr wird — zwei Monate früher als ursprünglich geplant — die neue Rampe Donaustadtstraße — Praterbrücke für den Verkehr freigegeben. In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch werden noch Bodenmarkierungen durchgeführt. Durch das neue Verkehrsbauwerk, mit dessen Errichtung im Frühjahr 1988 begonnen worden war, ist eine wesentliche Verbesserung der Verkehrssituation in diesem neuralgischen Bereich zu erwarten.

Aufgrund der bestehenden Anlageverhältnisse im Knoten Kaisermühlen war es durch die relativ kurzen Verflechtungsbereiche von der Donaustadtstraße zur Praterbrücke bzw. vom Verteilerkreis zur Praterbrücke immer wieder zu Schwierigkeiten und auch zu einer Häufung von Verkehrsunfällen gekommen. Mit der Verkehrsfreigabe der neuen Verbindungsrampe zwischen Donaustadtstraße und Praterbrücke wird dieser Unfallhäufungspunkt nunmehr beseitigt. Der verbleibende Straßenzug dient überwiegend zur Auffahrt von der Donaustadtstraße zur Donauuferautobahn bzw. für die Relation Ölhafen — A 23. Durch die Ummarkierung der Fahrstreifen wird eine konfliktfreie Auffahrt von der Donaustadtstraße zur Donauuferautobahn gewährleistet. (Schluß) ger/sk

Stacher begrüßte Weltkonferenz der Operationsschwestern

Internationale Fortbildungsveranstaltung mit 1.500 Teilnehmern

Wien, 29.8. (RK-KOMMUNAL) In Vertretung von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK begrüßte Dienstag vormittag der Wiener Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER die Teilnehmer an der VI. Weltkonferenz der Operationsschwestern und -pfleger. Zu der Tagung, die von Dienstag bis Freitag im Austria Center Vienna stattfindet, haben sich rund 1.500 Operationsschwestern und -pfleger aus 40 Staaten angemeldet. Thema der Fortbildungsveranstaltung sind in 11 Arbeitskreisen unter anderem der Mangel an Operationsschwestern, neue chirurgische Techniken, Wiederherstellungschirurgie, Infektionskrankheiten, Forschungsarbeiten über die Tätigkeit von OP-Schwestern und -pflegern, die Pflege älterer Patienten während der Operation und die Entwicklung in der Schmerzbekämpfung.

Stadtrat Stacher unterstrich in seiner Begrüßungsansprache, daß die Tätigkeit des Krankenpflegepersonals im Operationsdienst nicht hoch genug eingeschätzt werden könne. Die Anforderungen an die physische und psychische Belastbarkeit, an die manuelle Geschicklichkeit und an die Fähigkeit zu konzentrierter und flexibler Teamarbeit seien sehr groß. Die operativen Möglichkeiten von heute seien vor 10 Jahren noch unmöglich, vor 30 Jahren noch eine Utopie gewesen. Die Ausweitung der operativen Methoden habe eine Zunahme an technischen Geräten und Verfahrensweisen gebracht, die den Patienten häufig ängstigen. Deshalb sei es umso wichtiger, daß Operationsschwestern und -pfleger den Patienten mitfühlend und auf seine Ängste eingehend während des gesamten Operationsvorganges — von der Vorbereitung bis zum Aufwachen — begleiten. Diese Tätigkeit des Pflegepersonals im Operationsdienst sei — neben der eigentlichen Arbeit im OP-Bereich — eine wesentliche Komponente in einem humanen Krankenhaus.

Die Weltkonferenz in Wien wird von der Vereinigung der Operationsschwestern mit Sitz in Denver, Colorado, organisiert. Diese Organisation hat 41.000 Mitglieder in den Vereinigten Staaten, aber auch Mitglieder aus mehr als 40 anderen Staaten. Die Wiener Weltkonferenz ist die sechste nach Veranstaltungen in Manila, Lausanne, Honolulu, Den Haag und Singapur. (Schluß) sc/gal

Zehn Jahre Bürgerdienst „für alle und alles“

Wien, 29.8. (RK-KOMMUNAL) Nimmt man nur die Summe der Wünsche, Anfragen, Beschwerden, die seit seiner Gründung zu ihm kamen, dann hat ihn schon mehr als die gesamte Wiener Bevölkerung in Anspruch genommen: den Bürgerdienst, die Serviceeinrichtung „für alle und alles“, die heuer zehn Jahre alt wird. Rund 1,88 Millionen seit 1979 von den MitarbeiterInnen der 13 Bürgerdienststellen bearbeitet. Eine kleine Bilanz über den vom damaligen Kulturstadtrat und jetzigen Bürgermeister Dr. Helmut ZILK im Februar 1979 offiziell geschaffenen Bürgerdienst zog Stadträtin Christine SCHIRMER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

1979, im ersten Bürgerdienst-Jahr, wurden zehn Außenstellen geschaffen, Zentrale des Bürgerdienstes war damals die Stadtinformation. Heute verfügt der Bürgerdienst über insgesamt 13 Bürgerdienst-Stellen sowie das Mobile Büro. Endziel ist nach wie vor die Errichtung einer Bürgerdienst-Stelle in jedem Bezirk.

Seit Ende 1987 ist allerdings die Stadtinformation nicht mehr die Zentrale des Bürgerdienstes, da sich der Arbeitsschwerpunkt der Stadtinformation immer mehr zu Freizeit- und Veranstaltungsinformationen verlagerte. Deshalb wurde im Rathaus, dem Büro der Geschäftsgruppe Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und — eben — Bürgerdienst angegliedert, eine neue Bürgerdienst-Zentrale, gleichzeitig Bürgerdienst-Stelle für den 1. und 8. Bezirk, geschaffen.

Information über Leistungen und Angebote der Stadtverwaltung und anderer Körperschaften sowie diverser Informations- und Beratungsstellen, Entgegennahme und Weiterleitung von Meldungen über Mißstände, Beratung und Hilfe bei Problemen, zum Beispiel Belästigungen durch Lärm, Geruch und Rauch, Verkehrsprobleme, Gerümpelablagerungen, verschmutzte Gehsteige und Grünflächen, Schneeräumung, winterliche Gehsteigbetreuung, nicht entfernter Streuriesel, Konsumentenprobleme, Mißstände bei Baustellen usw. haben sich als Schwerpunkte der Arbeit des Bürgerdienstes ergeben.

Dazu kamen Sonderaktionen wie Entgegennahme von Kleidungsstücken für italienische Erdbebenopfer, Entgegennahme von Altmedikamenten bis zur Rücknahme durch die Apotheken, Informationsstelle über Glykolwein, Anlaufstelle für die Aktion „vergünstigtes Parken in Garagen“, Entgegennahme von Vorschlägen im Rahmen der Vorschlagsaktion des Bürgermeisters, Anlaufstelle für Firmen und Kunden im Rahmen der Aktion „umweltbewußt einkaufen“.

Der Bürgerdienst besitzt seit Mai 1985 außerdem ein Mobilbüro für Einsätze, die eine Direktinformation oder Betreuung der Bevölkerung an Ort und Stelle des Geschehens erfordern, zum Beispiel: Informationen über umweltfreundliche Produkte (gemeinsam mit Umweltberatern auf Märkten), Parteienverkehr für die Wasseraufschließung in Randbezirken, Miet-, Baurechts- und Sanierungsberatung gemeinsam mit Fachleuten der mobilen Gebietsbetreuung in Althausvierteln, Bürgerdienst bei Veranstaltungen (z. B. Seniorenwoche), sofortige Unterstützung von Betroffenen bei Katastrophen.

Das alte Mobilbüro wurde im September 1988 durch ein neues, und zwar ein geländegängiges Zugfahrzeug mit Büro-Wohnwagen und zahlreichen technischen Kommunikationseinrichtungen, ersetzt. (Forts.mgl.) hrs/bs

Erleichterungen bei Einbürgerungen

Wien, 29.8. RK-KOMMUNAL) Rund 5.000 Menschen werden jedes Jahr allein in Wien eingebürgert. Ein großer Teil dieser Menschen — darunter viele, die ein hartes Schicksal hinter sich haben — muß zehn Jahre auf die österreichische Staatsbürgerschaft warten. Nur unter gewissen Voraussetzungen, wenn es „besonders berücksichtigungswürdige Gründe“ (Anerkennung als Flüchtling, Geburt in Österreich usw.) gibt, kann auch schon nach vier Jahren Aufenthalt in Österreich die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen werden (noch rascher geht es nur über Beschluß der Bundesregierung, wenn vom Antragsteller besondere Leistungen für Österreich geboten wurden oder zu erwarten sind). Der Begriff „besonders berücksichtigungswürdige Gründe“ soll nun in Wien großzügiger als bisher — selbstverständlich weiterhin dem Staatsbürgerschaftsrecht entsprechend — gefaßt werden. Für viele Menschen — rund tausend pro Jahr — wird es damit leichter und rascher möglich sein, Österreicher zu werden. Neu ist z.B., daß die mindestens vierjährige ununterbrochene und zufriedenstellende berufliche Tätigkeit in Österreich, das erfolgreiche Absolvieren des Studiums in einer Fachrichtung, deren Absolventen von Österreichs Wirtschaft dringend benötigt werden, oder auch die Tatsache, daß die Familie des/der Staatsbürgerschaftsbewerbers/bewerberin im gemeinsamen Haushalt in Wien lebt und die schulpflichtigen Kinder hier den Unterricht besuchen, als „besonders berücksichtigungswürdiger Grund“ gilt, und so nach vier Jahren eingebürgert werden kann. Das berichtete Stadträtin Christine SCHIRMER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft ist normalerweise möglich, wenn der/die BewerberIn schon seit mindestens zehn Jahren den ordentlichen Wohnsitz in Österreich hat.

Bei Vorliegen eines besonders berücksichtigungswürdigen Grundes (z.B. Konventionsflüchtlingseigenschaft oder engste familiäre Bindungen zu einem/einer österreichischem/n StaatsbürgerIn, ...) kann die Staatsbürgerschaft bereits nach einem mehr als vierjährigen Wohnsitz in Österreich verliehen werden.

Die Reihe dieser besonders berücksichtigungswürdigen Gründe wurde nun um einige Punkte erneuert. Ab sofort sind jedenfalls folgende Faktoren als besonders berücksichtigungswürdige Umstände zu werten (die neuen Möglichkeiten sind eigens gekennzeichnet):

1. Anerkennung als Flüchtling im Sinne der Konvention vom 28. Juli 1951, BGBl. Nr. 55/1955, oder des Protokolls, BGBl. Nr. 78/1974, über die Rechtsstellung der Flüchtlinge;
2. sonstiges Fehlen des Schutzes durch den Heimatstaat (Staatenlosigkeit);
3. Geburt in Österreich
4. **neu** ein naher Familienangehöriger besitzt die österreichische Staatsbürgerschaft;
5. **neu erweitert** auch auf Volljährige, zumindest ein Wahlelternteil besitzt die österreichische Staatsbürgerschaft;
6. ein früherer, mehrjähriger Wohnsitz in Österreich (er muß mindestens vier Jahre gewährt haben und zusammen mit dem ununterbrochenen, mindestens vierjährigen Inlandswohnsitz mindestens zehn Jahre ergeben);
7. völlige Anpassung an die österreichischen Verhältnisse in Sprache und Lebensart;
8. Ausübung eines Mangelberufes;
9. **neu** mindestens vierjährige ununterbrochene und zufriedenstellende berufliche Tätigkeit in Österreich;

10. neu erfolgreiches Absolvieren des Studiums in einer Fachrichtung, deren Absolventen von der Wirtschaft dringend benötigt werden;

11. neu die Familie des Bewerbers lebt im gemeinsamen Haushalt in Wien und die schulpflichtigen Kinder besuchen hier den Unterricht.

Da es aus technischen Gründen leider nicht möglich ist, alle Bewerber, bei denen nach der neuen Regelung die Einbürgerung nun möglich wäre, die aber früher schon einmal abgewiesen und auf die Zehn-Jahres-Frist verwiesen wurden, anzuschreiben, appellierte Stadträtin Schirmer in diesem Zusammenhang an die Medien, über die erweiterten Möglichkeiten für die Einbürgerungen zu berichten und darauf hinzuweisen, daß diese Personen um Fortsetzung des Verfahrens ansuchen können.

Die Vier-Jahres-Grenze übrigens kann noch bei Personen unterschritten werden, bei denen die Bundesregierung bestätigt, daß die Verleihung wegen der von dem betreffenden Menschen bereits erbrachten oder zu erwartenden außerordentlichen Leistungen im Interesse der Republik Österreich liegt (wie dies zum Beispiel bei bekannten KünstlerInnen oder WissenschaftlerInnen oder auch SportlerInnen der Fall ist).

Die Verleihung der Staatsbürgerschaft ist außer von der Aufenthaltsdauer auch von einigen allgemeinen Voraussetzungen abhängig. Dazu zählt logischerweise eine bejahende Einstellung zur Republik Österreich, Unbescholtenheit, Sicherung des Lebensunterhalts, kein Aufenthaltsverbot usw. Die Einbürgerung selbst liegt in der Regel im Ermessen der Behörde, doch gibt es auch Fälle, wo ein Rechtsanspruch auf Einbürgerung besteht.

Anspruch auf Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft hat der ausländische Ehegatte (egal, ob Mann oder Frau), wenn die Ehe mit einem österreichischen Ehepartner seit mindestens einem Jahr aufrecht ist und er selbst seit vier Jahren seinen Wohnsitz ununterbrochen in Österreich hat oder wenn die Ehe seit mindestens zwei Jahren aufrecht ist und der ordentliche Wohnsitz seit mindestens drei Jahren in Österreich besteht. Ist die Ehe seit mindestens fünf Jahren aufrecht und besitzt der Ehegatte seit mindestens zehn Jahren ununterbrochen die österreichische Staatsbürgerschaft, so ist die Dauer des Inlandswohnsitzes unerheblich.

Anspruch auf die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft haben (bei Erfüllung der allgemeinen Einbürgerungsvoraussetzungen, wie eben positive Einstellung zur Republik Österreich usw. und Erfüllung bestimmter spezieller Voraussetzungen) außerdem Personen, die einen ununterbrochenen 30jährigen Wohnsitz in Österreich aufweisen; Personen, die die österreichische Staatsbürgerschaft als Minderjährige durch Erwerb einer fremden Staatsangehörigkeit verloren haben, wenn sie innerhalb von zwei Jahren nach Erlangen der Eigenberechtigung neu um die österreichische Staatsbürgerschaft ansuchen; minderjährige Bewerber, bei denen ein Elternteil österreichischer Staatsbürger ist; und Personen, die schon früher einmal mindestens zehn Jahre lang ununterbrochen die österreichische Staatsbürgerschaft besessen hatten und seit mindestens einem Jahr ununterbrochen in Österreich leben.

Die meisten der rund 5.000 jedes Jahr in Wien eingebürgerten Menschen stammen übrigens aus Jugoslawien, gefolgt von Polen, der Türkei, der CSSR, dem Iran, Ungarn, Israel und der BRD. (Forts.mgl.) hrs/bs

Forts. von Blatt 1818

Neue, schnelle Verbindung Floridsdorf - Heiligenstadt

Wien, 29.8. (RK-KOMMUNAL) Ab 7. Oktober 1989 wird durch eine Verlängerung beziehungsweise neue Linienführung der Autobuslinien „5 A“ und „11 A“ eine neue, schnelle Verbindung zwischen Floridsdorf/Franz-Jonas-Platz zum Bahnhof Heiligenstadt sowie eine bessere Anbindung des 20. Bezirkes an den Bahnhof Heiligenstadt geschaffen. Der „11 A“ wird ab dem Friedrich-Engels-Platz bis Heiligenstadt verlängert, der „5 A“ fährt statt dem „11 A“ ab der Traisengasse bis zur Griegstraße. Dies gab Verkehrstadtrat Johann HATZL am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters bekannt.

Die genaue Lage der neuen Endstation beim Bahnhof Heiligenstadt muß wegen der dort bestehenden Platzprobleme noch geklärt werden.

Neue Linienführung „11 A“

Verlängerung vom Elderschplatz kommend ab Friedrich-Engels-Platz über Marchfeldstraße — Leystraße — Forsthausgasse — Brigittenauer Lände — Gunoldstraße — Boschstraße zum Bahnhof Heiligenstadt und zurück über Mooslackengasse — Muthgasse — Brigittenauer Lände — Forsthausgasse — Leystraße — Adalbert-Stifter-Straße zum Friedrich-Engels-Platz.

Neue Linienführung „5 A“

Ab Traisengasse — Donaueschingenstraße — Engerthstraße — Friedrich-Engels-Platz — Marchfeldstraße — Leystraße zur Griegstraße und zurück über die gleiche Strecke.

Fahrzeiten

Die Fahrzeit von Floridsdorf, Schnellbahn bis zum Friedrich-Engels-Platz beträgt mit den Straßenbahnlinien „31“ oder „32“ (in der Hauptverkehrszeit zusätzlich „31/5“) acht Minuten, die Fahrzeit mit der verlängerten Autobuslinie „11 A“ vom Friedrich-Engels-Platz nach Heiligenstadt sieben Minuten. Für den Umsteigeweg sowie die Wartezeiten werden zirka fünf Minuten veranschlagt. Daraus ergibt sich eine Reisezeit von maximal 20 Minuten zwischen Floridsdorf, Schnellbahn und Heiligenstadt, wodurch eine neue schnelle Verbindung in dieser Relation eröffnet wird.

Geänderte Betriebszeiten

Bei der Linie „11 A“ bleiben die Betriebszeiten zwischen Friedrich-Engels-Platz und Elderschplatz gleich. Von Heiligenstadt zum Elderschplatz fährt der erste Bus um 5.06 Uhr und der letzte um 23.26 Uhr, von Heiligenstadt zur Garage Vorgarten der letzte um 23.41 Uhr.

Bei der Linie „5 A“ bleiben die Betriebszeiten zwischen Traisengasse und Nestroyplatz gleich (Samstag ab 14 Uhr sowie Sonn- und Feiertag ganztägig kein Betrieb); zwischen Griegstraße und Traisengasse täglich von 5.09 Uhr bis 22.20 Uhr.

Die bestehenden Intervalle werden im wesentlichen beibehalten.

Die Mehrkosten dieser Maßnahmen betragen rund sechseinhalb Millionen Schilling pro Jahr. (Forts.mgl.) roh/bs

„Aktion Erdgasheizung“ von Stadtwerken und Banken

Mitte April 1989 wurde die „Aktion Erdgasheizung“ von den Wiener Stadtwerken-Gaswerke und den Banken „Z“ und „CA“ gestartet, einstweilen haben sich bereits weitere Banken daran beteiligt.

Von den Gaswerken haben sich bisher fast 2.000 Personen über die technischen Möglichkeiten einer Gasheizung beraten lassen, fast die Hälfte davon wurde in ihren Wohnungen besucht. Weitere Tausende haben sich bei den Banken Informationen über die Finanzierungsmöglichkeiten geholt, berichtete Stadtrat Johann HATZL am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Jetzt, knapp zwei Monate vor Beginn der nächsten Heizsaison, ist diese Aktion wieder besonders aktuell. Wer daran denkt, auf eine bequeme, sparsame und umweltfreundliche Erdgasheizung umzusteigen, sollte jetzt die kostenlose Beratung der Gaswerke und die Sonderkreditaktion der Banken in Anspruch nehmen.

Sinn dieser Aktion ist es, durch erweiterte Serviceleistungen der Gaswerke über die Möglichkeiten und Vorteile der Gasheizung zu informieren und gleichzeitig durch günstige Finanzierungsmöglichkeiten dem Kunden den Weg zu seiner neuen Heizung zu erleichtern. Hauptaugenmerk liegt dabei auf den Betreibern von Heizungsanlagen für feste oder flüssige Brennstoffe in nicht durch die Fernwärme versorgten Gebieten, um damit eine weitere Verringerung der Umweltbelastung durch den Hausbrand zu erzielen.

Kostenlose technische Beratung

Im Rahmen der „Aktion Erdgasheizung“ bieten die Wiener Stadtwerke-Gaswerke ein umfangreiches kostenloses Service an. Dazu zählt eine weitgehende technische Beratung, die bei der Gerätewahl beginnt und über Fragen des Gerätestandortes und der Steuerung bis zu Hinweisen über die zweckmäßigste Ausführung der Heizung (zum Beispiel Leitungsführung, Lage der Heizkörper) führt. Weiters wird auch die Errechnung des Wärmebedarfes, der zu erwartenden jährlichen Heizkosten und der voraussichtlichen Kosten für die Errichtung der Anlagen beziehungsweise Durchsicht vorhandener Offerte angeboten. Einen weiteren Bereich umfassen die Finanzierungsmöglichkeiten sowie die Beratung in administrativen Belangen. Die Beratung erfolgt dabei nicht nur in den einzelnen Dienststellen, sondern auf Wunsch auch im Zuge eines Wohnungsbesuches durch speziell geschulte Mitarbeiter.

Günstige Finanzierung

Einen wichtigen Bereich der Aktion stellt die Palette der Finanzierungsmöglichkeiten dar. Die günstigste Form ist das bestehende Wohnungsverbesserungsdarlehen im Rahmen der Wiener Wohnhaus-Sanierungsaktion. Durch die Annuitätenzuschüsse der Stadt Wien werden dabei die Kosten für die Kreditzinsen praktisch aufgewogen. Der Kunde zahlt meistens weniger zurück, als er ursprünglich Kredit aufgenommen hat.

Darüber hinaus wurde eine Sonderkreditaktion geschaffen, an der sich derzeit die Zentralsparkasse, die Creditanstalt, die Erste Österreichische Spar-Casse, die Länderbank und die P.S.K. Bank beteiligen. Dieser Sonderkredit ist insbesondere für alle jene Fälle gedacht, die nicht oder nicht zur Gänze in den Rahmen des Wohnungsverbesserungsdarlehens fallen (zum Beispiel weil das Haus noch nicht 20 Jahre alt ist, die Wohnung zu groß ist oder die Kosten den Finanzierungsrahmen übersteigen). Dieser Kredit bis zu einer Höhe von maximal 150.000 Schilling hat eine Verzinsung von nur derzeit sieben drei Achtel Prozent, 99 Prozent Zuzahlung und bis zehn

Jahren Laufzeit. Er wird aber nur für den Einbau von Gasheizungen (allerdings inklusive Heizkörper, Steuerung etc.) gegeben. Innerhalb des Kreditrahmens kann auch im Zusammenhang mit der Heizungsinstallation die Herstellung eines neuen Gas-Hausanschlusses finanziert werden. Die Kreditaktion ist derzeit bis 31. Dezember 1989 befristet.

Forts. von Blatt 1821

Beratungsstellen

Für alle Wünsche und Anfragen bezüglich Gasheizung stehen seitens der Gaswerke zur Verfügung:

Beratungsstelle Mariahilf

6, Mariahilfer Straße 63
Tel.: 587 96 01

Geschäftsstelle Josefstadt

8, Josefstädter Straße 10-12
Tel.: 43 09 (40128)

Geschäftsstelle Brigittenau

20, Denigasse 39-41
Tel.: 33 35 21

Geschäftsstelle Meidling

12, Theresienbadgasse 3
Tel.: 83 35 41

Außenstelle Mödling

2340 Mödling, Hauptstraße 68
Tel.: (02236) 242 03

**Energieberatung der
Wiener Stadtwerke**

9, Spitalgasse 5-9
Tel.: 4380

Mayr: Kann Vorherhebungen weder bestätigen noch dementieren

Weiß nur von einer 14 Monaten alten Kauer-Sachverhaltsdarstellung

Wien, 29.8. (RK-POLITIK) Die in einer Wiener Tageszeitung und in der „APA“ heute, Dienstag, von der Staatsanwaltschaft Wien getätigte Aussage, daß gegen ihn Vorerhebungen in Sachen Wiener Stadion laufen, könne er weder bestätigen noch dementieren, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Dienstag der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Mayr: „Mir ist lediglich bekannt, daß vor rund 14 Monaten, am 21. Juni 1988, der Wiener ÖVP-Landtagsabgeordnete Mag. Robert KAUER in der Angelegenheit eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft geliefert hat. Seither habe ich von der Sache nichts mehr gehört, ich wurde weder einvernommen, noch wurde mit mir sonst ein Kontakt aufgenommen.“ Eine etwaige Vorerhebung diene nach seiner Kenntnis der Erörterung, ob in der Sache ein Verfahren eingeleitet werden soll oder nicht, erklärte Mayr. Allerdings, so Mayr, bewerte er den Umstand, daß die Justiz über 14 Monate nichts von sich hören ließ, doch so, daß die Justiz die Angelegenheit als keine „brennheiße Sache“ betrachte. (Schluß) sei/bs

Spitalsreformkommission nimmt im September ihre Arbeit auf

Wien, 29.8. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) Wie Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER am Dienstag im Bürgermeisterpresseggespräch bekanntgaben, wird sich im September eine **SPITALSREFORMKOMMISSION** ihre Arbeit aufnehmen, die im wesentlichen folgende Aufgaben erfüllen soll:

- Sichtung und Beurteilung der einzelnen Punkte des Berichtes der Internationalen Expertenkommission unter dem Gesichtspunkt der praktischen Umsetzung.
- Sichtung und Beurteilung der zahlreichen Vorschläge, die an den Bürgermeister herangetragen wurden.
- Erarbeitung von Vorschlägen zur Umsetzung notwendig erscheinender Strukturveränderungen.
- Feststellung, ob ein Bedarf an zusätzlichen Studien oder Aufträgen zur Klärung von Detailfragen besteht.
- Beurteilung von Angeboten, die aus privaten und öffentlichen Institutionen zur Bearbeitung verschiedener fachlicher Fragen eingelangt sind. Beurteilung auch der Kostenvorschläge.
- Beurteilung und Stellungnahme zu notwendigen Gesetzesänderungen im Hinblick auf ihre tägliche Praktikabilität.
- Berücksichtigung der Finanzierungsmöglichkeiten (Einsparung und Mehrkosten) bei allen Vorschlägen.

Zusammensetzung der Spitalsreformkommission

Vorsitzender: Bürgermeister

Stellvertreter: Finanzstadtrat, Gesundheitsstadtrat

APPEL Dr. Wilhelm
Facharzt für Chirurgie

DESZY Dipl. Vw. Dr. Josef
Verwaltungsdirektor im Rudolfinerhaus

DINSTL Univ.-Prof. Dr. Karl
Leiter der 1. Chirurgischen Abteilung der Krankenanstalt Rudolfstiftung

FACH Hildegard, Oberin
Vorsitzende der Fachgruppenvereinigung Pflegedienste der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten

HERZL Ing. Erich
Verwaltungsdirektor i.R. der Neuen Wiener Privatklinik

HRADSKY Josef, OAR (Vertreter der Verwaltungsvereinigung)
Verwaltungsdirektor im Kaiser-Franz-Josef-Spital

HUNSDORFER Rudolf
Leitender Sekretär der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten

KASPAR Dr. Ludwig
Chefarzt der Wiener städtischen Krankenanstalten (MA 17)

KRIEGL Mag. Marianne
Österreichischer Krankenpflegeverband

MARHOLD Dr. Wilhelm, Oberarzt
Vorsitzender des Personalvertretungsausschusses der Spitalsärzte

MAYR Dkfm. Helmut (Vertreter der priv. Krankenanstalten)
Geschäftsführender Gesellschafter der Humanomed-Betriebe

NEUMANN Dr. Michael, Primarius
Präsident der Österreichischen und Wiener Ärztekammer

PAUKNER Dr. Roland
praktischer Arzt

POLASCHEK Franz, OAR (Vertreter der Verwaltungsvereinigung)
Verwaltungsdirektor in der Allgemeinen Poliklinik

RUDAS Dr. Stephan
Chefarzt des Kuratoriums psychosoziale Dienste

STAUDINGER Charlotte
Generaloberin der Wiener städtischen Krankenanstalten (MA 17)

UMEK Univ.-Doz. Dr. Helmut
Ärztlicher Direktor im Wilhelminenspital

WITTMANN Pater Prior Markus (Vertreter der priv. Krankenanstalten)
Verwaltungsdirektor im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder

ZECHNER Univ.-Prof. Dr. Gerd
Obmann des Kollegiums der Primärärzte Wiens

weilers:

Magistratsdirektor

Leiter/Vertreter der Magistratsdirektion-Verwaltungsrevision

Leiter/Vertreter der Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation

Gruppenleiter für Gesundheitswesen und Sozialversicherungsrecht

Leiter/Vertreter des Personalamtes (MA 2)

Leiter/Vertreter der Finanzabteilung (MA 4)

Leiter/Vertreter der Abteilung Sozialversicherung (MA 14)

Leiter/Vertreter des Gesundheitsamtes (MA 15)

Leiter/Vertreter des AKH (MA 16)

Leiter/Vertreter des Anstaltenamtes (MA 17)

Organisation:

Dkfm. Dr. Eugen Hauke/Kontrollamt

„Beiräte“ in den Krankenanstalten

In den einzelnen Krankenanstalten wird ein „Beirat“ gebildet, in dem alle Berufsgruppen vertreten sind. Wesentlich ist, daß tatsächlich auch alle, vom Jungarzt bis zum Primarius, von der Schwesternschülerin bis zur Oberin, vom Heizer bis zum Verwaltungsdirektor die Möglichkeit haben, Organisations- und Reorganisationsvorschläge für das eigene Spital zu machen. Diese sollen diskutiert, beurteilt, im eigenen Bereich umgesetzt bzw. an die vorgesetzten Dienststellen herangetragen werden. Die Reform muß auf breiter Basis „von unten“ her getragen werden.

Arbeitsgruppe „Rechtsvorschriften im Gesundheitsdienst“

Es wurden bereits Vorarbeiten für eine Arbeitsgruppe „Rechtsvorschriften im Gesundheitswesen“ in Angriff genommen. Diese wird sich mit den notwendigen Gesetzesänderungen (Krankenanstaltengesetz, Krankenpflegegesetz, Ärztegesetz) unter Mitwirkung von Ärzten und Schwestern auseinandersetzen, damit ein rechtlicher Raum geschaffen wird, der die notwendige flexible Tätigkeit im Spital ohne Übertretung einzelner theoretischer Rechtsnormen ermöglicht. Senatsrat Dr. GRAF (Leiter der MA 14) leitet diese Arbeitsgruppe. Der Zweck ist, die gesetzgebenden Körperschaften bei der notwendigen Rechtsbereinigung im Gesundheitswesen zu

Forts. von Blatt 1824

Forts. auf Blatt 1826

unterstützen. Größter Wert wird dabei ebenfalls auf die Mitwirkung von tatsächlich am Krankenbett tätigen Krankenpflegepersonal und Ärzten gelegt.

3. Zielplan in Arbeit

Der 3. Gesundheits- und Krankenanstalten-Zielplan der Stadt Wien ist — wie schon immer vorgesehen — in Bearbeitung. (Schluß) red/bs

Forts. von Blatt 1825

Häupl: Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen als umweltpolitischer Beitrag zur Weltausstellung 1995

Wien, 29.8. (RK-KOMMUNAL) „Die Schaffung eines Nationalparks Donau-March-Thaya-Auen unter Einbeziehung der Wiener Lobau und damit die Erhaltung der letzten Feuchtgebiete Mitteleuropas könnten einen umweltpolitisch bedeutsamen Beitrag zur Weltausstellung 1995 leisten,“ erklärte Wiens Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL am Dienstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Deshalb sollte die Nationalparkplanung so vorangetrieben werden, daß zur Expo 95 die ersten Nationalparkteile realisiert werden könnten.

Häupl hatte bereits wiederholt vorgeschlagen, daß die Bundesländer Wien und Niederösterreich gemeinsam mit dem Bund eine Nationalpark-Errichtungsgesellschaft gründen sollten. Für beide Bundesländer werden gleiche Gesetze betreffend Nationalpark geschaffen, die auch zur gleichen Zeit im Wiener und NÖ. Landtag eingebracht werden sollen. Schließlich wird ein gemeinsames Beamtenkomitee die anstehenden Fragen kooperativ lösen.

Die Stadt Wien hat im Bereich der Lobau, die seit 1979 Naturschutzgebiet ist, bereits erste Vorarbeiten für den Nationalpark geleistet. Beispielsweise wurden Feldflächen in Auwiesen umgewandelt. Weiters ist geplant, bestehende Ackerflächen in Wald, Wiesen und biologische Landbaugebiete umzuwandeln. Im Zuge der Dotation Lobau versucht man in einem ersten Schritt, das Problem mit dem gesunkenen Grundwasserspiegel zu lösen. Auch der Wiener Naturschutzbeirat hat sich für die Lobau als Teil des Nationalparks ausgesprochen.

Häupl nannte abschließend folgende Kriterien für die Planung und Errichtung eines Nationalparks östlich von Wien:

- Bürgernahe Entscheidungsprozesse, d.h., größtmögliche Information über das Nationalparkprojekt, um eine Identifikation der Bevölkerung mit dem Projekt zu erzielen
- Die Nationalpark-Kernzonen und Sonderschutzgebiete sollen den internationalen Richtlinien entsprechen.
- Die Nationalpark-Außenzonen könnten als Erlebniszonen, etwa mit der Integration des Archäologieparkes Petronell und der Marchfeldschlösser geplant werden.

„Ich wünsche Frau Bundesminister Flemming, Herrn Bundesminister Busek und dem Wiener ÖVP-Umweltsprecher Hawlik für den morgigen Lobau-Ausflug schönes Wetter und hoffe, daß sie sich von den Vorarbeiten der Stadt Wien überzeugen können“, schloß Häupl. (Schluß) du/sk

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (PA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 30. August 1989

Blatt 1828

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Spitalsreformkommission — Ergänzung der Mitgliederliste (1829/FS: 29.8.)
- Goldenes Ehrenzeichen für IBM-Generaldirektor Riesenfelder (1830/FS: 29.8.)
- Psychologische Beratung in Scheidungsfragen (1831)
- Kaiserebersdorfer Kirtag mit vielen Attraktionen (1832)
- Sanierungsarbeiten an der ÖBB-Brücke Geiselbergstraße (1833)
- Neuer Direktor des Pflegedienstes im Franz-Josef-Spital (1834)
- HBW: Wirtschaftsplan 1989/90: 11 Prozent mehr Wärme (1835-1837)
- „Alles fließt“: Freitag Pressekonferenz und Eröffnung (nur FS)

Kultur:

- Arkadenhofkonzert abgesagt (nur FS)

Spitalsreformkommission - Ergänzung der Mitgliederliste

Wien, 29.8. (RK-KOMMUNAL) In Ergänzung der heute, Dienstag, veröffentlichten Mitgliederliste der Spitalsreformkommission hat Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Frau Sylvia HEIDER, Lehrschwester in der AKH-Krankenpflegeschule, als weiteres Mitglied der Kommission nominiert. (Schluß) ger/sk

Bereits am 29. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet
Forts. von Blatt 1824

Goldenes Ehrenzeichen für IBM-Generaldirektor Riesenfelder

Wien, 29.8. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut Zilk überreichte heute, Dienstag, nachmittag an IBM-Generaldirektor Ing. Dkfm. Dr. Gert Riesenfelder das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

Zilk würdigte in seiner Rede die Leistungen des Geehrten für die Bundeshauptstadt, sei es nun durch die weltweite Übertragung des Neujahrskonzerts der Wiener Philharmoniker oder durch die Mithilfe bei der Aktion zur Rettung des Stephansdomes. (Schluß) red/sk

Bereits am 29. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet!



Foto: PID Hutterer

Psychologische Beratung in Scheidungsfragen

Wien, 30.8. (RK-KOMMUNAL) Konflikte und Streitigkeiten der Eltern gehen einer Scheidung oft voran, Unsicherheit, Trennungsschmerz und Loyalitätskonflikte auch bei Kindern folgen nach. Die Psychologische Beratung in Scheidungsfragen des Wiener Jugendamtes hat das Ziel, Eltern bei der Bewältigung der schwierigen Aufgabe zu helfen, sich als Partner zu trennen, dem Kind aber weiterhin Vater und Mutter zu bleiben, auf Verhaltensauffälligkeiten von betroffenen Kindern inzugehen und Konflikte zu lösen.

Ab September werden in der Psychologischen Beratung in Scheidungsfragen zusätzliche Beratungsstunden angeboten, die jeden 1. und 3. Mittwoch des Monats jeweils von 14.30 Uhr bis 18 Uhr in Wien 23, Pfarrgasse 34-44, Stiege 12, Telefon 675 94 88 stattfinden. (Schluß) jel/bs

Kaiserebersdorfer Kirtag mit vielen Attraktionen

Wien, 30.8 (RK-LOKAL) Mit zahlreichen Attraktionen wartet wieder der Kaiserebersdorfer Kirtag auf, der vom 1. bis 3. September am Platz hinter der Kaiserebersdorfer Kirche (Münlichplatz) stattfindet.

Zu Gast bei dem Kirtag, der am Freitag, dem 1. September, um 18 Uhr eröffnet wird, ist die Urlaubsregion des steirischen Wechsellandes, die sich mit Volkstanzgruppen, Musikensembles und einem Bauernmarkt präsentiert. Besondere Höhepunkte des Festes: der Absprung des Memphis-Para-Teams am Sonntag, dem 3. September, um 16 Uhr über dem Kirtagsgelände, die „Waldlehrrmesse“ — Musik mit Hackbrett und Gitarre — in der Pfarrkirche „Peter und Paul“ am Sonntag um 9 Uhr sowie der am gleichen Tag um 10 Uhr beginnende Frühschoppen aus dem Wechselland im Festzelt.

Das Wiener Musik-Original Jazz-Gitti konzertiert am Samstagnachmittag beim Kirtag, am Sonntagnachmittag gibt es ein Programm mit dem Wienerliedersänger Horst Chmela.

Am Sonntag besteht auch die Möglichkeit, beim Roten Kreuz Blut zu spenden. Der ARBÖ wird beim Volksfest seine Informationen anbieten. (Schluß) gab/bs

Sanierungsarbeiten an der ÖBB-Brücke Geiselbergstraße

Straßenbahnlinie „6“ vorübergehend eingestellt

Wien, 30.8. (RK-KOMMUNAL) Wegen Sanierungsarbeiten an der ÖBB-Brücke über die Geiselbergstraße in Simmering muß der Betrieb der Straßenbahnlinie „6“ ab Freitag, den 1. September, von zirka 21.20 Uhr, bis Sonntag, den 3. September, zirka 12 Uhr, zwischen Gräßlplatz und Simmeringer Hauptstraße/Grillgasse vorübergehend eingestellt werden. Während dieser Zeit wird in diesem Streckenteil ein Schienenersatzverkehr mit Autobussen eingerichtet. Die End- und Anfangsstelle befindet sich in der Spinnigasse vor dem Gräßlplatz. Die Fahrgäste werden ersucht, die Aushänge bei den Haltestellen der Linie „6“ zu beachten. (Schluß)
du/bs

Neuer Direktor des Pflegedienstes im Franz-Josef-Spital

Amtseinführung durch Stadtrat Stacher

Wien, 30.8. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER führte Mittwoch vormittag den neuen Direktor des Pflegedienstes im Franz-Josef-Spital, Anton KOPINITS, in sein Amt ein. Der Gesundheitsstadtrat wies darauf hin, daß die Zahl der diplomierten Krankenschwestern und -pfleger, Stationsgehilfen und -gehilfinnen im Franz-Josef-Spital von 473 im Jahr 1983 um 134 auf derzeit 607 gesteigert werden konnte. Das entspricht in wenigen Jahren einer Zunahme von mehr als 28 Prozent.

Direktor Kopinits arbeitete als Pfleger im Psychiatrischen Krankenhaus und im Franz-Josef-Spital, dort auch als Lehrpfleger, sowie im Orthopädischen Krankenhaus Gersthof als Pflegevorsteher. Er hat Diplome der psychiatrischen und der allgemeinen Krankenpflege und hat den Sonderausbildungskurs für Anästhesiepflege und den Sonderausbildungskurs für leitende Krankenpflegepersonen mit ausgezeichnetem Erfolg absolviert. Direktor Kopinits tritt die Nachfolge von Oberin Helga RENNER an, die seit 1949 in verschiedenen Funktionen im Franz-Josef-Spital tätig war und nun in den Ruhestand getreten ist. (Schluß) sc/sk

HBW-Wirtschaftsplan 1989/90: 11 Prozent mehr Wärme

Wien, 30.8. (RK-KOMMUNAL) Wie jedes Jahr haben die Heizbetriebe Wien GesmbH. (HBW) in den Sommermonaten ihren Wirtschaftsplan ausgearbeitet, der parallel zur Heizsaison vom 1. September bis zum 31. August des Folgejahres läuft. Der vorliegende Wirtschaftsplan der HBW, der am 29. August vom Aufsichtsrat beschlossen und Mittwoch von Energiestadtrat Johann HATZL in einer Pressekonferenz vorgestellt wurde, enthält alle vorgeplanten Ausgaben, Einnahmen, Instandsetzungen und Kreditaufnahmen. Seine wichtigsten Merkmale: Die HBW rechnen mit 1.620 Millionen Schilling an Ausgaben (ohne Investitionen), wovon knapp ein Drittel für Energie benötigt wird, ein Fünftel für den Personalaufwand. 1.930 Millionen Schilling werden als Erlöse vor allem aus dem Wärmeverkauf und der Müllverbrennung präliminiert. Insgesamt rechnet man mit einem Wärmeverkauf von etwa 2.800 Gigawattstunden, was gegenüber dem Vorjahr, also dem morgen zu Ende gehenden Geschäftsjahr der HBW, einer Erhöhung von 11,1 Prozent entspricht.

1,1 Milliarden Investitionen

Vom 1. September 1989 bis zum 31. August 1990 sollen nahezu 1,1 Milliarden Schilling für Investitionen ausgegeben werden. Nahezu 700 Millionen Schilling, das sind mehr als 60 Prozent, dienen dabei für Investitionen, die bereits in vergangenen Wirtschaftsjahren genehmigt wurden und die teilweise bereits fertiggestellt sind oder bereits begonnen wurden. Die größten Vorhaben sind die Wiederherstellung des Fernheizwerkes Spittelau mit der neuen Rauchgaswäsche und der Entstickungsanlage für die Müllverbrennung, die Fernheizleitung Penzing und die Fernheizleitung Rosenhügel — Lainz. Auf Grund der derzeitschlechten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens, verursacht durch den Brand im Werk Spittelau, sind für neue Investitionen nur knapp über 400 Millionen Schilling vorgesehen. Davon ist als größter Ausgabenposten mit 250 Millionen Schilling die Investitionsbeteiligung an der Wärmeauskopplung aus dem Block 3/4 Simmering der Wiener Stadtwerke — E-Werke vorgesehen. Mit der geplanten Umstellung auf Fernwärme in den Wiener Spitälern Lainz, Rosenhügel, in der Semmelweisklinik, im Orthopädischen Krankenhaus Gersthof und im Neurologischen Krankenhaus Maria-Theresien-Schlüssel sowie in den Pflegeheimen Lainz, Baumgarten und Liesing werden wieder bedeutende Emittenten stillgelegt und die Wiener Luft weiter verbessert.

Weiterer Ausbau des Fernwärmenetzes

Der größte Teil der restlichen Investitionssumme dient dem weiteren Ausbau des Fernheiznetzes, und zwar nicht für Großleitungen, sondern für Abzweig- und Verteilleitungen. Die wichtigsten davon sind die Versorgungsleitung zum Raimundtheater mit knapp 50 Millionen Schilling, die es ermöglicht, das Kesselhaus Raimundtheater stillzulegen, das derzeit nicht nur das Theater, sondern auch eine Reihe angrenzender Objekte versorgt, und die Fernwärmeleitung zur Semmelweisklinik und zum Orthopädischen Krankenhaus Gersthof mit rund 30 Millionen Schilling. In die Periode des kommenden Wirtschaftsjahres fällt auch der Zentralheizungseinbau in die beiden großen städtischen Wohnhausanlagen Karl-Marx-Hof und Friedrich-Engels-Hof.

Da die Einnahmen bei weitem nicht die notwendigen Ausgaben und Investitionen abdecken, werden die HBW 960 Millionen Schilling am Fremdkapitalmarkt aufnehmen müssen. Das entspricht in etwa der Summe des Vorjahres und bedeutet eine weitere Verschiebung in der Kapitalstruktur von Eigen- auf Fremdkapital. Gegenüber dem laufenden Wirtschaftsjahr mit seinem Verlust von voraussichtlich 214 Millionen Schilling wird sich

dieser im Wirtschaftsjahr 1989/90 auf 122 Millionen Schilling reduzieren. Diese Verbesserung resultiert in erster Linie aus den Mehreinnahmen durch die vorgesehene Wiederinbetriebnahme der Müllverbrennungsanlage Spittelau.

Fernwärmetarif bleibt stabil

Beim Fernwärmetarif soll trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage des Unternehmens keine Änderung erfolgen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die im Wirtschaftsplan getroffenen Annahmen sich weitgehend erfüllen, und daß die Müllverbrennungsanlage Spittelau im kommenden Herbst in Betrieb gehen kann.

Geplante Maßnahmen bei den Müllverbrennungsanlagen

In der Aufsichtsratssitzung der HBW wurde neben dem Wirtschaftsplan auch ein Bericht der Geschäftsleitung über die geplanten Maßnahmen bei den beiden Müllverbrennungsanlagen vorgelegt.

Bei der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig regelt ein im Jahr 1984 abgeschlossener Pacht- und Müllbeseitigungsvertrag zwischen HBW und Stadt Wien die beiderseitigen Verpflichtungen. Er verpflichtet unter anderem die HBW zur Erneuerung der 26 Jahre alten Müllverbrennungsanlage Flötzersteig und zum Einbau einer Rauchgaswäsche, andererseits sichert der Vertrag ein kostendeckendes Müllentgelt zu. Die Rauchgasreinigung wurde bereits im Jahr 1985 entsprechend der zu dieser Zeit geltenden Gesetzeslage errichtet und durch die Magistratsabteilung 35 (Allgemeine baubehördliche Angelegenheiten) bewilligt. Sie erfüllte bei ihrer Abnahme sämtliche durch die errichtende Firma garantierten Werte und damit selbstverständlich auch die Grenzwerte des damals gültigen Dampfkesselmissionsgesetzes, die sogar deutlich unterschritten wurden. Wegen späteren Überschreitungen bei den Staubemissionen wurde die ausführende Firma (SGP) zu Nachbesserungsarbeiten verpflichtet.

Das seit 1. Jänner 1989 in Kraft befindliche Luftreinhaltegesetz sieht wesentlich strengere Emissionsgrenzwerte vor, die bei der bestehenden Anlage für zwei Stoffe, nämlich Stickoxid und Dioxinäquivalent, derzeit nicht erfüllt werden können. Es besteht daher laut Paragraph 12 Luftreinhaltegesetz Sanierungspflicht. Die HBW werden voraussichtlich bis Mitte Oktober einen dementsprechenden Antrag zur Sanierung einbringen. Ab der Genehmigung des Antrages durch die Behörde haben die HBW drei Jahre Zeit, die Sanierung durchzuführen. Für die Sanierung stehen derzeit noch zwei Varianten zur Diskussion: Entweder der Einbau von Aktivkohlefiltern als zweistufige Anlage sowohl zur Dioxinabscheidung wie auch zur Entstickung, oder der Einbau einer katalytischen Entstickung wie bei der Müllverbrennungsanlage Spittelau. Zusätzlich wäre bei dieser Variante noch eine Dioxinabscheidung durch Schlauchfilter oder Katalysatoren möglich, wofür bereits Pilotversuche in der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig laufen.

Neben der Sanierung nach dem Luftreinhaltegesetz ist wegen des Alters der Anlage eine Erneuerung erforderlich. Diesbezüglich wurde bereits im Jahr 1985 ein Antrag eingebracht, der aber wegen der vielen Einsprüche bis heute nicht weiter behandelt wurde. Nun soll auch auf Grund der geänderten gesetzlichen Bestimmungen dieser Antrag zurückgezogen werden und eine Großreparatur durchgeführt werden, bei der die Müllbrennkammer durch eine neue Konstruktion ersetzt wird, die auch die Überhitzerheizflächen des Kessels beinhaltet. Weiters sollen die Roste erneuert werden.

Beim Fernheizwerk Spittelau sind die Wiederaufbauarbeiten bereits seit längerer Zeit abgeschlossen, die Müllverbrennungsanlage ist einschließ-

Forts. von Blatt 1835

Forts. auf Blatt 1837

lich der neuen Rauchgasreinigungsanlage bereits seit Ende Mai wieder betriebsbereit. Die tatsächliche Inbetriebnahme kann aber erst nach einem rechtsgültigen Bescheid des Wirtschaftsministeriums erfolgen, wo sich das langwierige Genehmigungsverfahren derzeit in dritter Instanz befindet. Durch den Stillstand des Fernheizwerkes entsteht den HBW derzeit ein wirtschaftlicher Schaden von rund einer halben Million pro Tag. Die Zuschaltung der neu gebauten Denoxanlage kann erst drei bis vier Wochen nach der Inbetriebnahme erfolgen, bis sichergestellt ist, daß die neue, verbesserte Rauchgaswäsche voll funktioniert.

Aufgrund der notwendigen umfangreichen Messungen wird erst etwa zwei Monate nach erfolgter Inbetriebnahme feststehen, ob die neue Anlage sämtlichen Forderungen — vor allem bezüglich des Dioxinäquivalents — des Luftreinhaltegesetzes gerecht wird. Deshalb muß vorbeugend noch vor Ende Dezember ein Sanierungsantrag nach Paragraph 12 Luftreinhaltegesetz gestellt werden. Zeigen die Meßergebnisse, daß keine weiteren Maßnahmen erforderlich sind, wäre dieser Antrag gegenstandslos. (Forts.mgl.) roh/bs

Forts. von Blatt 1836

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 31. August 1989

Blatt 1838

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Mayr: Fakten zur Stadionsanierung (1846/1847)

Kommunal/Lokal:

Großes goldenes Ehrenzeichen der Republik für Landessanitätsdirektor
i.R. Hofrat Junker (1839/FS: 30.8.)

Seit „Lainz“ ist schon viel geschehen (1840/FS: 30.8.)

Dahlientaufe im Donaupark (1842)

Baubeginn für Verlängerung der Südost-Tangente (1843-1845)

Hatzl: Geordnete Bahnen für den Verkehr links der Donau (1845)

Kultur:

„Napoleon in Kaiserebersdorf und Aspern“ (1841)

Großes Goldenes Ehrenzeichen der Republik für Landessanitätsdirektor i.R. Hofrat Junker

Bereits am 30. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 30.8. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte heute, Mittwoch, im Rahmen einer kleinen Feier in seinem Arbeitszimmer an Landessanitätsdirektor i.R. Hofrat Dr. Ermar JUNKER das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich.

Zilk würdigte in seiner Ansprache die Leistungen des Geehrten um das Gesundheitswesens der Bundeshauptstadt. Der Feier wohnten u.a. Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL, Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER sowie Klubobmann Dr. Günther GOLLER bei. (Schluß)
red/bs



Foto: PID/Hutterer

Selt „Lainz“ ist schon viel geschehen

Stacher: Hirnschall ist vergeblich

Wien, 30.8. (RK-KOMMUNAL) Zur Kritik von FP-Klubobmann Gemeinderat Dr. Erwin HIRNSCHALL an der Spitalsreformkommission und zu seinen Forderungen nach Sofortmaßnahmen stellte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch nachmittag fest, Dr. Hirnschall habe offenbar schon vergessen, was „nach Lainz“ schon geschehen ist:

- Aufstockung des Personals um 615 Dienstposten, von denen der Großteil bereits besetzt ist. Weitere 255 Dienstposten für Krankenpflegepersonal und 300 für Abteilungshelferinnen wurden beantragt.
- Der zweite Bildungsweg zum Diplom wurde ausgebaut.
- Für das Personal im Krankenhaus Lainz wurde sofort eine psychologische Beratung eingeführt. Ab Ende September werden Supervisions-Teams allen Berufsgruppen in den städtischen Spitälern zur Verfügung stehen.
- Eine Kommission beschäftigt sich mit notwendigen Änderungen der Rechtsvorschriften im Gesundheitswesen.
- Die Arbeiten für den neuen Gesundheits- und Krankenanstalten-Zielplan laufen mit Hochdruck.
- Die Spitalsreformkommission wird noch im September ihre Arbeit aufnehmen.

Eigentlich müßte dem FP-Klubobmann auch bekannt sein, so Stacher, daß mit der nach außen sichtbaren Differenzierung des diplomierten Pflegepersonals und der Stationsgehilfinnen schon vor Lainz begonnen wurde. Es müßte ihm auch bekannt sein, daß bei Maturantinnen und Maturanten bereits Werbemaßnahmen für den diplomierten Pflegedienst eingeleitet wurden. Und es müßte ihm ebenso bekannt sein, daß sich nicht genügend Jungärzte für den Pflegedienst gemeldet haben, obwohl hier noch Stellen vorhanden sind.

Der FP-Klubobmann dürfte doch nicht so naiv sein, zu glauben, daß man die Kollegiale Führung der Krankenanstalten, die in einem Bundesgesetz verankert ist, mit einem Federstrich wegwischen kann. Gegen die Ausführungen von Dr. Hirnschall ließen sich noch weitere Argumente anführen, sagte Stacher. Dem FP-Klubobmann ginge es aber offensichtlich nicht um eine sachliche Auseinandersetzung, sondern nur um ein politisches Hick-Hack. (Schluß) sc/bs

Bereits am 30. August 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

„Napoleon in Kaiserebersdorf und Aspern“

Ausstellung im Thürlhof in Simmering

Wien, 31.8. (RK-KULTUR/LOKAL) In den historischen Räumen des Thürlhofes, Münnichplatz 5, ist vom 2. bis 30. September die Ausstellung „Napoleon in Kaiserebersdorf und Aspern“ zu sehen. Die Schau wurde anlässlich des 180. Jahrestages der Schlacht von Aspern vom Sondernuseum Aspern 1809 und dem Bezirksmuseum Simmering gestaltet. Das sogenannte Napoleonzimmer, in dem der Korse vor und nach der Schlacht von Aspern nächtigte, wurde in die Ausstellung miteinbezogen. Die Ausstellung ist jeweils Mittwoch und Sonntag von 11.30 Uhr bis 20 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. (Schluß) gab/bs

Dahlientaufe im Donaupark

Wien, 31.8. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL nimmt am Samstag, dem 2. September, um 16 Uhr, eine Dahlientaufe im Donaupark vor. Die Dahlientaufe, im Rahmen des Sommerfestes „25 Jahre Wiener Donaupark“, findet im Gartenobjekt 22, Donauturmstraße 2, statt.

Die Dahlie, die auf den Namen „Donaustadt“ getauft wird, ist eine gefüllte Dekorativ-Dahlie, seerosenfarben mit cremefarbenem Zentrum, mit 15 Zentimeter Durchmesser und 1,40 Meter Höhe. Diese Dahlie erhielt bei einer Prüfung in den USA 1988 die beste Bewertung. (Schluß) du/bs

Baubeginn für Verlängerung der Südost-Tangente

Zwischen Knoten Kaisermühlen und Anschlußstelle Hirschstetten – Entlastung von Wohngebieten

Wien, 31.8. (RK-KOMMUNAL) Dieser Tage sind die Arbeiten für die Verlängerung der A 23 – Südost-Tangente nach Hirschstetten angelaufen. Die Fertigstellung ist für Herbst 1993 geplant, gleichzeitig soll auch die B 302 bis zur Wagramer Straße zur Verfügung stehen. In einer Pressekonferenz der Wiener Bundesstraßen AG mit Stadtrat Johann HATZL und Bezirksvorsteher Albert SCHULTZ wurde Donnerstag das Projekt im Detail vorgestellt.

Nach Festlegung der Trassenführung für die Verlängerung der A 23 nach Norden wurden im Herbst 1987 die Detailplanungen begonnen und im Frühjahr 1989 abgeschlossen. Diese Planungen wurden von der Wiener Bundesstraßen AG in enger Zusammenarbeit mit den Dienststellen der Stadt Wien, insbesondere den Magistratsabteilungen 28 und 29, sowie mit den Österreichischen Bundesbahnen durchgeführt.

Mit dem 3,6 km langen Autobahnabschnitt zwischen Knoten Kaisermühlen und Anschlußstelle Hirschstetten sollen vor allem die vom Verkehr äußerst stark belasteten Wohngebiete im 22. Bezirk entlastet werden. Wohngebiete insbesondere in der Stadlauer Straße, Polgarstraße, Siebenbürger Straße und Biberhaufenweg können nach Fertigstellung der Autobahn Ende 1993 verkehrsberuhigt werden. Erhebliche Verkehrsreduktionen treten durch die Errichtung der A 23 außerdem in der Donaustadtstraße und in der Wagramer Straße ein.

In den Wohngebieten sind dadurch neben der Lärm- und Abgasreduktion auch in gestalterischer Hinsicht (Rückbau) erhebliche Verbesserungen möglich.

Bei der Trassenwahl für die A 23 wurde die Inanspruchnahme von wertvollen Grundflächen und die Belastung von Wohngebieten weitgehend verhindert. In den sensiblen Bereichen Wohnhausanlage Smolagasse, Vernholzgasse und Schulzentrum Polgarstraße wird die Autobahn im Tunnel geführt. Von dem insgesamt 3,6 km langen Abschnitt werden inklusive Auf- und Abfahrtsrampen ca. 1,4 km im Tunnel geführt. Hinzu kommen noch ca. 1,2 km in Tieflage.

In allen nicht untertunnelten Bereichen sind Lärmschutzanlagen vorgesehen, wodurch der derzeit bestehende Lärmpegel im unmittelbaren Autobahnbereich kaum überschritten wird.

Durch die Einbindung eines Landschaftsplaners bei der Detailprojektierung konnten die landschafts- und stadtgesterischen Aspekte bereits vor Baubeginn im Einvernehmen mit dem Bezirk und der betroffenen Bevölkerung festgelegt werden.

Kosten: insgesamt 1,98 Milliarden Schilling

Fertigstellung: Herbst 1993 (zu diesem Zeitpunkt ist auch die Fertigstellung der B 302 Wiener Nordrandstraße bis zur Wagramer Straße vorgesehen).

Der Bau der A 23 wird in folgende Teilabschnitte gegliedert:

a) Tieflage 1: Baubeginn August 1989

b) Tieflage 2: Baubeginn August 1989

Sowohl der Abschnitt Tieflage 1 als auch der Abschnitt Tieflage 2 sind im engen Einvernehmen mit den ÖBB herzustellen.

c) Abschnitt Knoten Kaisermühlen, Dammlage 1 und Brücke über die Neuhaufengasse/Kaisermühlenstraße; Baubeginn Jänner 1991

d) Dammlage 2 und Anschlußstelle Hirschstetten (Übergang A 23/B 302)

Forts. auf Blatt 1844

Der Baubeginn für diesen Abschnitt erfolgt im Herbst 1990, wobei beabsichtigt ist, in diesen Bauabschnitt bereits Teile der B 302 Wiener Nordrandstraße einzubeziehen.

Die Detailplanung für den 4,8 km langen Abschnitt der B 302 zwischen Anschlußstelle Hirschstetten und Anbindung an die Wagramer Straße wird im Herbst dieses Jahres nach Verordnung des Straßenverlaufes begonnen werden. Es ist vorgesehen, die B 302 gemeinsam mit der A 23 fertigzustellen.

Verbindungsrampe B 3b - A 23 (Donaustadtstraße - Praterbrücke)

Dieses Bauwerk wurde im Frühjahr 1988 begonnen und ist am 29. August 1989 (Zwei Monate früher als vorgesehen) dem Verkehr übergeben worden.

Mit der Verkehrsfreigabe der neuen Verbindungsrampe zwischen Donaustadtstraße und Praterbrücke wird ein Unfallhäufungspunkt der auf Grund der kurzen Verflechtungsabschnitte im Bereich Donaustadtstraße — Praterbrücke bzw. im Bereich Verteilerkreis — Praterbrücke gegeben war, beseitigt. Der nunmehr verbleibende Straßenzug dient überwiegend zur Auffahrt von der Donaustadtstraße zur Donauufer Autobahn und wird sonst lediglich für die Relation Ölhafen — A 23 benutzt.

Die Gesamtlänge dieser Rampe beträgt 400 Meter, die Länge des Brückentragwerkes über das Mühlwasser beträgt 308 Meter. Die Brücke wurde im Freivorbau errichtet. Die maximale Stützweite beträgt 72 Meter und wurde im Querschnitt als Hohlkasten ausgebildet.

Die Entwurfsgeschwindigkeit beträgt 80 km/h, die Verkehrsbelastung in der Morgenspitze ist mit 2.000 Kfz/h prognostiziert. Die Kosten betragen ca. 50 Millionen Schilling.

Lärmschutz im Knoten Kaisermühlen

Mit den vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen im Knoten Kaisermühlen wird eine spürbare Absenkung des bestehenden Lärmpegels trotz Verkehrszunahme durch die Fertigstellung der A 22 Donauufer Autobahn erreicht. In der Bemessung des Lärmschutzes ist bereits die lärmmäßige Auswirkung der Verlängerung der Südosttangente nach Hirschstetten berücksichtigt.

Auf der Verbindungsrampe und in der Donaustadtstraße wurde bereits ein Lärmschutz im Zuge der Bauarbeiten für die Verbindungsrampe fertiggestellt.

Die Lärmschutzmaßnahmen im übrigen Bereich des Knotens Kaisermühlen werden aus verkehrstechnischen Gründen erst nach der Inbetriebnahme der Verbindungsrampe begonnen. Dies deshalb, damit die Verkehrsentlastung durch die Verbindungsrampe bei den Bauarbeiten bereits wirksam werden kann. Dadurch sind keine wesentlichen Verkehrsbehinderungen bei der Errichtung der Lärmschutzmaßnahmen auf den bestehenden Rampenbauwerken zu erwarten. Baubeginn: September 1989; Kosten: ca. 10 Millionen Schilling; Fertigstellung: Ende 1989;

Die Wandhöhe bewegt sich je nach Erfordernis zwischen 1 Meter und 2,5 Meter, die Länge beträgt 1.481 Meter. Mit den bereits fertiggestellten Maßnahmen in der Donaustadtstraße und Verbindungsrampe werden im Knoten Kaisermühlen insgesamt Lärmschutzmaßnahmen auf einer Länge von 2.579 Metern realisiert.

Gestaltung

Ähnlich wie bei der A 22 wurde auch hier im Knoten Kaisermühlen auf die gestalterischen Aspekte großer Wert gelegt.

Forts. von Blatt 1843

Forts. auf Blatt 1845

Die Lärminderung, die sich auf Grund dieser Maßnahmen ergibt, kommt insbesondere den Bewohnern der Siedlung „Kanada“ (Kleingartensiedlung im Bereich Neuhaufigasse/Donaustadtstraße), am „Oberen Mühlwasser“ zwischen Donaustadtstraße und Mühlwasser, „Stürzl“ im Bereich Kaisermühlenstraße/Industriestraße sowie der Siedlung am „Unteren Mühlwasser“ und der Siedlung „Ostbahnbogen“ östlich der Bahn zugute. Damit werden sowohl Erholungsgebiete als auch Wohngebiete geschützt.

Forts. von Blatt 1844

Hatzl: Geordnete Bahnen für den Verkehr links der Donau

Wien, 31.8. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen des Pressegesprächs am Donnerstag anlässlich des Baubeginnes an der A 23/Südost-Tangente zwischen dem Knoten Kaisermühlen und der Anschlußstelle Hirschstetten wies Verkehrsstadtrat Johann HATZL auf die große verkehrspolitische und städtebauliche Bedeutung dieses Vorhabens hin: „Es handelt sich dabei um kein Zubetonieren, sondern, wie die aufwendigen umweltpolitischen Maßnahmen in Form von Tiefanlagen und Lärmschutzeinrichtungen beweisen, um ein ernstes Anliegen der Lebensqualität.“

Hatzl kam in diesem Zusammenhang auch auf die Frage des Transitverkehrs zwischen Niederösterreich-Süd und Niederösterreich-Nord zu sprechen und urgierte entsprechende Lösungen seitens des Bundes, wie von Wien vorgeschlagen.

Der Bezirksvorsteher des 22. Bezirkes, Albert SCHULTZ, sagte, man könne mit Recht die Frage stellen, ob es sinnvoll sei, so große Projekte zu verwirklichen. In diesem Fall könne man dies nur bejahen, denn dadurch werde der Bezirk in die Lage versetzt, umfassende Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung durchzuführen. Schultz hob hervor, daß nach eingehenden Diskussionen ein Konsens auf breiter Basis erzielt worden sei, zu dem sich alle politischen Gruppen bekannt hätten. Im Rahmen des Vorhabens würden weitgehende Umweltschutzmaßnahmen für die in der Nähe Wohnenden verwirklicht.

Ein generelles Problem stelle die Erhaltung der alten Ortskerne dar; hier würden Lösungen durch den Bau von Umfahrungen angestrebt. Der Bezirksvorsteher betonte, es gebe „keinen Fetischismus, neue Straßen zu bauen, sondern nur das Hauptanliegen einer ständigen Verbesserung der Lebensqualität“. Keinesfalls sollten neue Verkehrsknoten geschaffen werden; der starke Durchgangsverkehr, aber auch der rege Nahverkehr im Bezirk selbst sollten gebündelt werden. (Schluß) pz/sk

Mayr: Fakten zur Stadlonsanierung

Wien, 31.8. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) In einer Pressekonferenz legte Donnerstag Vizebürgermeister Hans MAYR folgende Fakten-Zusammenstellung zum Komplex Stadlonsanierung vor:

1. Ende 1986/Anfang 1987 gab es erste Anzeichen, daß die mit der Stadion-sanierung beauftragten Stellen mit dem Sachkreditsrahmen — damals brutto 418 Millionen auf Preisbasis 1984 — nicht auskommen könnten.
2. Wie für einen Finanzstadtrat üblich und notwendig, wurden die damals noch recht vage vorgebrachten Wünsche nicht mittels eines Blankoschecks erfüllt. Es wurden exakt begründete Zahlen über die endgültigen Kosten verlangt.
3. Daraufhin haben die beteiligten Stellen gearbeitet, es wurde diskutiert, und es kam zwischen den beteiligten Stellen zu ersten Meinungsverschiedenheiten — schlußendlich wurde im Juni 1987 ein möglicher, vorläufiger Gesamtkostenrahmen von brutto 578 Millionen genannt.
4. Dieser mögliche Gesamtkostenrahmen wurde auf Beamten- und Expertenebene im Juli 1987 besprochen, am 20. Juli wurde dann eine Zusammenstellung der endgültigen Kosten von brutto 588 Millionen (netto 493 Millionen) der MA 51 als in der Stadt Wien kreditführenden Stelle genannt.
5. Darauf gab es erste Konsequenzen: So die Weisung der MA 51, noch ausstehende Honorare an das Büro Heintz und an die Ekazent bis zu Klärung von Schuldforderungen nicht mehr zu bezahlen. Ebenso wurde auf Veranlassung des damaligen Sportstadtrates am 27.7.1987 das Wiener Kontrollamt eingeschaltet.
6. Die Öffentlichkeit und Mitglieder des Gemeinderates wurden umgehend über den nun vorliegenden genauen Kostenrahmen informiert. Der damalige Sportstadtrat Franz Mrkvicka gab am 18.8.1987 in der Pressekonferenz des Bürgermeisters die endgültigen Kosten mit netto 483 Millionen bekannt. Den ÖVP-Abgeordneten Ing. Mandahus und Fritz Hahn wurden am 4.9.1987 in einer schriftlichen Anfragebeantwortung die endgültigen Kosten mit 493 Millionen netto mitgeteilt.
7. Der Wiener Gemeinderat hat am 3.9.1987 in Hinblick auf die im November zu erfolgende Neuwahl des Gemeinderates eine letzte Sitzung abgehalten und darin den Auflösungsbeschluß gefaßt. Ein Beschluß über die Erhöhung konnte damals aus zeitlichen und inhaltlichen Gründen (z.V. gab es noch Differenzen über die endgültigen Kosten, Gespräche mit dem Bund mußten geführt werden) nicht gefaßt werden.
8. Nach Ausräumung dieser Fragen wurde von der MA 51 zum frühestmöglichen Zeitpunkt im November 1987 der Antrag auf Erhöhung gestellt. Die endgültigen Kosten beliefen sich nun auf brutto 592 Millionen Schilling. Dieser Antrag wurde im November und Dezember vom Sport- und Finanzausschuß, vom Stadtsenat und vom Gemeinderat mehrheitlich beschlossen.
9. Die Wiener ÖVP vertrat am 3. Dezember 1987 im Finanzausschuß die Meinung, man solle die Beschlußfassung auf einen späteren Zeitpunkt vertagen: Die ÖVP-Mitglieder unter Führung von Klubobmann Dr. Günther Goller wollte die Fertigstellung des Kontrollamtsberichts abwarten und dann erst einen Beschluß herbeiführen.
10. Am 21. Juni 1988 übergab der ÖVP-Gemeinderat Mag. Kauer eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft, die darauf aufbaute, daß der Finanzstadtrat den Antrag auf Erhöhung zu spät eingebracht habe.

Forts. auf Blatt 1847

11. Der Finanzstadtrat wurde bis zum heutigen Tag von keiner gerichtlichen Stelle kontaktiert.

12. Am 28.8.1989 teilte die Staatsanwaltschaft auf Anfrage von Medien mit, daß gegen den Finanzstadtrat Vorerhebungen in Sachen Stadion im Gange seine.

13. Aufgrund von Medienrecherchen ist dem Finanzstadtrat bekannt geworden, daß allenfalls eine Untreue wegen einer Zwischenfinanzierung der Wiener Stadthalle in der Höhe von 40 Millionen behauptet werden könne.

14. Die Wiener Stadthalle kam im Juni und Juli 1987 in Sachen Stadion in Zahlungsschwierigkeiten. Diese deckte sie im Juni mit Eigenmitteln, im Juli nahm sie zunächst eine kurzfristige Barvorlage von 35 Millionen und dann von fünf Millionen — insgesamt 40 Millionen — auf.

Der Stadt Wien entstand durch die Aufnahme dieser Barvorlagen kein wirtschaftlicher Schaden. Die Verzinsung der Barvorlagen von 35 Millionen lag um einen Prozentpunkt, die der Barvorlagen von fünf Millionen mit einem Viertel-Prozentpunkt unter jenem Zinssatz, den die Stadt wien zum damaligen Zeitpunkt für die Einlage aus ihren Kassenmitteln bekommen hat. Mit einem Wort: Hätte die Stadt Wien bar aus Kassenmitteln gezahlt, wäre das teurer gekommen. (Forts.mgl.) sei/bs

Forts. von Blatt 1846



60984 81800

